

# DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

2/86

Februar



Ich sah meinen Ex-Mann auf der Straße. Ich saß auf den Stufen der neuen Bibliothek. Hallo, mein Leben, sagte ich. Wir sind mal siebenundzwanzig Jahre verheiratet gewesen, drum hielt ich das für gerechtfertigt. Er sagte: Was? Was für ein Leben? Meins nicht. Ich sagte: Okay. Ich streite nicht, wenn es um ausgesprochene Meinungsverschiedenheiten geht.

(Grace Paley)



Redaktion:

Michael Ben, Thomas Neumann

Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 02 11/3 61 33 60

**Jutta Brückner**, Dr. phil., geb. 1941; Prof. für Film und Video, HdK-Berlin; Tue recht und scheue niemand, 1975; Hungerjahre, 1980; Kolossale Liebe, 1984.

**Nikolaus Dimmel**, Dr. jur., geb. 1956; Rechtssoziologe, Universität Salzburg.

**Peter Furth**, Dr. phil., geb. 1930; Prof. für Sozialphilosophie, FU-Berlin; u. a.: Soziologische Positionen (mit Mathias Greffrath), Frankfurt 1977; Arbeit und Reflexion (Hrsg.), Köln 1980; Zur gegenwärtigen Lage des Friedens, in „Widerspruch“ 3, Zürich 1982.

**Sabine Kebir**, Dr. phil., geb. 1949; Lehrtätigkeit an den Universitäten Oran und Algier; u. a. Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis, Berlin/DDR, 1979.

**Alfred J. Noll**, Dr. jur., geb. 1960; Wien; Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen (mit Willi Altzinger u. a.), 1984; Wege zur Vollbeschäftigung, 1985.

**Wilhelm Paul**, Dr. phil., geb. 1955; Soziologe, München.

**Ulrich K. Preuß**, Dr. jur., geb. 1939; Prof. für öffentliches Recht, Bremen; u. a.: Hochschule in der Demokratie (Mitautor); Legalität und Pluralität; Bildung und Herrschaft; Politische Verantwortung und Bürgerloyalität.

ISSN 0176-7232

## DÜSSELDORFER DEBATTE

Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald  
Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/3613360  
Konto 5717004 Deutsche Bank (BLZ 30070010)

Erscheinungsweise: monatlich (außer Juli/August)  
Abo-Heftpreis 12,- DM (einzeln 15,- DM) + Versandkosten  
Kündigung mit Dreimonatsfrist zum Ende des jeweiligen Abonnement-Jahres.

Copyright©: Verlag Michael G. von Bentivegni-W. / Anzeigenpreisliste 1/84  
Gestaltung: Kurt Weidemann / Satz: Konkret / Druck: Plitt, Oberhausen  
Vertrieb: INTER-ABO Betreuungs-GmbH, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Editorial .....2

Thomas Neumann

Unter Umständen  
Die Spur des Halleyschen Kometen —  
Eine Anregung von Norbert Elias .....3

Peter Furth

Troja hört nicht auf zu brennen  
Über die Bewirtschaftung der Toten .....6

HARAKIRI .....26

Jutta Brückner

Göttliche Aufgaben in wohlgeordneten Zuständen  
idiotischer Heiterkeit oder Filme von Frauen .....27

Ulrich K. Preuß

Rechtsordnung und Friedenspolitik  
Neuere Entwicklung und aktueller Stand .....31

Wilhelm Paul

Lernprozesse mit ungewissem Ausgang  
Schwierigkeiten einer besseren Union .....45

Nikolaus Dimmel / Alfred J. Noll

VOEST / Österreich —  
Sozialdemokratie und verstaatlichte Industrie .....58

Sabine Kebir

Punk oder die herrschende Arbeitslosenkultur  
Gramscis Beitrag zur modernen Kulturtheorie .....62

Zeitschriftenschau

Mit der Maus durch die Wand .....76

Natürlich überkommt uns gelegentlich der horror vacui, die Lust, leere Flecken, blind gewordene Stellen mit den ersten besten Resten zuzuschmieren, aber meist läßt sich das verkneifen.

Da ist kein Ausweg, der die Einsicht erspart. Die Einsicht ist der Ausweg — wäre aus Peter Furths großem Aufsatz zu entnehmen, sofern man sich nicht auf der Suche nach verlorenen nationalen und sozialen Bindungen verläuft und den Schatten Schlemihls einklagt. »Du kannst nicht vergessen haben«, beginnt Chamisso, »wie er uns einmal in unserer grünen Zeit durch die Sonette lief«.

Im Rückblick auf Texte wie Elisabeth Endres' »Anti-Bergfleh oder Aufklärung über die palavernde Unernunft« (11/85) und Uwe Kochs »Nationalgefühl der Nachgeborenen« (5/85) besteht die Chance, irritiert zu sein, wenn Peter Furth die Erinnerung als gesellschafts-stiftend beschreibt. Klar wird, was fehlt, wenn Unschuld als eine Nichteigenschaft der Opfer zu bezeichnen ist, die sie zum Vorbild untauglich macht: Geschichte. Es leuchtet ein, daß 'gesellschaftlich' und 'bürgerlich' besonders vor dem speziellen deutschen Geschichtsloch einander ausschließen, daß die Erinnerungen sich gegenseitig annullieren.

Wir haben schon den Bauernkrieg verloren und alle folgenden größeren Gesellschaftsverbesserungsversuche von unten. Inzwischen ist weniger vom Andersleben, als vom Überleben die Rede — wenn nicht schon vom Überfliegen, vom Ausleben des Tages ohne jeden Vergleich mit anderen Tagen und anderen Leuten. Was den einen die verzweifelte Aussicht ist, der Krieg könnte sich als die Fortsetzung der Abrüstung mit anderen Mitteln erweisen, ist anderen der flotte Wunsch, atomwaffen- und bleifrei in Urlaub zu fahren vor der schon im Januar in die Aktions-Jahresplanung-BRD eingetragenen »Nationalen Demonstration: Friedensherbst im Hunsrück« — so am 17.1 die Schlagzeile der DVZ/tat, die erst *Bundesrepublik* durch *BRD*, dann *BRD* durch *Republik* und jetzt *Republik* durch *Nation* ersetzt hat. Alles verzeihen und nichts verstehen, heißt auch die Schleifspur der immer beliebteren präsidenten Reden im »neudeutschen Duktus, der aus tiefer Demutshaltung 'vor der Geschichte' flugs die Überheblichkeit der nun Entschuldigten hervorzaubert«, wie Wilhelm Paul schreibt. Obwohl linke und rechte Dummheiten dieselbe Geschichte haben und alles mit allem zusammenhängt, ist die Gewohnheit doch schädlich, gleichen Wirkungen gleiche Ursachen zuzuschreiben. Entweder ist es zweierlei, oder es ist einerlei, — aber das ist es nicht.

»Frieden oder gerechter Frieden?« (so der vorletzte Titel von Peter Furth, 8-9/85) ist auch für Ulrich K. Preuß eine historisch erledigte Frage und »autistisch« nennt Preuß die andauernde alte Politik, die »Sicherheit durch Ausschluß und Ausgrenzung« erreichen will: »ebenso wie Abschreckung den Ausbruch des Krieges verhindert haben mag, so hat sie mit Sicherheit den Ausbruch des Friedens unmöglich gemacht.« Das Gegenteil, nämlich 'einschließen', bedeutet weder bei Preuß noch bei Furth die Anerkennung höherer Wünsche nach 'innerem Frieden', aber interessierte Mißverständnisse lassen sich auch nicht durch eine absichernde Schreibweise vermeiden, durch '... damit soll jedoch keinesfalls gesagt werden ... was um Himmels willen nicht bedeuten soll, daß...' usw.

Zum 'inneren Frieden' in einer anderen Gegend bemerkt Jutta Brückner: »Gruppen leben ruhiger, wenn sie durch Grenzziehung Innen und Außen voneinander trennen«, womit nicht etwa die Bestimmtheit und Verbindlichkeit von Haltungen gemeint ist, eher eine »Harmonieseligkeit«, die »Gesellschaft für ein aufgeräumtes Wohnzimmer hält«.

*Denken ist immer eine linke Abweichung.*

*Ernst Bloch (zitiert nach Fritz J. Raddatz)*

Thomas Neumann

## Unter Umständen

### Die Spur des Halley'schen Kometen — Eine Anregung von Norbert Elias

»Offen zeigen sich uns des Himmels innerste Tiefen,  
Nicht mehr verbirgt sich die Kraft, die die äußersten Kreise bewegt;  
Ruhig steht die Sonne, den Welten allen gebietend,  
Sich zu richten nach ihr; denn dulden kann sie es nimmer,  
Daß die wandelnden Sterne die richtigen Gleise verlassen,  
Sondern sie regelt den Lauf, sich setzend zur Mitte des Weltalls.  
Schon enthüllen sich uns der Kometen drohende Bahnen,  
Wir bewundern nicht mehr des bärt'gen Gestirns Erscheinung,  
Kennen den Grund genau, warum die silberne Phöbe  
Wandelt in schwankendem Schritt, warum nicht früher bereits schon  
Sie gezügelt die Astronomie, warum ihre Knoten  
Wiederkehren, warum ihre Scheibe sich füllt und mehret.  
Ja, wir wissen, durch welche Gewalt die wechselnde Phöbe  
Rückwärts treibt das Meer, das wallende Seegras entwurzelnd,  
Und warum dann wieder die Fluth zum Ufer sich hindrängt,  
Offen zeigend den Schiffen die drohend gefährliche Sandbank.  
Immer beschäftigte dies den Geist der gewaltigsten Forscher.  
Jetzt erkennen wir es, enthüllt ist für immer der Schleier.(...)  
Sterbliche, richtet euch auf und lasset die irdischen Sorgen,  
Forscht und erkennet die Kraft des ewigen himmlischen Geistes,  
Preist den großen Entdecker der göttlichen Wahrheit, NEWTON,  
NEWTON, der Musen Geliebten, die höchste Zierde der Menschen.  
Sterblichen ist nicht vergönnt, den Göttern näher zu treten.«

Edmund Halley, nach dem der Komet benannt ist, dessen Wiederkehr sich seit jenen Tagen so genau berechnen läßt, führte mit diesen Versen in die erste Ausgabe von Newtons 'Mathematischen Prinzipien der Naturwissenschaft', *Philosophiae Naturalis Principia Mathematica*, ein. Das vor dreihundert Jahren von der Königlichen Gesellschaft in London zum Druck freigegebene Buch, es erschien vollständig 1687, war auch ein Manifest der bürgerlichen Gesellschaft. In der Vernünftigkeit der Naturgesetze sah sie die Natürlichkeit ihrer Lebensführung bewiesen. »Sterbliche, richtet euch auf und lasset die irdischen Sorgen«. Mit Newton beginnt die Aufklärung.

Das 'Wiedersehen mit Halley' in diesem Jahr belegt aufs Neue die von beiden Forschern angestellten Berechnungen. Aber die um vieles genaueren, von der Internationalen Halley-Wacht koordinierten Beobachtungen des »bärt'gen Gestirns« bereiten nicht rundum Vergnügen. Schönheit und Erhabenheit der Natur sah Halley in der vernünftigen Harmonie ihrer Bewegung, ihre Stofflichkeit beschäftigte ihn weniger. Bei näherer Betrachtung des Kometen kann man dagegen nicht gemächlich werden: »Eine lockere Ansammlung aus Eis und Staub, von deren Oberfläche unter dem Einfluß des Sonnenlichts Materie abdampft« (Zeitungsmagazin).



Die Natur zeigt im Allgemeinen ziemliche Gleichgültigkeit gegen jene Zustände, die sie uns angenehm machen. Sie kann mit und ohne Wald existieren, mit und ohne Pandabären. Die über Halleys und Newtons weit hinausreichende Einsicht der heutigen Naturwissenschaft macht sie nicht mehr zu einem Spiegel gesellschaftlicher Vernunft und Organisation. Die naturwissenschaftliche Anschauung hat der bürgerlichen Gesellschaft ihr ideelles Ebenbild genommen.

»Das Gesamtbild des Universums, in dem wir leben, wie es aus der Forschungsarbeit der Kosmologen langsam hervortritt, ist weit entfernt von dem sanft-harmonischen Weltbild Newtons, ist alles andere als anziehend. Der Atommeiler der Sonne, der kontinuierlich sein eigenes Brennmateriale verbraucht und sich irgendwann einmal in einen 'weißen Zwerg' verwandelt wird, die Gebilde, die man 'schwarze Löcher' nennt, die selbst Lichtstrahlen aufzehren und nicht wieder herausgeben — kurzum, der wüste, ziellose Automatismus des tatsächlichen Universums, den die Kosmologen zu entdecken beginnen, ist recht weit entfernt von dem harmonischen Gleichmaß der schönen gesetzmäßigen Natur, deren Bild im Zeitalter der Aufklärung vorherrschte und die Phantasie ihrer Philosophen beflügelte.«

Der neunundachtzigjährige Norbert Elias fand es angebracht, in der Bundesrepublik auf diese Umstände aufmerksam zu machen: Humana conditio, Betrachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes, nannte er seinen inzwischen zum Buch ausgebauten Vortrag. In welcher Weise der 'wüste, ziellose Automatismus des tatsächlichen Universums' die Phantasie beflügeln kann, gibt Elias zu bedenken. Er fand es angebracht, der Friedensbewegung seine Überlegungen mitzuteilen, die gelegentlich ihren Gegenstand auf die Abstraktion einer Alternative zur Kata-

strophe verkürzt.

Für einen nicht kleinen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik, insbesondere den aus Zukunftsängsten bewegten, ist die Natur zu einem Bezugspunkt ihres Selbstverständnisses geworden, der die Aufklärung auf den Kopf stellt. Es gilt die Meinung, die Gesellschaft müsse sich, um die Grundlagen ihrer Existenz zu sichern, den Naturerfordernissen anpassen. Darin aber ist kein Ordnungsprinzip zu finden.

Der Zweifel an der Aufklärung trat mit ihr auf den Plan und hatte in der deutschen Geschichte immer einen guten Platz. Goethe vertraute schon Eckermann an, wie Napoleon die Französische Revolution erbe, so sei ihm »der Irrtum der Newtonschen Lehre zuteil geworden«. Die Zweifel an der Harmonie des Weltgebäudes waren nie selbstverständlich darauf gerichtet, sich ein anderes, vollkommeneres Bild von der Gesellschaft zu machen; und so sind auch die heutigen wenigstens ambivalent. Das gegen gesellschaftliche Zerstörungen eingeklagte Naturrecht, Rettet die Umwelt, reflektiert ein Ungenügen an den gesellschaftlichen Zuständen, das näher nicht bestimmt werden will, ein Indiz kritischen Bewußtseins. Aber zu wünschen, die gesellschaftlichen müßten natürlichen Verhältnissen angepaßt werden, von ihren Bedürfnissen aus jene zu reformieren, ist ein Indiz des Gegenteils.

»Menschen suchen immer wieder diese völlige Gleichgültigkeit des blinden nicht-menschlichen Naturgeschehens durch Phantasiebilder, die ihren Wünschen besser entsprechen, zu verschleiern. Ich halte diese Neigung, sich die Kenntnis der Wirklichkeit oder, wenn Sie so wollen, die 'Wahrheit', weil sie unwillkommen ist, durch Wunschbilder zu verdecken, für verderblich und gefährlich. Durch eine solche Verdeckung der Gleichgültigkeit dieser ganzen nicht-menschlichen Welt gegenüber den Menschen verdeckt man sich zugleich die Tatsache, daß die einzigen

unter allen Gebilden der Welt, die unter Umständen nicht gleichgültig gegenüber dem Schicksal von Menschen sein können, andere Menschen sind.« (Elias) Unter Umständen.

Das Wiedersehen mit Halley, der lockeren Ansammlung von Eis und Staub, in der kein Bäumchen Wurzeln schlägt, gibt eine Anschauung von unberührter Natur, die für Analogien keinen Raum läßt. Die Naturwissenschaft treibt soweit über jeden Vergleich hinaus, daß gerade ihre Einsicht eine unnatürliche Planmäßigkeit des Gesellschaftlichen provoziert, eine die bürgerliche Ordnung übersteigende. Der den Naturwissenschaften anschaulich gewordene wüste Automatismus ebenso wie die Organisation ihrer Tätigkeit, ihrer Erkenntnisarbeit, die ihr zu dieser Anschauung erst verhilft, befördern den Gedanken, daß die Gesellschaft auch ihr Fall ist. Seitdem Naturwissenschaftler sich politisch in die Abrüstungsdiskussionen einschalten, kommt, so listig dieser Umweg auch sein mag, die Gesellschaft wieder in den Blick.

Die Beobachtung und Erforschung des Halleyschen Kometen ist, wie bei wenigen Naturereignissen und -katastrophen zuvor, in Ost und West aufeinander abgestimmt. Seit der letzten Beobachtung des Kometen im Jahr 1910, schreibt die Neue Zürcher Zeitung (20.11.85), seien »in jeder Hinsicht Quantensprünge realisiert. Abgesehen von fünf Raumsonden, einem Venus-Satelliten und einem Sonderflug der Space Shuttle, wird Halleys Komet 1986 von einer gigantischen Batterie von erdgebundenen Instrumenten erwartet. Sie stehen in 47 Ländern; an den diesbezüglichen Arbeiten sind insge-

samt 875 Astronomen beteiligt. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden sowie alle Projekte zu koordinieren und zu stimulieren, wurde 1980 die sogenannte Internationale Halley-Wacht (IHW) gegründet. Die IHW bemüht sich darum, daß alle Beobachtungstechniken und Instrumente soweit wie möglich standardisiert und daß alle Daten umfassend und einheitlich dokumentiert sind. ... Auch die Amateurastronomen wurden in die IHW einbezogen; man erhofft sich von ihnen nützlich Positionsdaten und photographische Aufnahmen. Der heutige, fortgeschrittene Amateur ist etwa auf demselben Stand wie der professionelle Astronom im Jahre 1910.«

Die logistische Leitung ist das gesellschaftliche Ereignis, das über sie vermittelte Naturbild eine Anregung, sich der »gespenstischen Gegenständlichkeit« der Gesellschaft (Marx) mit neuer Aufmerksamkeit zuzuwenden. »Es ist durchaus möglich, daß nur auf der Erde diejenigen Umstände zusammentrafen, die aus dem blinden, zweck- und ziellosen Naturgeschehen wissende, fühlende, mit Phantasie begabte und Ziele setzende Menschen hervorgehen ließen. Es ist durchaus denkbar, daß es in dem ganzen Weltall keine anderen Wesen dieser Art, keine 'höheren Intelligenzen' gibt. Mag sein, daß wir ganz vergeblich in ein leeres Weltall hineinrufen: 'Ist da jemand?' Vielleicht tun Menschen das in der Hoffnung, irgendwo jemanden zu finden, der stärker und weiser ist als wir selbst, jemanden, der uns, den Menschen, die Last der Verantwortung für uns selbst, für die Menschheit, abzunehmen vermag. Aber wir sind keine Kinder mehr. Da ist niemand« (Elias).

*- demjenigen, der gewohnt ist, den Apollo eines Fidias immer vor sich zu sehen, und das mehr als Menschliche, welches die Kenner so sehr bewundern, der Natur des Gegenstandes, nicht dem Geiste des Künstlers zuzuschreiben!*

Christoph Martin Wieland



Peter Furth

## Troja hört nicht auf zu brennen

### Über die Bewirtschaftung der Toten

Die Toten, das sind immer die anderen. Der Mensch, der nur anerkennt, was er durch sich selber weiß, ist in seinem Für-sich-Sein unsterblich. »Erkenne dich selbst« war das große Zauberwort der rätsellösenden Erkenntnis. Die Ermächtigung, zu der das Denken der Selbsterkenntnis führte, reichte bis ans Unendliche, aber um den Preis eines imaginären Subjekts. Der Horizont der Möglichkeiten dieses Subjekts der Entfremdung aufhebenden Selbsterkenntnis war so unbegrenzt, daß es seine Endlichkeit, den eigenen Tod, aus dem Gesicht verlor. Das Projekt des Todes aus Freiheit, also des Helden, desjenigen, dem der Tod als sein eigenes Werk gelingt, spricht nicht dagegen, denn es ist nur die ironische Kehrseite der empirischen Banalität, daß alles Mögliche aus der Erfahrung der Selbsterkenntnis gewußt werden kann, nur nicht der eigene Tod. Um den Tod als innere Gewißheit des eigenen Lebens haben zu können, braucht man eine andere Erfahrungsart als die der Selbsterkenntnis. Solange das Für-sich-Sein des Selbst die bestimmende Perspektive der Erkenntnis ist, herrscht die Erwartung eines immer erneuten Hernach, hat der Tod die paradoxe (widersinnige) Struktur des gleichzeitigen Verschwindens des Subjektiven und des Objektiven, des Selbst und der Welt. Erst durch die Identifikation mit anderen, deren immerwährende Gegenwart gewünscht, deren Hinfälligkeit aber erfahren wird, verliert das Selbst seine Unsterblichkeit. Auch der eigene Tod wird durch Rollenübernahme gelernt. Wir würden unseren Tod nicht kennen, wenn es die anderen, um die wir fürchten, nicht gäbe. Erst Verlust und Trauer in Verhältnissen des Vertrauens und der Abhängigkeit machen dem Selbst seine eigene Endlichkeit glaubhaft.

Das rückt ein Axiom der Aufklärung in ungewohntes Zwielicht: Die Idee der Unsterblichkeit der Seele muß nicht — wie es die Religionskritik wollte — Ausdruck eines Wunsches aus Leiden sein, sie kann schlicht der Ausdruck eines mangelhaften sozialen Wahrnehmungsvermögens, von Asozialität sein. Und die Idee der Unsterblichkeit muß auch nicht, wie bewußt oder unbewußt immer, die Konstanz der menschlichen Gattung ausdrücken, sondern gehört vielleicht nur unter die Folgen solipsistischer Subjektvorstellungen. Jedenfalls verweist die triviale Tatsache, daß wir nur durch die Identifikation mit dem fremden Tod auch den eigenen als Gewißheit in uns haben — ihn nicht nur als formale Möglichkeit in der Schwebe lassen, sondern als notwendigen Übergang des Lebens in Schicksal erfassen

— auf die Sozialität des Todes. Er ist »fait social« in Durkheims Sinn. Zwar erkennt der Tod keine Stellvertreter an; der Tod wird individuell gestorben, aber sozial wahrgenommen; das Individuum ist der Ort für das inwendigste und zugleich äußerlichste Geschehen. Dessen Bedeutung aber ist sozial — bis dahin, daß der Tod wahrscheinlich als das wichtigste Element in den von der Soziologie einst so dringlich gesuchten sozialen Aprioris gelten kann.

Das Problem, das die Soziologie so beunruhigte und für dessen Lösung sie eingerichtet ist, könnte man das Rousseau-Problem nennen. Als die Französische Revolution in eine Republik übergehen mußte, um verteidigt werden zu können, offenbarte sich das, was in den Jahrhunderten der vorrevolutionären Vertragstheorie als die sichere Grundlage eines bürgerlichen Gemeinwesens gegolten hatte, als aporetisches Problem. Wie konnte aus einer Menge von Privateigentümern eine Totalität von Staatsbürgern werden? Oder: Wie konnte die Idee der *volonté générale* wirklicher Wille werden? Konnte der politische Mensch, der der wahre, aber abstrahierte, künstliche, der »Mensch als eine allegorische, moralische Person« war, wie Marx sagte<sup>1</sup>, überhaupt noch einen anderen Willen haben als den seines Konkretums, des »wirklichen egoistischen Individuums«, das aus seinen naturwüchsigen sozialen Bindungen in die Sachlichkeit und Privatheit der kapitalistischen Ökonomie befreit war?

Es handelt sich um ein in seiner Grundstruktur altes Problem, das wie ein Schatten der Verbindung von Arbeitsteilung und Warenproduktion folgt. Aber nie trat es so kraß hervor oder wurde so erschreckend bewußt wie in der Wende von der Revolution zum bürgerlichen Staat. Zwei Lösungen wurden versucht, kaum einzeln rein für sich, sondern miteinander verbunden, sich gegenseitig stützend, obwohl der inneren Konsequenz nach bis zum Gegensatz verschieden: Einerseits die Citoyenromantik mit ihrer Philosophie des tragischen Opfers und andererseits die Trauersolidarität mit dem Kultus der Bestattung. Verfolgen wir die beiden Lösungsversuche nacheinander.

Während der Veralltäglichung der bürgerlichen Revolution zum Staat wurde schmerzlich bewußt, daß der Citoyen weiterhin Charisma, Enthusiasmus, erotisches Feuer brauchte, um den Bourgeois in sich einschmelzen zu können. Dafür mußte die Revolution innerlich und permanent werden, Fortsetzung und Sicherung der politisch-sozialen Revolution mit anderen Mitteln: Kulturrevolution. Ihr Inhalt stand unter der Losung einer »Mythologie der Vernunft«, ihr Verlauf wurde nach dem Modell der Tragödie vorgestellt; offenbar ein ebenso dringliches wie in sich widerspruchsvolles Projekt: Die Aufklärung sollte mit Hilfe des Mythos, also in der Form ihres Gegensatzes, vollendet werden. Sittlichkeit sollte als Lebenswelt, aber tragisch gelebt werden. Was gewollt wurde, war eine Konkretisierung der bürgerlichen Ideale, ihre Verleiblichung als Leidenschaft und wirkliche Tat, ihre Versenkung in Gefühl und Wunsch, aber als Programm der Radikalisierung, nicht der Moderierung oder gar der Anpassung an die empirischen Interessen. Zwar sollte die Abstraktheit der Ideale überwunden werden,



aber ohne daß auch nur das Mindeste von der Unbedingtheit und Erhabenheit der leitenden Ideen abgesehen würde.

Die prototypische, frühe bürgerliche Philosophie, das vorrevolutionäre Naturrecht, hatte den gesellschaftlichen Zusammenhang als eine kontinuierliche Stufung von Zwecken und Mitteln aus den Motiven und Akten der individuellen Selbsterhaltung abgeleitet. Was dem Naturrecht das Gelingen dieser Konstruktion garantieren sollte, waren der aufgeklärte Eigennutz und der Vertrag. Aber mit zunehmender Erfahrung über die Wirklichkeit einer durchgesetzten und nicht mehr bloß gedachten bürgerlichen Gesellschaft wurde aus einem begründenden Theorem ein erklärungsbedürftiges Problem. Es quälte die Einsicht: Damit eigennützige Interessen nicht antagonistisch, sondern vereinbar sind, muß ihnen ein der individuellen Kalkulation entzogener Zusammenhalt vorausliegen. Damit Verträge zustande kommen und gehalten werden können, muß es erst vertragsfähige Subjekte geben. Nach den vorausliegenden, nicht-vertraglichen Bedingungen der Vertragsfähigkeit war also nunmehr zu fragen. Soziales Handeln wurde nicht mehr als erweitertes individuelles Handeln gesehen: Individuelles und soziales Handeln wurden, je nachdem, ob auf die individuelle Selbsterhaltung oder auf die Erhaltung des Gemeinwesens als Endzweck bezogen, als zwei qualitativ verschiedene Handlungsarten unterschieden und — mehr als das — in einen Gegensatz gestellt, was bedeutete, daß das soziale, dem Gemeinwesen geltende Handeln nicht die Selbsterhaltung des Einzelnen bezwecken konnte, sie vielmehr aufhob. Soziales Handeln vollendete sich erst in der Bereitschaft des Einzelnen zu sterben, Eigentum und sich selbst aufzugeben. So konnte Hegel formulieren: Der Einzelne erweist »auf eine unzweideutige Weise« »das Einssein« mit »einem Volk« »im Negativen, durch die Gefahr des Todes allein«. <sup>2</sup> Das factum brutum dahinter, oder auch das Modell des sozialen Handelns, war der Krieg, genauer, waren die Revolutionskriege. Damit war aber zugleich auch ein Dilemma gegeben: Ein Ausnahmezustand sollte als das Wesen des alltäglich Profanen gelten. Immerhin sind zur Erhaltung des sozialen Zusammenhangs beide Handlungsarten notwendig, was auf den Widerspruch hinausläuft, daß der Einzelne sein Leben sowohl erhalten als auch aufgeben soll. Das natürliche Paradigma für die Lösung dieses Widerspruchs ist die Gattung, deren Erhaltungsprozeß eben die Einheit der Erhaltung und der Aufgabe individueller Existenz ist. Diesen Gattungszusammenhang auf die Gesellschaft zu übertragen und nach dem Muster der Tragödie als sittliche Totalität zu denken, war der Kern der Citoenromantik.

»Die Gattung befreit sich von der Einzelheit durch den Tod.« <sup>3</sup> Diesen natürlichen Sachverhalt als tragisches Opfer in menschliches Werk zu überführen, Schicksal durch das Opfer der Freiheit in ein- und demselben Akt anzuerkennen und zu negieren, also Freiheit in Notwendigkeit zu begründen und damit umgekehrt der gleichgültigen Allgemeinheit des Gattungsprozesses durch die individuelle Tat die Form des Selbst aufzuprägen, darum ging es der Citoenromantik mit ihrem unnachlässlichen Interesse an einer Philosophie des Tragischen. Für das widerspenstige und dunkle Programm der »Mythologie der Vernunft« <sup>4</sup> (einer laizistischen Religion Civi-

le) mit der aporetischen Forderung: Konkretisierung der Freiheit bei Wahrung ihrer Unbedingtheit, war ein ursprünglicher, alles tragender Sachverhalt von geradezu surrealer Beschaffenheit verlangt, ein Sachverhalt, dessen Irrationalität Rationalität nicht zerstören, sondern erst ermöglichen sollte, der als ein endliches Geschehen zugleich von intelligibler Normativität sein sollte, kurz: ein Apriori, aber empirisch. Als ein solcher Sachverhalt galt der den tragischen Konflikt lösende Tod, weil er durch das Opfer des Lebens die individuelle Existenz und das endlich bestimmte Handeln in den Rang von Wesen und unendlicher Geltung erheben konnte. Am tragischen Tod ist die anorganische Negativität durch die soziale Bedeutung aufgehoben und die Übermacht der Natur in die Substanz des sittlichen Willens verwandelt. So elementar und unausweichlich wie der natürliche Tod, so absolut die sittliche Wirkung des freien Todes für das Gemeinwesen. Das führte zu dem alles überragenden Schluß: Wenn der tragische Tod den gesellschaftlichen Zusammenhang verbürgt, dann ist die Gesellschaft nicht mehr zureichend in der Ebene bloß partikularer Zwecke und dazugehöriger Mittel zu denken, sondern ist Zweck in sich, und damit als Selbstzweck, das heißt als konkrete, absolute Sittlichkeit zu denken, weil die Unbedingtheit der Freiheit der Grund des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist.

Leitmotiv der politischen Kultur der Citoenromantik ist der unbesiegbare Argwohn gegen das egoistische Individuum, aber auch die Furcht vor privater Macht. Unablässig wurde die klassische humanistische Tradition bemüht, um Evidenz dafür zu erzeugen, daß die Identität von individueller Tat und sozialer Bewandnis sich nirgends so rein zeige wie im Tode. Die fürchterliche Wahrheit der patriotischen Feste, für die meisten das Glück der Einheit des Selbst mit seiner sozialen Identität, für manche aber auch das Leiden an menschlicher Hybris, lautete: In der Konsequenz ist nur ein toter Bürger ein guter Bürger. Denn bei allem Tun und Fühlen, das zur individuellen Selbsterhaltung gehört und die Schwelle des Lebens nicht überschreitet, bleibt immer die Ungewißheit, ob der gesellschaftliche Zusammenhang nicht bloß zum Mittel des Selbstinteresses gemacht wird. Erst im Tode des Individuums kann das Soziale als ein Motiv, das sui generis ist, rein hervortreten. Zwei Todesformen, extrem entgegengesetzt, aber in der sozialen Bedeutung zusammengehörig, zeigen das in symbolischer Prägnanz: die Todesstrafe und der Heldentod. Die Ahnung der Guillotine und die Allgegenwart der Kriegerdenkmäler, dieser marmornen Drohlügen der republikanischen Himmelfahrt, das sind die klassischen Formen des Staates, sich in Erinnerung zu bringen.

Der andere Weg, die Kluft zwischen dem privaten Für-sich-Sein und dem Gemeinwesen zu überwinden, ist im wörtlichen Sinne weniger dramatisch. Nicht die Katharsis der zur Einheit befreiten Gegensätze, sondern die Trauer als das Festhalten des verlorenen Anderen ist hier die Quelle der sozialen Motivation. Es geht hier weniger dialektisch als mimetisch zu. Das Ritual der Bestattung und seine Fortsetzung als Gedächtnis ist die soziale Urszene. Das ist ein Tun, das die Menschen alltäglich bindet und die fremdesten in die Atmosphäre emotionaler Verwandtschaft hineinziehen kann. Antigone ist die mythische Hüterin dieser Gesellschaftlichkeit, der Pietät, oder in



unserer Sprache: der Solidarität. Diese ist kostbar wie die Atemluft und auch so unbewußt gegenwärtig. Quer zur Rationalität der Selbsterhaltung ist sie notwendig, damit Vertragsloyalität überhaupt erst entstehen kann, und ist überall da unverzichtbar, wo soziale Leistungen vonnöten sind, die nicht nach dem Äquivalenzprinzip verrechenbar sind. Sie ist als die innere moralische Natur der Gesellschaft so etwas wie eine andere Umwelt und ist wie alle Umwelt nicht willkürlich, künstlich herzustellen und nur solange zu nutzen, wie sie in ihrer Eigenmacht anerkannt wird. Das Problem mit ihr also ist, daß die bürgerliche Gesellschaft sie braucht, aber nicht erzeugen kann.

Auch hinter der Trauersolidarität steht der paradoxe Sachverhalt, daß der Tod als ein krudes, natürliches Vergehen zugleich sittliches Ereignis sein kann, und daß die Majestät des anerkannten Todes sich der Sittlichkeit des Lebens mitteilt. Die Trauersolidarität ist ein Bündnis der Lebenden mit den Toten und erst in der Folge davon ein Bündnis zwischen den Lebenden. Das ist es, was die Solidarität so unbestechlich und so unersetzlich macht: Erst auf dem Umweg über das Verhältnis zu den in die 'vernunftlose', gleichgültige Natur zurücksinkenden Toten verhalten sich die Lebenden zueinander menschlich. Der Sieg der Natur über das Lebewesen Mensch wird dadurch in den Sieg des lebendigen menschlichen Wesens verwandelt, daß im Kultus der Trauer und der Erinnerung die Dauer des menschlichen Wesens gegen die Verwesung gesetzt wird. Diese Macht kann Erinnerung aber nur haben, wenn sie gegenläufig zum Verhalten und Streben der Lebenden an den Toten etwas anerkennt, was diese dem Willen der Lebenden entzieht, was sie über den Willen der Lebenden hinaus und auch gegen ihren Willen eint. Nur als ein von Zweckrationalität freies Bündnis der Lebenden mit den Toten kann die Erinnerung eine Solidarität unter den Lebenden bewirken, die mehr ist als Geschäftsvertrag.

Ging es in der Citoyenromantik um die Erzeugung des reinen, zum Allgemeinen fähigen Selbst, so geht es hier um die Erhaltung eines unselbständigen, erst durch Ergänzung vollständigen Selbst. Dort wurde der »Idealismus des Staates« begründet, hier muß sich »das dunkle Recht des Natürlichen« durch eine Erinnerung verteidigen, die unsere Abhängigkeit und Schwäche nicht in Stärke und Freiheit umtauscht. So kann die aus dem Kultus der Trauer hervorgehende Solidarität Schutz gerade demjenigen gewähren, der am gefährdetsten ist, weil er zum Einzelwesen isoliert wurde. Überhaupt ist wohl, wenn Antigone unsere Zeugin ist, eine solidarische Gesellschaft eher nach dem Bilde des Asyls zu denken und nicht nur als eine Gemeinschaft der Gleichen. Denkt man von der Solidarität her Gattung, so ist sie als eine prinzipiell unvollständige einschließend und konkret, weil durch das Nichtidentische immer zu erweitern. Sie gleicht darin dem Gedächtnis, das das Verlorene in seiner ganzen Konkretheit, in all seiner Verschiedenheit wiederfinden will. Die Denkmäler, die der Solidarität gewidmet sind, setzt der Erzähler.

Durch das Gedächtnis werden wir soziale Wesen, zugleich aber auch sterblich, als Einzelne, denen der Horizont ihres Für-sich-Seins geöffnet wird.

Natürlich gilt das nur im Hinblick auf unsere ideelle Vergesellschaftung, die Gesellschaft als psychisches Leben. Das, was die Soziologen Sozialisation nennen, ist eigentlich so etwas wie Gedächtnismachen in dem Sinne, daß ein Gedächtnis, das ein kollektiver unerschöpflicher Schatz ist, als Stoff wie als Kraft angeeignet wird, aber auch in dem Sinn, daß durch Gedenken, Denken-an, durch den Wunsch, so-zu-sein-wie, abwesende Menschen zu anwesenden, überhaupt ein äußeres Soziales zu einem Inneren wird, das dann zu erinnern ist und als Mitgefühl und Lust an der Einfühlung wieder nach außen strebt. Das Bindemittel, das die Menschen auch außerhalb der Fabriken und Märkte, außerhalb ihrer öffentlichen Kooperation und privaten Konsumption, gegen ihre Konkurrenz und ihre Teilung in Funktionen und Klassen zusammenhält, die ideelle Vergesellschaftung, ist zuerst und der ursprünglichen Wirkungsweise nach Gedächtnis, subjektiv wie objektiv, als gemeinter wie als gebildeter, objektivierter Sinn. Daß die Ideologie, Wunsch- und Vorstellungsinhalt der ideellen Vergesellschaftung, so oft als utopisches Projekt auftritt, spricht nicht dagegen. Denn für die Projekte braucht es Modelle, und die sind aus dem Stoff der Erinnerung.

Denken wir noch einmal an den Anfang zurück. Der für-sich-seiende Wille, der reine Wille des auf Autonomie bezogenen Subjekts, der von allen vorausliegenden Bestimmungen freie Wille, der sich selbst als den Grund alles Geschehenden will, hat seine Zeit in der Zukunft oder in einer als Zukunft ausgelegten Gegenwart. Das emphatische Individuum ist ein Individuum ineffabile, weil es *noch* nicht auszusprechen ist. Und die faustischen Werte, die wir einmal für unsere höchsten hielten, zerstören gar die Zeit, weil sie von ihr nur das Darüberhinaus, die Transzendenz wollen, eine Zukunft, die nur noch rast.

Der für-andere-seiende Wille dagegen, der sein durch-andere-Gewolltsein will, der unfreie, gebundene, gehemmte Wille, der sein Reich mit dem Nicht-Anderskönnen-aus-Gewordensein teilt, hat in der Vergangenheit die dominierende Zeitdimension. Die Sympathie, das Gewissen, das Glück, wenn es empfunden und nicht nur vorgestellt wird, sie alle sind auf die eine oder andere Weise anamnetisch, der Erinnerung verpflichtet. Aber auch die Zukunft wird gewollt, nämlich so, wie man die Wiederholung des Guten will.

Die im Trauerkultus beheimatete Solidarität ist ein Erinnerungsbündnis der Ängstlichen. Die Grundlage, das Gemeinsame des Bündnisses, ist die Anerkennung einer Bedrohung. Man scharf sich im Trauerkultus wie eine Burg um den Toten und symbolisiert durch den Zusammenschluß, daß der menschliche Tod Schicksal, aber nicht Wille ist. Eigentlich macht man im Trauerkultus die Toten den Lebenden gleich, verwehrt, so gut es geht, dem Tode seine Wahrheit, verleugnet ihn, indem man den Toten in der Form des Als-ob-Lebens wahrnimmt und ihm die Dauer der Erinnerung gibt. Und man verstehe recht, was hier Dauer heißt, mißt sich nicht an Ewigkeit, ist nicht als Aufhebung der Zeit gemeint, sondern ist ein Lob auf die wirkliche, die leiblich zu lebende und nicht nur zu denkende Zeit und schließt deshalb



die Vergänglichkeit ein, ist das »Für-immer« eines langen Abschieds. Deswegen werden Gräber wie Häuser gepflegt. Diese sorgsam bewahrte Gleichheit der Toten mit den Lebenden gibt den Toten eine Macht, die oft größer als bei Lebzeiten ist, weil sie vermehrt ist um das Echo in den Seelen der Lebenden. Allerdings: Einstmals konnten die Toten als Revenants selber für Sanktionen sorgen oder die Erinyen schicken, nun sind sie, nach der Entmythologisierung zu Rachewunsch und Schuldgefühl sublimiert, tief in das Innere der Lebenden eingedrungen, aber wohl um den Preis, sie eher zu isolieren als solidarisch zu machen.

Stellen wir dem noch einmal das Vergesellschaftungsmodell der Citoenromantik gegenüber. Es ist eher ein Modell der Nachfolge. Seine Pointe: Das Gedächtnis hat die Funktion eines symbolischen Todes, in dem die Heldenopfer nachvollzogen werden. Nicht die Toten werden den Lebenden angeglichen, sondern die Lebenden folgen den Toten nach. Es ist der Augenblick des Eides, in dem diese Nachfolge angetreten wird. Die den Eid ablegen, sind schon bei Lebzeiten Verklärte, wie die zu Helden verklärten Toten, denen sie folgen. Auch hier ist Angst das Hauptmotiv, aber sie bleibt in die Einzelnen verschlossen. Erst in der Verführung zum Sieg über die Angst kommen sie zusammen, nicht mehr als Ängstliche, sondern als solche, die Angst haben vor der Angst. Zwei Phantasmen versprechen Absolution von der Angst: Ewiges Leben und Freiheit. Die Verkörperungen, die dazu gehören, sind der Heilige und der Held. Beide bezeugen, wie man mit der Vergangenheit fertig wird, um von der Angst frei zu werden. Der Held übernimmt fremde, ihm nicht zurechenbare Vergangenheit in eigene Verantwortung, macht aus objektiver Ursache subjektive Tat. Der Heilige erlöst die Vergangenheit durch den Bezug auf eine vergangenheitslose Zukunft. »Folge du mir und laß die Toten ihre Toten begraben«, sagt Jesus zu einem seiner Jünger, der ihn gebeten hatte, vor dem Weg noch seinen Vater begraben zu dürfen. So entsteht der »neue« Mensch. Als »Erwecker« kann er auf die Toten, d. h. die nie mehr Erweckbaren, nur mit der Verachtung des Geistes für die Materie zurückblicken. Für den Helden bleibt die Welt auch als überwundene die gleiche. Für den Heiligen ist die Welt als überwundene eine andere neue Welt. In beiden Fällen aber wurden die Lebenden in den Ruf des Todes gestellt, unter die Forderung nach Preisgabe des Lebens zur Überwindung des Todes. Der Totenkult vereint Tote und Lebende als Sterbliche, als solche, die sterben *müssen*, und dieses Müssen ist Anlaß von Trauer und Solidarität. Die Tragödie der Citoenromantik vereint ausschließlich diejenigen, die sterben *können*, und dieses Können ist Anlaß von Bewunderung, Verpflichtung und Trauer, aber einer Trauer, die als »stolze Trauer« eine Vergesellschaftung der Selbstzerstörung eröffnet.

Wenn man nun fragt, wie sich die beiden Gestalten des kollektiven Gedächtnisses zueinander verhalten, findet man nur schwer eine befriedigende Antwort. Alles ist zu finden: Komplementäre Ergänzung, äußerliche Amalgamierung, Verdrängung und Überdeckung. Aber ihr eigentliches Verhältnis ist wohl eher so etwas wie ein 'Unverhältnis', ein berührungloses Nebeneinander oder ein Schattenverhältnis, wie das von formalen und informalen Beziehungen, von Verbot und Übertretung oder manifesten

und latenten Funktionen etc. Sie gehören zwei verschiedenen, nicht ineinander überführbaren Kulturen an, in dem Sinne, daß sie historisch wie hierarchisch verschiedenen Schichten zugehören. Die im Trauergedächtnis begründete Solidarität tradiert sich lebensweltlich konkret, über die ideologisch indifferente Befolgung der Alltagsriten, über die Mythologie der Verwandtschaft, anschaulich in den Fotos auf dem Vertiko und in der Regenbogenpresse; fixiert auf die immer gleichen Situationen der Verletzung und der Heilung durch menschliche Nähe, verbindet sie Urmensch und Spätkultur. Banal und durch und durch opportunistisch ist sie von untergründiger Allgegenwart und ist demokratisch wie die statische Seite des Lebens. Sie ist schlechthin das Unwillkürliche, das Vegetativum der Gesellschaft, und als solches dem rationalen Zugriff nur begrenzt erreichbar.

Die Erzeugung des Staatsmenschen war dagegen immer Sache der elabornierten Tradition. Sie hatte die hohen Schulen für sich, und das, was uns an Kultur und Kunst klassisch heißt, stand immer in irgendeiner Verbindung mit den republikanischen Tugenden. An der Gestalt des Helden ist ununterscheidbar geworden, was auf das Konto der ästhetischen Beträchtlichkeit und was auf das Konto der politischen Sittlichkeit kommt. Es ist, als ob ästhetische Fantasie und tragisches Bewußtsein untrennbar miteinander verschmolzen wären. Gegen diese Übermacht kommt die gewöhnliche, das menschliche Wesen nicht repräsentierende, sondern nur überliefernde Trauersolidarität nicht an. Schon der Anfang unserer europäischen Bildungsgeschichte stand unter diesem Stern. Der trojanische Krieg war ein Völkermord, aber Homer ließ ihn als »Festspiel für die Götter« stattfinden, und seither wird er Generation um Generation wieder so aufgeführt, damit wir uns, teilnehmend am Herrenrecht der Part-pour-l'art-Grausamkeit, als Schauspielgötter fühlen.<sup>5</sup> Die Wahrnehmung der Alternative: Erinnerung der Untat oder Verklärung der Helden ist wohl längst unmöglich oder jedenfalls folgenlos geworden. Wie lange warten Cassandra und Thersites schon darauf, daß wir ihre Wahrheit entdecken und ehren! (Selbst Shakespeares »Troilus und Cressida« konnte ihnen nicht wirklich helfen, ob es Christa Wolff gelingt?) Aber der Wunsch, Trauer an die Stelle der Verklärung zu setzen, ist vielleicht ungerecht, weniger gegen Homer und die klassische Tradition als gegen die Trauer selbst.

Als ich Adornos Wort »...nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch«<sup>6</sup> 1951 las, verstand ich es so als Ausdruck des Wunsches, daß nichts von der Aufmerksamkeit der Trauer ablenken sollte, daß ein Bruch sein sollte zwischen der Erkenntnis der menschlichen Unheilsgeschichte und derjenigen Kultur, für welche die »Welt als ästhetisches Phänomen gerechtfertigt«<sup>7</sup> ist. »Nach Auschwitz« hieß soviel wie nach dem Untergang der Kultur. Die schützende Solidarität, die die Opfer nicht bei Lebzeiten haben konnten, sollte nun wenigstens der Erinnerung an die Ermordeten zugute kommen. Und diese Erinnerung sollte dem Unmaß der Leiden und der Schuld gemäß unzerstörbar sein. Dafür sollte das Bewußtsein der Zeitenwende sorgen, die durch die Offenbarung des absolut Bösen eingetreten war. Was Adorno unmittelbar nach der Rückkehr nach Deutschland so rigoros forderte, wurde auf dem Kongreß der Internationalen Psychoanaly-



tischen Vereinigung 1985 in Hamburg noch einmal verlangt: Anerkennen, daß »es eine Welt vor dem Holocaust gibt und eine andere danach«, ein Verdikt, über die Geschichte und eine Hoffnung zugleich, und so fürchterlich das Verdikt, so unermesslich die Hoffnung. Das Stigma muß so unaushaltbar sein, daß von ihm die Wende zum Guten ausgehen kann. Die Erscheinung des absolut Bösen bedeutet den Unwert der Welt oder die Bedingung einer neuen Geschichte. Weil die positiven Wunder ausgeblieben sind, müssen wir uns nun an die negativen halten, indem wir Auschwitz als Wende im Drama der Theodizee verstehen. Aber gegen eine solche negative Theodizee richtet sich die aus Homer (und Shakespeare) zu lernende Erinnerung: Troja hört nicht auf zu brennen.

Trauer und Geschichtsphilosophie — jedenfalls eine des Fortschritts — schließen sich aus. Worunter der Trauernde so leidet, daß die Trauer die Welt und ihren Lauf nicht erstarren läßt, macht die Trauer gerade so unablenkbar und untröstlich, treibt sie weiter und tiefer in die Erinnerung und führt zu dem Wunsch, daß sich alle erinnern, macht das Gedächtnis kollektiv und die Trauer solidarisch mit allen, die sich fürchten müssen. Die Trauer ist kein Prinzip und erst recht keines, mit dem die Welt verbessert werden könnte und wenn, dann nur um den Preis der Solidarität. Die Spuren davon machen Adornos Auschwitz-Tabu so verhängnisvoll. Die zum Schutz vor Vergessen um Auschwitz errichtete Mauer der Unvergleichlichkeit hatte eine unbedachte und nicht gewollte Nebenwirkung: Was Vergessen verhindern sollte, bewirkte es anderen gegenüber. Der Trauerbann war so zwingend, daß die in der Fixierung liegende Desolidarisierung mit den gewöhnlichen anderen Opfern des Faschismus wie der übrigen Geschichte gar nicht mehr wahrgenommen wurde. Manchmal konnte man in den Jahren der eifersüchtigen Abwehr jeglicher Veralltäglichs des Tabus fürchten, darin äußere sich so etwas wie eine Elitentheorie des Opfers. Vermutlich ist es wirklich so, daß zu einer negativen Theodizee auch der Gedanke einer negativen Auserwähltheit gehört.

Was aber am meisten zu fürchten ist, weil es unwillentlich die furchtbare Vergangenheit mitschleppt: Parallel zum Fortschritt des Bösen erreichen Rache und Vergeltung eine ihr Recht verzehrende Selbstgerechtigkeit. Wird beides, das Böse und der Kampf dagegen, im Bilde des Fortschritts gedacht, dann nimmt das Böse in dem Maße zu, wie sich der Endkampf nähert, bis dahin, daß das Böse total wird und nach dem Ganzen greift. Im Auschwitz-Tabu liegt etwas Manichäisches; Schuld und Unschuld liegen nun ein für allemal fest. Der Gedanke, welche unmäßige Hypothek auf die kommende Geschichte gelegt wird, hat keinen Raum mehr. Im Sieg über Hitler lebt Hitler vielleicht weiter. Hat er nicht militärisch gesiegt, so möglicherweise politisch, nämlich dann, wenn er seine Gegner nötigen konnte, zusammen mit der von ihm in der totalen Mobilmachung organisierten Schuld das Prinzip des absoluten Feindes und der totalen Schuld zu übernehmen.<sup>8</sup>

Wenn es richtig ist, was ich anfangs sagte, daß man eine soziale Identität nur durch die Teilhabe an einem kollektiven Gedächtnis hat und daß dieses

sich aus dem Erinnerungsbündnis mit den Toten speist, wie konnte und wie kann man dann im nachfaschistischen Deutschland leben, ohne ein moralischer Kaspar Hauser zu sein, ohne zerrissen zu werden zwischen individueller Selbstbejahung und sozialer Selbstverneinung? Merkwürdig, daß die materiellen Verheerungen, die der Krieg hinterlassen hatte, kaum aber die psychischen und moralischen Verwüstungen wahrgenommen wurden, als wären diese eine Angelegenheit der Selbstheilung. Allen standen die Trümmer der zerstörten Städte vor Augen, und die Zeichen von Hunger und Kälte waren nicht zu übersehen, kaum einer aber kam auf den Gedanken, daß die Menschen ebenso in Trümmern lagen wie die zerstörten Häuser. Die ganze Anstrengung galt dem Wiederaufbau der Fabriken und Städte, und es war klar, daß dies nur kollektiv zu leisten war und dafür Hilfe nottat, selbst die Hilfe der ehemaligen Feinde. Der innere Wiederaufbau der Menschen dagegen, die Wiederherstellung ihres sozialen Wesens, blieb jedem selbst überlassen. Die Nation zerstreute sich wie ein geschlagenes Heer in die einzelnen Flüchtenden. Was sie rettete, das waren die Gemeinwesen des Alltags und der Nähe, die Familien, die Nachbarschaften, die Belegschaften, die Gemeinden und auch die Parteien. Aber mit einer quälenden Frage blieben alle allein: Weiterleben ja, aber mit welcher Vergangenheit? Sie mußte ausgeklammert, verleugnet, umgewertet werden. Denn eines war ganz anders geworden: Erinnerung trug nicht, sie belastete, sie isolierte und vereinigte nicht mehr, es sei denn zynisch oder mit lähmenden Schuldgefühlen. Die Erinnerung an das Gemeinwesen der gerade verlassenen Vergangenheit war unaushaltbar wie ein Alptraum, aus dem es kein Erwachen geben konnte, weil man in ihn hinein erwacht war, eine Wüste von Enttäuschungen, die keiner Wahrheit mehr Platz ließen, die nur noch mit Hilfe der betäubenden Droge des Überlebens zu bewohnen war. Als 1945/46 der Film »Die Todesmühlen« (ein Bericht über die KZs bei ihrer Befreiung) der deutschen Bevölkerung vorgeführt wurde, ahnten manche, daß es ein Weiterwirken des Nationalsozialismus über seinen Zusammenbruch hinaus geben würde, als Totalitarismus der Schuld, der Schuldzuweisung und der Schuldangst. Den Nazis war die Organisation der totalen Schuld gelungen und damit die Zerstörung der Zukunft durch die Verwüstung der Vergangenheit.

Drei generationstypische Versuche, mit Vergangenheit und Erinnerung in Deutschland fertigzuwerden, existieren seitdem nebeneinander her. Die in den Nazijahren Erwachsenen, die durch Erfahrung und vielleicht auch eigene Tat an der Schuld der Nazis teilhatten, können vor der Ungeheuerlichkeit des durch das nationalsozialistische Deutschland verursachten Leidens nur in die Verleugnung der Vergangenheit ausweichen. Zugelassen werden kann nur die private Erinnerung und die Vergangenheit des Lebens in den Intimgruppen, mit der Behauptung, daß die Menschen in diesen politikfernen Lebensbereichen und nur hier ihre eigentliche Identität hätten. Die psychotische Verleugnung ist vor allem dann der einzige Ausweg, wenn die individuelle Schuldverstrickung mit den Zwängen und den Chancen, die zum gesellschaftlichen Leben überhaupt dazu gehören, zusammenfällt. Das Gefühl der eigenen Anständigkeit, der Teilhabe an der Rechtschaffenheit der kleinen Leute einerseits und die Einsicht darein, doch in die Untaten des



NS-Regimes verstrickt gewesen zu sein, weil der Opportunismus und die Gleichgültigkeiten der bürgerlichen Normalität dem NS-Regime die widerstehliche Macht und das gute Gewissen des Faktischen gegeben haben, wirkt wie die berüchtigten double-bind-Situationen der Schizophrenie-Genese: Das kollektive Gedächtnis wird durch Verleugnung der Realität der Vergangenheit lahmgelegt, vielleicht ganz zerstört.

Für die Jüngeren, die den Faschismus zwar noch aus unmittelbarer Erfahrung, aber ohne die Möglichkeit eigenen schuldhaften Tuns kennen, ergeben sich ganz andere Konsequenzen. Zwar hatten sie selber keine Schuld zu verantworten, aber sie fühlten sie. Schuld kam auf sie, aber nur als ein Subjektives, als Schuldgefühl, als Echo der Identifikation mit den Helden ihrer Kindheit. Und das Charakteristischste dieser Generation: Das Schuldgefühl kommt an kein Ende, es erneuert sich immer wieder, weil bei aller Umwertung der Vergangenheit ein Rest von Sympathie bleibt; denn das NS-Regime wurde zumeist über die alltägliche Wirklichkeit anständiger Menschen, denen zu vertrauen war, erlebt. Da Schuld und Verantwortung nicht verknüpft waren, kann aber die Schuld als ein Unheimliches, doch nicht Erdrückendes zum Stachel der Erinnerung und zum Motiv einer neuen sozialen Identität werden. Und so war für diese Generation das Gefühl der Schuldübernahme das stärkste Motiv des Vertrauens in die Reeducation. Das Schuldgefühl wurde für viele dieser Generation zum Zentrum der Person. Die verfluchte Vergangenheit blieb dabei doch konkret. Das Böse verblaßte nicht zum abstrakten eindimensionalen Prinzip, weil ein Rest von Loyalität für die Menschen, die den Nationalsozialismus getragen hatten, zugleich aber mehr waren als bloß diese eine Funktion, nicht zu vertreiben war. Dieses vertrackte, irgendeine Solidarität mit dem Schuldigen einschließende Schuldgefühl macht diese Generation so empfindlich für alle Ähnlichkeiten und Wiederholungen, gleich durch wen sie geschehen. Neue Identitätskrisen drohen, wenn die Einsicht nicht mehr zu verdrängen ist, daß die antifaschistischen Autoritäten, die die Werte der Umerziehung setzten, selbst durch die Übernahme faschistischer Strukturen diskreditiert sind. Nur wenige dieser Generation kamen zu der Erkenntnis, daß der antifaschistische Krieg auf der Seite der Alliierten nicht nur antifaschistisch, sondern auch imperialistisch war.

Die dritte Gruppe umfaßt alle diejenigen, denen der Nationalsozialismus nur mehr durch Überlieferung bekannt ist. Die Tabus, die auf der faschistischen Vergangenheit ruhen, werden auch von dieser Generation anerkannt, aber mit der Distanz, ja Gleichgültigkeit derer, die mit diesen Tabus keine eigenen Erlebnisse verbinden und die zwar wissen, daß diese Tabus in Schuld begründet sind, aber diese Schuld eben nur wissen, nicht fühlen — Schuld, aber ohne Schuldgefühl. Diese Generation akzeptiert die deutsche Schuld, weil sie glaubt, durch einen Ausstieg aus der Vergangenheit die Schuld für sich begrenzen zu können. Ohnehin ohne Verantwortung für die Untaten, glaubt sie der kollektiven Zuschreibung und Weiterschreibung der Schuld dadurch entgehen zu können, daß sie die Auflösung Deutschlands als eines einheitlichen Staates ratifiziert und überhaupt die nationale Organisationsform des gesellschaftlichen Lebens ablehnt. Zwar gilt dieser

Generation die deutsche Vergangenheit immer noch als ein Menetekel, aber nicht mehr als ein furchterregendes, eher als eine Fessel, die abzustreifen ist. Die Schuld der Vergangenheit ist willkommenen Anlaß, für eine radikale herkunftslose Moderne einzutreten, die ausschließlich Gegenwart und Zukunft verpflichtet ist. Nur die Sozialform der Zukunft, der Kosmopolitismus, wird als vernünftig im Sinne individualistisch/hedonistischer, wie sozialistischer Moral anerkannt. Aber diese Generation von Globetrottern macht eigenartige, ihr eigentlich gar nicht begreifbare Erfahrungen damit, daß ihr Wechsel auf die Zukunft bei den europäischen Nachbarn nur einen mäßigen Kredit bekommt. Ihr individueller Ausstieg aus der Geschichte scheitert. Diese homines novi werden die kollektive Zuschreibung und die von ihnen nicht zu verantwortende Geschichte nicht los. Manche erkennen, daß ihr unbedingter Modernismus im Ressentiment des Selbsthasses begründet ist, der die Nachgeborenen als die Rache des alttestamentarischen Fluches erreicht, vor dem es eben keine Individuen gibt, jedenfalls keine schuldlosen.

Es ist schon so, wie André Glucksmann sagt, die »Deutschen werden die Augen vor ihrer Vergangenheit nicht verschließen können, man hat ihnen die Lider abgeschnitten.«<sup>9</sup> Aber das Furchtbare daran ist eigentlich nicht der Gedächtniszwang; Schuld soll ja vergeben, nicht vergessen werden. Furchtbar ist, dem Gedächtniszwang nicht anders folgen zu dürfen als durch die Wiederholung der Schuld, durch die Wiederholung in ein- und demselben Stück mit der Hauptrolle des Selbsthasses. All die Einsichten in die Dialektik der Schuld, in die Umfunktionierung von Schuld in Tribut und in die Rechtfertigung neuer Schuld, in den verheerenden Dualismus von Monopolisierung der Schuld einerseits und der Entlastung von ihr andererseits werden unaussprechbar gerade für diejenigen, die durch ihr Schuldgefühl die Metamorphosen und die Mimikri der Schuld als Kundige kennen. Der Weg, der oft als einziger noch Rettung ermöglicht, wenn neurotische Menschen Therapeuten, Asoziale Sozialarbeiter, Diebe Polizisten werden, hier ist er verstellt; in diesem Fall wird Schuld nicht als Kompetenz der Warnung und Aufklärung zugelassen. Um es drastisch zu sagen: Wo aber soll eigentlich, wenn nicht in den Häusern der Henker und der Gehängten, vom Strick gesprochen werden? Dies Stummbleibenmüssen ist es, was so schwer erträglich an diesem Gedächtniszwang ist. Jedenfalls zeitigt er Verhaltensweisen, die bemerkenswert sind, und die sich einer eindeutigen Beurteilung entziehen. Einerseits kommt es zu einer erstaunlichen Behutsamkeit im Umgang mit den Risiken und Empfindlichkeiten anderer Völker. So gibt es einen politischen-moralischen Rigorismus, der sich wunderbarer Weise mit diplomatischem Takt und politischer Opportunität vereint, als wären unter den Deutschen die verlässlichsten Wächter des Status quo und damit des Friedens in Europa. Und andererseits ist es ein Opportunismus, wie man ihn als Haltung von Angestellten kennt, die ihr Selbst um der Sicherheit der Beschäftigung willen aufgeben haben. Vielleicht ist mit diesem Bilde die Haltung der Deutschen nach dem Faschismus überhaupt am besten zu verstehen. Mit der unerträglichen Vergangenheit haben sie ihr Selbst aufgegeben, um fortan als Angestellte der Geschichte, d. h. der geschichtsmächtigen Vormächte, nützlich zu sein. Als Gräculi ste-



hen sie auf allen Seiten im Dienst, aber es geht ihnen dabei wie dem schattenlosen Schlemihl, sie verdienen gut, aber Achtung erringen sie nicht. Allerdings wartet auf die Deutschen auch so etwas wie ein Firmenpatriotismus, der für den aufgegebenen eigenen Patriotismus entschädigen kann. Die immer noch nach dem Muster der Citoyenromantik modellierten, aber vaterlandslos gewordenen Bedürfnisse nach sozialer Identität gehen auf die Vormächte über, weil diese ganz in der klassischen Tradition ihr Kollektivbewußtsein auf die Kriegsbereitschaft gründen. Für diejenigen, denen diese soziale Identität, traditionell und künstlich zugleich, nicht genügt, oder die sie nicht wollen, bleiben die Sekten und der Kosmopolitismus; beides mehr oder weniger das Los der Intellektuellen, jedenfalls in Westdeutschland.

In einem Land mit zerstörtem kollektiven Gedächtnis hört das Leben, auch das soziale Leben, natürlich nicht auf. Man kann ohnehin meinen, es handelte sich dabei nach Faschismus und Krieg um die geringfügigste Zerstörung; gemessen an den Zerstörungen der Fabriken und Städte gewissermaßen nur um eine allegorische Zerstörung. Und weiter noch, sie scheint am wenigsten beklagenswert. So viele konnten sich in dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen, das die Nazis nutzten, wenn sie es auch zerstörten, nicht aufgehoben fühlen. Und so viele hatten es schon immer als eine ideologische Verhinderung eines wahrhaft menschlichen Gemeinwesens abschaffen oder umbauen wollen. Mit einer Revolution im Rücken oder vor Augen mag man das denken, mag es auch gehen, aber nicht mit einem Holocaust hinter sich. Diejenigen, die trotz allem meinten, der Bezug auf eine bessere Zukunft reiche als Basis für einen neuen und besseren sozialen Zusammenhang aus, machten die ernüchternde Erfahrung, daß entweder die Zukunftsziele nicht mehr geglaubt wurden oder nur individuell als private angestrebt wurden. Gemeinwesen und Gemeinsinn blieben der Gegenstand von Skepsis und Ratlosigkeit oder wurden durch Opportunismus weiter diskreditiert.

Wenn mit der Zerstörung des kollektiven Gedächtnisses die schützende Sicherheit selbstverständlicher Gemeinsamkeiten und die aller willkürlichen Einigung vorausliegende Einheit verlorengegangen ist, dann bekommen Konflikte und Probleme einen paranoischen Charakter. Sie existieren dann nur noch als Lösungszwänge und repräsentieren nicht mehr eine selbständige und gegebenenfalls nur zu ertragende Realität. Sie quälen dann nur noch als ein unbedingtes Entweder-Oder oder Für und Wider, obwohl es doch an der Kraft der Entscheidung ebenso gebricht wie an Gelassenheit. Undenkbar dann z. B. die Verteidigung des Sozialismus zugleich mit seiner Kritik und Bekämpfung oder die Einsicht in die surrealistische Verstiegtheit des Marxismus als Weltanschauung zusammen mit der Erkenntnis der analytischen Kraft des Marxismus als Wissenschaft. Unaus haltbar solche Zugleichs, man hat erst wieder Ruhe, wenn man sie auf entgegengesetzte Lager verteilt hat. So gibt es keine Anerkennung der Ostgrenzen zusammen mit der Klage über Verlust und Leiden der Flüchtlinge. Die Klage überläßt man den Opfern selber und würde sie ihnen am liebsten noch verbieten, weil es sich bei ihrem Schicksal um die Sühne einer Schuld handele, die durch die Aufrechnung von Leiden und Schuld entwertet würde. Warum erkennt

man nicht, daß man mit dem Opfer der Wahrheit, und indem man Schuld mit Schuld rechtfertigt und sich dabei noch von den unmittelbar Betroffenen desolidarisiert, die eigene Gabe dem Verdacht des Vorbehaltes aussetzt? Würde die Anerkennung der Grenzen nicht verlässlicher sein und auch so aufgenommen werden, wenn sie von denselben käme, die nicht nur gegeben, sondern auch gerechdet hätten?

Aber das ist es, was uns durch den Gedächtniszwang am tiefsten verboten ist: andere in die Verstrickung hineinzuziehen, überhaupt einen Schuldzusammenhang und womöglich Schuldvergleich herzustellen. Das heißt, der Gedächtniszwang schließt eine analytische Haltung aus, er ist geradezu das Gegenteil; er tabuisiert, verlängert den Schock des Schuldtraumas. So wird der Antisemitismus bekämpft, indem er durch Philosemitismus verdrängt wird. Das heißt die Bekämpfung des Rassismus hat selber rassistische Züge, Vorurteil und Kritik des Vorurteils lassen sich nicht klar voneinander unterscheiden. Unter solchen Bedingungen ist es offensichtlich unaushaltbar, wenn es geschieht, daß sich Abwehr des Antisemitismus und Kritik an Juden vereinigen. Aber auf einen solchen Zusammenhang kommt alles an. Solange die Juden in Deutschland Symbole sind, als Verkörperungen einer Opfergeschichte gelten, bevor sie überhaupt als wirkliche Menschen erlebt werden, bleibt das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden unheimlich. Wahrheiten sind dann unsagbar, Konflikte unaus tragbar, Gefühle unaustauschbar, wenn sie nicht mit den eingebrannten Bildern übereinstimmen. Schuld und Unschuld sind als Rollen auf die Seiten verteilt, bevor es überhaupt zu einem Tun und Lassen zwischen den Individuen, das dann vielleicht schuldig macht, kommen kann. Dabei ist ein individuelles, wirkliches Zusammenleben zwischen Juden und Deutschen möglich, ohne daß die verletzende Vergangenheit vergessen würde. Und das gibt es ja auch. Dann nämlich, wenn das Verhältnis der beiden Gruppen nicht weiter unter die Idee der Versöhnung gestellt wird, wenn endlich anerkannt wird, daß diese Idee manchmal die menschliche Kraft übersteigt, weil die Enttäuschungen wahr sind und die Verletzungen nicht heilen.

Der Tradition nach setzt die Idee der Versöhnung ein gemeinsames Drittes voraus, ein Numinoses, das erst die Kraft zur Versöhnung geben kann. Wenn aber dieses gemeinsame Dritte durch die zu sühnenden Untaten selber zerstört wurde, dann wird der Appell ohnmächtig und alsbald heuchlerisch, weil dieses gemeinsame Dritte nicht willkürlich wiederzubeleben ist. Wenn diese Kraft aus den Opfern kommen soll, folgen wir ihnen nach wie Helden oder Heiligen. Worin aber besteht denn ihr Wesen, das uns so verpflichtet? Es ist ihre Unschuld, dieses völlig unfäßliche Wesen der in den Lagern Ermordeten, das überhaupt nicht nach dem Bilde menschlicher Eigenschaften beschrieben werden kann, das ganz unbetroffen ist von dem, was Güte und Tugend meinen, das in nichts anderem als der sinnlosen Gleichheit vor der kategorischen Vernichtung besteht, darin, daß kein Mensch, wer auch immer, Auschwitz verdient. Wie kann aber eine solche 'Uneigenschaft' das Gedächtnisbild verpflichtender Nachfolge abgeben? Und noch ein anderes. Zu dieser unfäßlichen Unschuld gehört eine entsprechende Schuld. Wie können sich diejenigen, die sich auf die Schuld bezie-



hen müssen, mit den Nachfolgern der Opfer in einem gemeinsamen Gedächtnis treffen? Eine Versöhnungsvorstellung, die noch irgendwie am Modell der Nachfolge eines vorbildlichen, durch das Opfer bezeugten Wesens orientiert ist, verlängert das Unheil; sie ist verhängnisvoll, weil sie nur dem Schein nach eine nicht ausschließende Gemeinschaft hervorbringt, und weil sie der Rolle und der Beschaffenheit von Schuld und Unschuld im Holocaust unangemessen ist. Wie hat man sich denn die Katharsis der Schuld betriebsförmiger Menschenvernichtung vorzustellen, und wie erst, wenn auch noch die Hinterbliebenen der Opfer diese Katharsis teilen sollen?

Würde die Schuldangst vom Druck des Versöhnungszwangs befreit, dann würde vielleicht der Blick auch dafür frei, daß weniger der noch existierende Antisemitismus Anlaß zur Besorgnis ist als derjenige, der neu erzeugt wird. Denn im Grunde ist gespenstisch, was seit Jahren zu beobachten ist. Der Antisemitismus in Deutschland, über den gerade so vehement verhandelt wird, ist ein Antisemitismus vierzig Jahre nach der 'Endlösung'. Einer Gefahr wie der damaligen vorzubeugen, kann wohl nicht der Sinn der heutigen Befürchtungen, Drohungen und Verdächtigungen sein. Was geschieht, ist mit früheren Warnungen nur schwer vergleichbar. Dafür sind die heutigen Tatbestände zu wenig eindeutig im Sinne des Antisemitismus. Wie in Faßbinders Stück und in dem jahrelangen Streit um seine Aufführung geht es um eine Situation, die einerseits als Demonstration und andererseits als Kritik des Antisemitismus aufgefaßt wird. Das zeigt wenigstens eins: Das eigentliche Thema ist nicht der Antisemitismus selber, sondern der Schatten, den er immer noch wirft, ist die Erprobung der mit dem Antisemitismus verbundenen Schuldgefühle.

Die eine Seite will den Gedächtniszwang, der so lange Jahre angehalten hat, möglichst unverändert aufrechterhalten. Ihr gilt die Verletzung philosemitischer Tabus schon als Antisemitismus. Die andere Seite will die Aufhebung dieser Tabus, weil sie Unrecht auch dann anprangern will, wenn es von Juden begangen wird, und weil sie davor warnen will, daß die Nachfolger der Opfer durch den Holocaust nicht davor gefeit seien, auch die Erben der Verfolger zu sein. Ohne eine öffentliche Reflexion darüber fürchtet diese Seite, wird es einen neuen Antisemitismus geben, wie ein Ressentiment durch die noch mächtigen, aber diskreditierten philosemitischen Tabus selber erzeugt — entstehend wie das Obszöne im Rücken der Heuchelei als ihre heimliche, aber unvermeidliche Ergänzung.

Und in der Tat, hinter diesem intellektuellen Streit um die Macht über Seelen kommen Bedingungen in Sicht, die eine Wiederholung des Antisemitismus befürchten lassen. Für die destruktive Dynamik, die zur kapitalistischen Entwicklung gehört, wurden immer Entlastungen gebraucht; dafür waren Juden als Sündenbockopfer immer gut. In dieser Funktion kommen nun bisweilen wieder Juden vor, jetzt aber anders als die ehemaligen »Schutzjuden« der Fürsten und Städte, nämlich als durch die Vergangenheit unantastbar gewordene Opferzeugen. Das ist neu, in dieser Qualität können sie wiederaufflammende antikapitalistische Gefühle auf sich zie-

hen und zugleich stumm machen. Aber das erzeugt sicher eine unheilvolle Wut.

Vielleicht war es die Absicht Faßbinders, darauf aufmerksam zu machen. Auf jeden Fall ist es etwas, was aus den Frankfurter Begebenheiten zu lernen ist. Aber das philosemitische Gerücht über den Antisemitismus auf dem Theater hat womöglich auch noch eine andere Seite. Es gehört wohl unter die Reaktionen auf Neuorientierungen in der Intelligenz. Der Anstoß liegt in der wachsenden Beunruhigung durch die Geiselerolle der Deutschen in ihren Bündnissen. Um den Antiamerikanismus einzuschüchtern, warnt man nun vor dem Antisemitismus, eine chancenreiche Diskreditierung der unabhängigen Linken, seitdem es gelungen ist, Antisemitismus und Antizionismus gleichzusetzen. Damit ist die schlimmste, aber auch die wichtigste Seite an dem Komplex berührt, als dessen Symptom die Frankfurter Geschehnisse zu verstehen sind; gemeint ist das Hadern deutscher Intellektueller mit Juden darüber, daß das Schicksal der Deutschen den Juden nichts über Israel sagt. Deutschland, die verspätete Nation, ist immerhin die erste Nation, die als Nation zugrunde gegangen ist, und das unter Qualen nicht nur für sich, sondern auch für andere, z. B. die Juden.

Wenn nach den Kriegen dieses Jahrhunderts, in denen mit Hilfe von Ideen um Erdteile und mit Hilfe von Erdteilen um Ideen gekämpft wurde, immer noch ein Krieg für den Frieden oder Öl und Mangan für die Freiheit nötig sind, dann wissen die Menschen, daß es so weitergehen wird, gleich ob sie die Idee des Fortschritts weiterhin haben oder ob sie sie aufgeben. Die Geschichtsphilosophie ist kompromittiert. Nachdem Faschismus, normaler Kapitalismus und Sozialismus sich ihre Wahrheiten gegenseitig gezeigt haben, wissen Intellektuelle kaum, wie es Walter Benjamin 1938 formulierte, »woher noch einen Begriff sinnvollen Leidens und Sterbens nehmen.«<sup>10</sup> Damit aber ist spätestens der Gedanke fällig, daß es vielleicht schmachlich ist, nach einem solchen Begriff noch zu suchen, und daß es vielmehr gut ist, wenn solche Begriffe außer Kurs kommen. Wenn man so will, steckt dahinter auch noch eine Hoffnung auf Fortschritt. Denn der Zerfall solcher Begriffe, die als Opfermotive zur Ratifizierung ohnehin ablaufender Katastrophen und zur massenhaften Sterbehilfe dienten, könnte ja das Drohpotential der Politik mindern und damit die Friedenschancen mehren.

Gewiß, es wird damit ein Fortschritt erhofft. Aber wie? Durch eine Korrektur des Fortschritts, und zwar durch eine solche, die ohne ein kritisches Bewußtsein von den Kosten des Fortschritts gar nicht in den Blick kommen könnte. Versucht wird nämlich, den Fortschritt der technischen Zerstörungsfähigkeiten durch eine Zurücknahme der entsprechenden ideologischen und psychischen Fähigkeiten auszugleichen. Das Modell, das dahintersteht, ist nicht der Fortschritt, sondern die Ausgleiche eines Haushalts; wenn Fortschritt, dann so, daß die ihn begleitenden Zerstörungen kompensiert werden — versucht es nicht der Mensch, geschieht es naturwüchsig. Nach diesem Modell ist also hoffendes Handeln, Handeln, das gegebene Verhältnisse, Ungerechtigkeiten und Leiden verbessern oder aufheben soll, durchaus möglich. Auch ohne die Idee eines Gesamtfortschritts



wünschen die Menschen Fortschritte und erstreben sie durch ihr Handeln und können dies, was das Wichtigste ist, durchaus angeleitet von einer Theorie des Gesamtzusammenhangs der menschlichen Handlungen — ähnlich wie der Arzt gerade durch den Verzicht auf die törichte Idee einer Totalgesundheit zu seinem Können kommt.

Aber die herrschende Meinung bei uns sieht das anders. Sie kennt wieder nur das Entweder-Oder. Nach ihr sind Fortschrittsskepsis und Fortschrittspraxis unvereinbar, führt der Verlust der Fortschrittsidee zur fatalistischen Lähmung des Handelns. Wo die Fortschrittsphilosophie nicht mehr gelte, da herrsche der geschichtsphilosophische Nihilismus. Im Hinblick auf die imperialistischen Vormächte ist das verständlich. Wie soll man auf dem Weg zur Weltherrschaft, wenn man die Eroberung entscheidender Potenzen noch vor sich hat, anders denken? Wenn aber die faustischen Werte aufhören zu gelten oder die Revolution stillsteht, da wird dann der »Untergang des Abendlandes« gedacht.

Die Spannung zwischen geschichtsphilosophischer Ernüchterung und konkreter Fortschrittspraxis auszuhalten, erfordert eine andere kollektive Identität, als wir sie je hatten und als wir sie uns ersatzweise über die Identifikation mit unseren Vormächten besorgen können. Das lange Training einer Vergesellschaftung, die anders als bei Vormächten, durch und durch auf Gegenseitigkeit beruht, ist dafür erforderlich. Vorbilder gibt es dafür in Europa durchaus, Länder, die ihre Vormachtaspirationen nicht nur hinter sich, sondern durch ihre Kultur auch überwunden haben. Man denke z. B. an die freundlichen Dänen und Holländer, an alle jene Länder, die einmal vom nationalsozialistischen Deutschland aus als Träger der »Krankheit der europäischen Kultur«<sup>11</sup> geschmäht wurden.

Der alte hegemoniale Blick auf die europäische Geschichte macht uns heute nicht nur den Verlust unserer nationalen Identität so schwer, sondern wir haben nach der totalen Mobilmachung im faschistischen Deutschland auch zuviel von den alten, unter dem Obrigkeitsstaat schmerzlich erlernten Widerstandstugenden verloren. Die durch den Rückzug in die politische Apathie geschützte Solidarität der Gegenöffentlichkeit, der Familien, der Freundschaften usw. wurde durch die Politisierung von rechts wie von links einerseits aufgesprengt und andererseits immer tiefer in die Innenwelt des Privaten getrieben. Das zeigt sich in der für unser Land so typisch gewordenen Antigone-Not. Als Karl Jaspers für den Fall des gemeinsamen Freitodes mit seiner von Deportation bedrohten jüdischen Frau eine gemeinsame Grabstelle beantragte, wurde sie von den Behörden verweigert. Denselben Unwillen erfuhr der Vater Ensslin, als er eine Grabstelle für seine Tochter und den gemeindefremden Andreas Baader erbat. »Da ist etwas gerissen, das nicht wieder heil gemacht werden kann«, beschrieb Jaspers später die »Erfahrung des Ausgestoßenseins vom eigenen Volk«.<sup>12</sup> Eine Erfahrung, die die VVN-Veteranen immer enger zusammenrücken läßt. Unwirtlich ein Land für die Lebenden, in dem tote Kommunisten namenlos bleiben müssen, wenn es um Gedenktafeln über Tod und Verfolgung im Faschismus geht. Erdrückend ein Land, das den Menschen nur eine eindimensionale

Identität zugesteht, und in dem selbst der Tod sie nicht dazu befreit, konkrete Menschen gewesen zu sein.

Unglaublich ist aber auch die antifaschistische Solidarität, solange sie dazu schweigt, daß wir im Fall des 91-jährigen Rudolf Heß in der Festung Spandau zu Zeugen einer Verwesung bei Lebzeiten gemacht werden. Seit dem Faschismus ist die Furcht unter den Menschen, daß die Zivilisation einen nicht wieder gut zu machenden Schaden genommen hat, weil der Henker über den Richter Herr geworden sei. Symbole wie eine Festung mit einem lebenden Leichnam als einzigem Gefangenen halten diese Furcht wach. Müßte nicht endlich wenigstens Klarheit darüber hervorgebracht werden, ob es sich bei diesem Symbol um ein Herrschaftszeichen, das Mahnmal einer Übermächtigung oder um das Sühnzeichen einer Gerechtigkeit handelt, an die bis zuletzt um Gnade appelliert werden könnte?

Es ist immer noch Grimmelshausens Land, in dem wir leben! Im Herbst 1944 schoß der Dichter Ernest Hemingway einen deutschen Soldaten, der mit dem Fahrrad nach Aachen fliehen wollte, durch den Rücken. Er war, wie Hemingway sagte, so alt wie sein Sohn Patrick damals.<sup>13</sup> Dieser Junge liegt vielleicht auf dem Friedhof von Bitburg, wo sich am 5. Mai 1985 der US-Präsident und der westdeutsche Kanzler zum Gedenken der Kriegsoffer trafen. Eigentlich gehört es unter die einfachen Regeln der Zivilisation, den Toten zu gönnen, was den Lebenden verwehrt ist, nämlich in Frieden zu ruhen. Aber dazu diente dieser Besuch nicht. Er trennte die Menschen, die Trauer war eine Waffe. Die Toten mußten wiederauferstehen und wurden als zwei Gedächtnis-Heere gegeneinander geführt, auf der einen Seite das Totenheer der Soldaten und auf der anderen Seite das Totenheer der Opfer des Nationalsozialismus. Gestritten wurde um die Legitimität des antifaschistischen Gedächtnisses, darum, wie seine Grenzen zu ziehen seien, wen es in sich aufnehmen könne und wen nicht, wie sich Versöhnung und Rache zueinander verhielten, wem die Rache gelte und wem Versöhnung zukommen könne. Bisweilen konnte man in diesem Streit der Heuchler meinen, Trauersolidarität und Märtyrerverpflichtung kämpften um das Vorrecht in diesem Gedächtnis. Es wurde der Schein einer Alternative erregt, als ob die Aufnahme der gefallenen Soldaten in das Andenken die Abwehr von Krieg und Faschismus schwäche, und als ob das reine Opfergedächtnis allein den Widerstand gegen Faschismus und Krieg verbürgen könne. In Wirklichkeit ging es um die zeremonielle Besiegelung der psychologischen Doppelstrategie, mit der Westdeutschland spätestens seit 1947 für die nachfaschistische Runde des Kampfes um die globale Hegemonie verfügbar gemacht wurde.

Einerseits wurde mit der moralisch-ideologischen Überlegenheit des Sieges über das »schlechthin Böse« für die ständige Reproduktion von Schuldgefühlen bei denen gesorgt, die diesem Bösen sich irgendwie zurechnen mußten. Eher wurde mit der Hoffnung auf Exkulpation die alte autoritäre Unterwerfungsbereitschaft angesprochen als die Bereitschaft zu Erkenntnis und Wandlung. Andererseits gab es die zynische, geradezu komplizenhafte Nutzung vorher verfemter deutscher Potentiale: Verlagerung und unmit-



telbare Weiterförderung der faschistischen Kriegswissenschaft, Restauration des Monopolkapitalismus, Remilitarisierung. Beides geschah gleichzeitig und unentwegt und bestärkte sich untereinander. Die Restauration des Kapitalismus und des Militarismus hatte die Entlastung von Schuld und Schuldgefühlen zur Folge, aber nur partiell, weil die Stigmatisierung fortgesetzt wurde und so die wiedergewonnene ökonomische und politische 'Normalität' weiter mit Unsicherheit überschattete, was wiederum die Westdeutschen fester an die Restauration des Kapitalismus fesselte und tiefer in das Bündnis mit den USA trieb.

Aber diese Doppelgleisigkeit in der Behandlung enthält fatale Konsequenzen für den Vasallen. L. B. Johnson, einer der Vorgängerpräsidenten des Bitburg besuchenden Reagan, sagte 1965 vor New Yorker Studenten: »Ich würde es begrüßen, wenn sie (die amerikanischen Studenten) ebensoviel Fanatismus für ihr politisches System aufbringen würden, wie die jungen Nazis während des Krieges für ihr System aufgebracht haben.«<sup>14</sup> So etwas sagt man, und Bitburg besucht man, wenn man ein deutsches Engagement bei der Bedrohung der Sowjetunion braucht. Andererseits heißt es zu Bitburg: »Es geht hier nicht um Politik, sondern um Gut und Böse.«<sup>15</sup> Und diejenigen, die so etwas meinen, sind sich sicher, daß deutsche Soldaten nicht als Opfer des Faschismus gelten können, weil sie für das »schlechthin Böse« ins Feld zogen. Aber beides widerspricht sich nicht, wie es vielleicht scheinen mag. Wenn man nämlich sieht, daß das moralische Verdikt die politische und militärische Brauchbarkeit der Deutschen nicht zurückdrängt, ja gar nicht berührt, sondern die Politik der Integration der Westdeutschen in den antisowjetischen Block mitträgt, dann erkennt man, daß das moralische Verdikt etwas über die Art und Weise der Brauchbarkeit deutscher Soldaten und deutscher Aufrüstung aussagt — das Schlimmste. Denn dann erkennt man, daß zwar einerseits mit Schuldexkulpation um Bündnisbereitschaft geworben wird, daß aber das Weitergelten des Stigmas auf der Herkunft des Verbündeten die verbrannte Erde legitimiert, die zur Stationierung der Raketen gehört.

Bitburg war eine Erkennungsszene, wie es kaum zuvor eine gab für die Bundesrepublik. In der scheinheiligen, von Zweideutigkeiten umstellten Versöhnungsgeste wurde die Bodenlosigkeit der westdeutschen Politik offenbar. Und zugleich wurde schmerzhaft deutlich, daß es ein fürchterliches Amalgam zwischen Schuldgefühlen, Großmachtnostalgie und Großmachtinteressen gibt, und daß es dieses Amalgam ist, das uns in die imperialistische Politik zurücktreibt. Imperialismus als Wiedergutmachung; wenn es so etwas gibt, dann in Deutschland, welches Land!

Heillos die politisch-moralische Existenz in diesem Land. Vergessen haben die Deutschen, was sie schon einmal von Gryphius und Grimmelshausen wußten, daß die Toten ein kostbarer, zu hütender Schatz sind; die einzige Gattung, die wir wirklich haben, eine Menschheit, die schon ist und nicht erst werden muß. Und die Gleichheit, in der sie besteht, die aus der gleichmachenden Majestät des Todes kommt, verdient nicht abwehrenden Spott, mit dem wir sie zumeist bedenken, wobei nicht zu unterscheiden ist, ob in

solchem Spott eher die Verleugnung einer Gefahr oder die Ablehnung eines zu billigen Trostes liegt. Sie verdient viel eher Nachdenklichkeit, weil sie die einzige Gleichheit ist, von der wir das Wichtigste einer wirklich menschlichen Menschengattung lernen können, daß sie auf einer Gleichheit beruhen muß, die nicht ausschließt, sondern einschließt. Die Menschheitsbegriffe, die wir aus der Tradition haben in Religion wie Aufklärung, sind alle durch einen Gegensatz gebildet, verlangen Ausgrenzung oder lassen sie doch zu. Und so waren sie auch schon oft in unserer Geschichte Anlaß zu bitterer Enttäuschung. Was aus dieser Enttäuschung werden kann, wie sie in das zynische Recht des Stärkeren übergehen kann, war am Faschismus zu lernen. Wir können nun wissen, daß die Idee einer Menschengattung, wenn wir als Menschen nicht alles verlieren wollen, unersetzlich ist, daß damit aber auch die Verantwortlichkeit für alles, auch jenes Menschliche, das im Namen der Menschheit nicht verantwortet werden kann, zu übernehmen ist. Mensch und 'Unmensch' stehen sich dann nicht mehr in einem äußeren, sich ausschließenden Gegensatz gegenüber, der Fluch des einen entlastet nicht den anderen, sondern ist seine eigene Möglichkeit, so wie auch er die Möglichkeit des anderen ist und bleibt.

Aber wir alle sind aus dem Faschismus nur herausgekommen, um über ihn hinaus weiter die Aufteilung der Erde zu betreiben. Wie es scheint, haben wir gar nicht, wie wir behaupten, durch den Faschismus bis ins Innerste gebebt, nämlich in »Furcht und Zittern begriffen, wessen alles der Mensch fähig ist«<sup>16</sup>, und daß er dennoch ebensowenig Teufel wie Gott ist. Überlebt hat vielmehr der manichäische Mythos der vernichtenden Absonderung des Bösen vom Guten. Vermutlich ist es uns Deutschen gelungen, die Staffette des absolut Bösen weiterzureichen, aber das wird uns nicht vor der nächsten und dann wohl endgültigen Verwüstung bewahren. Vielleicht in keinem Fall ein abzuwendendes Schicksal. Dennoch fällt es schwer, die Vorstellung aufzugeben, daß dieses Schicksal uns ereilen könnte, während wir wie Candide unsere Gärten besorgen.

1) Karl Marx, MEW Bd. 1, S. 370; 2) G.W.F. Hegel, Werke Bd. 2, Ffm. 1970, S. 481; 3) Ders., Werke Bd. 8, Ffm. 1970, S. 86; 4) Schlüsselformulierung aus dem Text, der unter dem Titel »Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus« überliefert ist, und an dem in irgendeiner Hinsicht jeder der drei Freunde aus dem Tübinger Stift, Hölderlin, Schelling und Hegel, als Urheber beteiligt war. Abgedruckt in: G.W.F. Hegel, Werke Bd. 1, Ffm. 1971, S. 234ff.; 5) Friedrich Nietzsche, Genealogie der Moral, Leipzig 1922, S. 359 u. 353; 6) T.W. Adorno, Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft, München 1963, S. 26; 7) Friedrich Nietzsche, Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik, Stuttgart 1955, S. 187; 8) Vgl. dazu den schon 1944 geschriebenen Aufsatz von Hannah Arendt: »Organisierte Schuld«, in Deutschland veröffentlicht in: Sechs Essays, Heidelberg 1948, S. 33ff.; 9) André Glucksmann, Die Sehnsucht nach dem Guten, FAZ 14.9.85; 10) Walter Benjamin, Briefe, Hrg. u. eingel. von T.W. Adorno u. G. Scholem, Pfm. 1966, S. 747; 11) Vgl. dazu das Buch von Christoph Steding »Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur«, Hamburg 1938; 12) Karl Jaspers, Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, München 1967, S. 167; 13) DER SPIEGEL, 19/1981; 14) Martin Walser zitierte dieses Wort in seiner Rede zum Internationalen Vietnam-Tag 1967, abgedruckt in: Kürbiskern 1/68; 15) Elie Wiesel in: DER SPIEGEL, 18/1985, S. 28; 16) Hannah Arendt, Sechs Essays, S. 47.



## Harakiri

klassisch:

*Es ist bei der FDP die Belebung der klassischen kapitalistischen 'Werte' wie Konkurrenz und Individualismus, die außenpolitisch Vorstellungen von einer friedlichen Form der Systemauseinandersetzung bestärkt.*

Franz Sommerfeld, DVZ/tat, 10.1.86

praktisch:

*Die DKP führt die Quotierung praktisch durch, indem bei der Zusammensetzung der Leitungen, der Delegierten zu Konferenzen und Parteitag usw. der Frauenanteil entsprechend dem Mitgliederanteil ständig als Ziel formuliert und an der Umsetzung gearbeitet wird.*

Barbare Wille, UZ, 30.11.85

*'Auf jede Frage lauert eine Antwort':*

*Nein, wir wollen den besonderen, den künstlerischen Beitrag zum Thälmann-Aufgebot. Wir wollen das, was nur die Kunst kann, klug und gezielt einsetzen, damit die Partei stärker wird. Ein erstes Gespräch beim Kartenverkauf, dann das Stück und danach die Eintrittsrunde: so wird's gemacht!*

Gero von Randwo, UZ, 10.12.85

*Will er nicht, kann er nicht oder hat er nicht?:*

*Nicht einen Klang geb ich euch ab*

*Titel des DKP-Lesebuchs zu Kunst, Kultur und Politik, 1985*

*Mit beiden Beinen in der Luft:*

*Das kommunistische Menschenbild hat seine Ursprünge über Jahrtausende.*

*Nicht einen Klang geb ich auch ab, 1985*

*Unterschiede I:*

*Das 'Kommunistische Manifest' hat neben Marx auch Engels zum Autor, ist also nicht einfach, wie die Bibel, von 'Kindern des Volkes Israel verfaßt worden'.*

Robert Steigerwald, DVZ/die Tat, 13.12.85

*Unterschiede II:*

*Im Unterschied zum jüdischen, mohammedanischen, christlichen Gott-Vater haben unsere 'Väter' - Marx und Engels - nachprüfbar und mit wissenschaftlicher Präzision gesagt, was sie vererben wollten.*

Josef Schleifstein, Das Argument 154, 12/85

## Jutta Brückner

### Göttliche Aufgaben in wohlgeordneten Zuständen idiotischer Heiterkeit oder Filme von Frauen

Badalabidu.....

Es steht nicht gut um die Frauen. Da, wo Geschichte noch stattfindet, 'draußen', kämpfen sie gegen, für, um zu..., darum, daß nicht... (Frauenhäuser, spezifisch weibliche Arbeitslosigkeit, erhöhte Quoten in Parteien, Universitäten, Gremien, Abtreibung und In-vitro-Fertilisation). 'Dinnen', wo es auch nicht warm ist, wo der immer noch patriarchalische Weltgeist im Posthistoire das Ende der Subjekte und die verloren gegangene Repräsentation verkündet, müssen sie, altmodisch und rückständig, obwohl sie doch gerade gehofft hatten, in der Gegenwart angekommen zu sein, darauf bestehen, daß dies ein sehr spezieller, differenter, männlicher Diskurs ist, in den sie nicht einsteigen können, weil sie sich in diesem Akt sofort selbst wieder verabschieden würden. Als sich die Rollen von Hase und Igel vertauschten, haben sich leider auch die Spielregeln geändert. Der Verdacht ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, und die Plumpheit, mit der ich ihn hier ausspreche, ist beabsichtigt, daß, nachdem man die Frauen nicht mehr hindern kann, sich einzumischen, man die Dinge, die sie ergreifen wollen, einfach für inexistent erklärt. Wer, im Moment hoher Intensität an der Spitze eines revolutionären Prozesses stehend (wenn auch eines 'inneren'), mag sich beweisen lassen, daß sie die ewig gestrige sei?

Filmende Frauen, zu denen ich gehöre und über die ich hier nachdenke, sind von diesen Verdikten besonders hart betroffen, denn wenn die Repräsentationsfähigkeit der Bilder verloren gegangen ist, dann fallen die Suchbewegungen, die alle um Bild(-Fleisch) gewordene Identität kreisten, ins Leere.

Wäre das die dritte Stufe (und das ist nicht dialektisch gemeint) einer Entwicklung, die begonnen hat mit der Suche nach dem 'Frauenfilm'? Als dieses Wort, aus einem Irrtum entstanden, vor ungefähr 15 Jahren aufkam und sich sofort verbreitete, war damit die bildliche Verlängerung eines politischen Prozesses gemeint. Dann wurde in den ersten historischen Grabarbeiten klar, daß dieser Begriff schon einmal als Bezeichnung für Zielgruppenfilme in den Köpfen von Marketing-Experten großer Filmverleihkonzerne existiert hatte und ein eher zynisches Verhältnis zum weiblichen Publikum voraussetzte. Die freigesetzte theoretische Umrübigkeit flüchtete sich denn sofort in die Frage, ob es dann statt dessen nicht so etwas geben könne wie eine 'weibliche' oder 'feministische' Ästhetik. Zerrissen zwischen den Positionen des männlichen Diskurses in Moderne und Postmoderne und der feministischen Paradiesmetapher des archaischen Matriarchats, identitätshungrig und gierig auf Rechtfertigungen, die jede einzelne der Isoliertheit ihrer Bemühungen entthob, hofften Frauen, wenigstens in den Bildern der Kunst eine kollektive Identität zu finden, wenn schon ihre individuelle in der Wirklichkeit so problembeladen und die politische immer fragmentarischer wurden. In jedem Falle ging es also um Identität, die klarstellte, wo frau aufhörte und Welt anfang.

In erschöpfenden Diskussionsbewegungen hat sich inzwischen herausgestellt, was Silvia Bovenschen schon 1976 beschrieben hat: Es kann kein normatives System geben, das frau sagt, was sie zu tun hat, um als Frauenkünstlerin bestehen zu können, die Endgültiges über die 'wahre Frau' aussagt. Mit der Plu-



ralität der Ansätze muß gelebt werden. Da ist von Differenz noch gar nicht die Rede, sondern es wirft Filmemacherinnen erst einmal in die Zersplitterung zurück und überläßt die Zuschauerinnen der Pein, immer wieder von neuem herausfinden zu müssen, ob dieser Film, den sie gerade gesehen haben, nun wirklich feministisch ist oder nicht. Nun hat die Verweigerung eines feministischen Kategoriensystems ja immerhin das Gute, aber auch Gefährliche, daß es dann auch kein System der Ausschließung gibt. Wer mit heißem Herzen nach Identität sucht, meint damit gewöhnlich den Stillstand der quälerischen Suchbewegungen auf die Frage: Wer bin ich? Gruppen leben ruhiger, wenn sie durch Grenzziehung Innen und Außen voneinander trennen. Aber dieses »konfliktuöse« (= konfliktreich-inzestuöse) Verhältnis von innen und außen ist das am eigenen Leib erfahrene Zentralproblem weiblicher Identität. Das normative System, das der frühzeitige Verzicht auf Leben und Wahrheit gewesen wäre, hätte gleichzeitig den Frauen auch geholfen, sich nicht in der Prähistorie zu fixieren, aus der sie nicht einfach durch einen Schubs des Weltgeistes in die Postmoderne befördert werden. Die Ambivalenz, die auf diese Weise durch fehlende Kategorialität entsteht, ist durchaus wiederum ambivalent.

Nun wird sofort, mangels solchen Kategoriensystems, das die Essenz des Feministischen in der Kunst präparieren würde, in diesem windigen Vakuum sichtbar, daß die Filmemacherinnen, gleichgültig, ob sie sich in der historischen Avantgardetradition der Freisetzung des Mediums verschrieben haben oder narrativ um Identifikation kreisen, keiner einzigen der Aporien entgehen, die mit ihren spezifischen Tätigkeitsfeldern verbunden sind und noch zusätzlich die Schwierigkeit haben, daß sie sich ja zu diesem Formerbe in Konfrontation befinden.

Die Avantgardistinnen müssen sich dem Problem stellen, daß der freige-

setzte Blick nur ein gereinigtes und deshalb falsches Substrat der psychosexuell geformten Wahrnehmung der Frauen sein kann, die prinzipiell 'unrein' ist, nämlich vermisch, oft ein Wahrnehmungsgefühl, in dem Blick eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt. Die Narrativen dem Problem, daß die in Perfektion Identifikation herstellende Filmsprache, wie Hollywood sie herausgebildet hat, den Blick durchgängig über die männliche Wahrnehmung auf die Frau als Fetisch leitet. Die einfache Ersetzung des blickenden Mannes durch die blickende Frau aber ist keine Lösung, sondern ein Kurzschluß.

So stehen die Frauen, ausgeliefert als die Liberalen, zwischen allen Stühlen. Eingeklemmt von den Forderungen der Zuschauerinnen nach »ganz neuen Bildern«, in denen Frau sich einerseits erkennt, in denen aber auch ein ästhetischer Schritt über das Bekannte hinaus gemacht wird, ist ihnen doch klar, daß weder das einfache Mitmarschieren im Glicd der Avantgarde voranbringt, noch die ebenso bedenkenlose Übernahme der bekannten Erzählmotivmechanismen, die die Gefühle aufrufen. Und da eine Zeitlang Realismus als bürgerlich-reaktionär angesehen wurde, der notwendig ein falsches Bild von Frauen hervorbringen mußte und Frauenfilm nur als Gegenfilm, als formale Verweigerung gängiger Erzählhaltungen denkbar war, noch eine Überlegung zur Avantgarde: Das avantgardistische Ziel der Entdeckung fremden Territoriums als Bereich neuer künstlerischer Verfahrensweisen geht davon aus, daß dieses Neue geschaffen wird. Der grundlegende Gestus ist der künstlerische Vätermord. Die Suchbewegungen von Frauen bestehen aber eher darin, etwas Vergessenes aufzuspüren. Wiederholen Frauen die Produktionsweise der historischen Avantgarde als Muttermord, und in welchen Formen spielt sich das ab? Ist die künstlerische Metapher vielleicht nicht die des Architektonischen, sondern die der Grabplünde-

rung und Grabschändung?

Darüber, daß in Filmen von Frauen 'neue', 'ganz neue' Bilder gezeigt werden sollen, ist ziemlich leicht Einigkeit zu erzielen. Aber was kann das heißen? Sollte der Bodensatz für diese Wünsche der Gedanke sein, daß »das neue, noch nicht existente weibliche Ich« sich hier eine Gestalt gibt, wie ein so kenntnisreicher und mit feministischen Gedanken verbundener Mann wie Peter Gorsen es ausdrückt, dann sollten, meine ich, sofort unsere Alarmglocken schrillen. Denn hier zeigt sich in Verkleidung der Gedanke des 'neuen Menschen', der immer erst zu schaffen ist durch religiöse, soziale (sozialistische) oder wie in diesem Falle ästhetische Produktion. Der latente Vernichtungswunsch, die Reinheitsutopie, die in solchen Gedanken immer haust, übersieht auch die halsbrecherische Dialektik, daß ein Nicht-Ich das Ich schaffen muß, eine wahrhaft göttliche Aufgabe.

Das weibliche Ich besteht, gerade weil es sich ständig utopisch entwirft. Es lebt in der Spannung von jubilatorischem Entzücken vor seinem eigenen utopischen Entwurf, der, sollte er je zum Spiegelbild werden, es wohl nur im Film werden könnte, und der alle narzisstischen Größenphantasien rüde abwürgenden Wirklichkeit, die aber immerhin den Vorteil hat, daß hier der Stoffwechsel zwischen den Frauen und der Natur wenigstens anfangen kann. In welchem Schritt dann auch klar wird, daß in diesen Fällen Natur nicht der Bereich 'Außen' ist, den zu bearbeiten das Überleben garantiert, sondern auch das 'Innen', verborgen, bedrängt, entfremdet, vital, protestierend, unerschöpflich. Beides zusammen ist erst Basis, nicht zum Überleben, sondern zum Leben. Diese Spannung aber ist, trotz aufreger Möglichkeiten, sie zu filmen, zu malen, zu beschreiben, nicht kommod zu leben. Sie kann mörderisch werden.

Und trotzdem glaube ich, daß uns nichts davor rettet, den Satz von Julia Kristeva ernstzunehmen, daß eine un-

weigerlich männlich-väterliche Identifikation, weil Stütze des Symbols und der Zeit, notwendig ist, um in Politik und Geschichte eine Stimme zu erhalten. Daß im selben Atemzug aber alle narzisstische Befriedigung über die endlich erreichte Stellung der Partnerin, die in Komplizität münden könnte, von sich gewiesen werden muß und die »Rolle« der Frau auf der sozialpolitisch-historischen Szene immer nur ein Negativum sein kann. Und das nicht etwa im Sinne des klassischen Entwurfs der Revolutionärin.

Das ist eine Zerreißprobe, die man manchen Filmen vielleicht ansieht, denn Filmemacherinnen ist diese Doppelidentifikation vertraut. Ästhetisch äußert sie sich in der Hartnäckigkeit, mit der »Unterdrücktes« als »romantischer Vorschein eines noch zu Gewinnenden« zusammengebracht wird mit dem Wunsch nach Vermittlung von Kunst und Leben und der an den realen Zuständen ansetzenden Kritik von Kunst und Gesellschaft, wie Gertrud Koch es ausdrückt. Aber Film ist nie reiner künstlerischer Selbstausdruck, sondern immer auch Kapitalbewegung, Umgang mit Institutionen, Banken, (Fernseh-)Anstalten, (Kopier-)Fabriken, Freisetzung originärer kreativer Energie also nicht nur durch den Produktionsprozeß selbst erschwert, sondern zusätzlich durch dessen gesellschaftlich organisierte Bedingungen. Manchmal wird man deshalb in Filmen von Frauen nichts anderes sehen als das Scheitern dieses Balanceaktes, ästhetisch sichtbar als Halbherzigkeit, Unentschlossenheit, Formlosigkeit. Nun will ich kein Plädoyer für eine alles verstehende, alles verzeihende Haltung führen. Aber wenn die Überlegungen nicht um feministische Ästhetik als System, sondern um feministische Produktion und Rezeption als Prozeß kreisen, dann wird die gesellschaftliche Situation der Produzentinnen und Rezipientinnen und der Widerstand, den eine immer noch nach anderen Katego-



rien funktionierende (geldgebende) Öffentlichkeit produziert, ein die Ästhetik bestimmender Faktor. Und gerade weil Film sich teuer und öffentlich abspielt, sind Verhinderungen hier so dramatisch, denn keine Filmemacherin kann heimlich für die Schublade filmen in der Hoffnung, daß spätere, klügere Zeiten ihr Werk entdecken.

Heute und auch in absehbarer Zukunft ist Heiterkeit auf allen Kanälen und in allen Kinos angesagt. Damit geht nicht nur die aktuelle Kritik verloren und damit die potentielle Kritikfähigkeit, sondern auch etwas, auf das Frauen nicht verzichten können, selbst wenn es kategorial unklar bleibt, nicht normativ zu verfestigen ist und hier nicht als Kern einer doch listigerweise wieder auftauchenden 'feministischen Ästhetik' beschrieben werden soll: der Schmerz. Eine Gesellschaft, die den Schmerz nicht mehr zulassen will, stellt sich taub. Wer sich davor schützt, daß etwas weh tun könnte, verscheucht in allen aktuellen Momenten von Verhinderungsstrategie auch immer die Erinnerung an die Kindheit und verdammt sich im gleichen Atemzug zur Infantilität. Noch einmal Julia Kristeva: Wenn die feministische Kunst als Teil der Kunst der Moderne einen, wenn auch fragmentarischen Zugang zur präödi-palen Mutter-Kind-Situation hat, in der die männlich-phallogozentristische Sprache und die Anerkennung des Vaters als einzigem symbolischen Repräsentanten für Gesetz, Ordnung, Zensur unterlaufen wird, dann stehen natürlich die »wahren Menschenbilder«, die »durchgeformten Charaktere«, die »Glaubwürdigkeit der Dialoge«, diese Requisiten einer »Identität«, die Frauen als rein männlich definierte nicht annehmen können, zur Debatte. Es geht also immer wieder um Identität.

Daß es sich hier um einen Verfallsprozeß, um eine Krise, um Tendenzen einer Auflösung handelt, ist nicht zu bestreiten. Aber dies als Prozeß zu zeigen und nicht als Ergebnis, halte ich für die

künstlerische Aufgabe, filmisch zu beschreiben, wie Identität sich aufbaut und verfällt, wie die Bilder das Wesen nicht fassen (wichtiger als immer wieder sich auf den Blick zu konzentrieren!), wie Sprache sich durchsetzt mit vor-symbolischen Momenten, Wahrnehmung und Grenzen schwankend werden. Künstlerische Möglichkeiten, dies zu zeigen, gibt es. Gesellschaftliche Möglichkeiten, dies zu finanzieren, heute nicht, denn es würde den 'lebensechten Menschen', nach dem heute wieder auf allen Leinwänden dramaturgisch gesucht wird, in Frage stellen. Daß Frauen zu diesem Bereich einen privilegierten Zugang haben, steht für mich nach den Filmen, die sie bisher schon gemacht haben, außer Zweifel. Daß sie hier zögern und sich im Gegensatz zu Männern, die ihre Phantasien über Auflösung von Körperlichkeit in Sciencefiction-Filmen umsetzen, verweigern, ist wiederum Ausdruck der gesellschaftlichen Situation, daß sie nicht einfach einen Panzer, eine Form, sprengen, sondern sich in der ambivalenten Ambivalenz eine Form suchen. Der Film als industriellste und deshalb eigentlich modernste aller Künste hängt aber am Tropf der Ideen des 19. Jahrhunderts, 'Identität' in der Abgeschlossenheit des klassischen Entwurfs ist ihm kein Ding, an dem er zweifelt. Auf der aktuellen Ebene formuliert sich diese Frage dann so: Wie kann Kunst aussehen in einem Gemeinwesen, in dem die Heiterkeit von Idioten mit der Wohlgeordnetheit der Zustände verwechselt wird, was wiederum auch nur Ausdruck der Tatsache ist, daß man Gesellschaft für ein aufgeräumtes Wohnzimmer hält?

Keine Antwort auf diese Frage, aber eine letzte Überlegung. So sicher es ist, daß es im Moment keine positive Bestimmung dessen gibt, was es denn sei, das Filme von Frauen zu »Filmen von Frauen« macht, so sicher ist es nicht die Harmonieseligkeit.

Ulrich K. Preuß

## Rechtsordnung und Friedenspolitik — Neuere Entwicklung und aktueller Stand

Das Thema mag ein wenig skurril klingen. Friedenspolitik (im Sinne der Erhaltung und Festigung des äußeren Friedens), so ließe sich einwenden, ist nicht eine Frage des Rechts, sondern der Machtbeziehungen der Staaten, und deren Ordnung beruht nicht auf Normen, sondern auf der Staatsräson, die im Falle der Notwendigkeit (der Macchiavellischen 'necessità') über alle Normen hinwegschreitet. Innerstaatlich — wäre zu entgegnen — läuft eine rechtliche Ordnung der staatlichen Außenpolitik auf eine Verrechtlichung der Politik hinaus. Dies bedeutet praktisch eine undemokratische Verschiebung der politischen Verantwortung der gewählten Organe auf die politisch unverantwortliche, für politische Entscheidungen auch gar nicht qualifizierte Justiz, vor allem auf das Bundesverfassungsgericht. Ich möchte diese möglichen Zweifel an der Fruchtbarkeit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer rechtlichen Ordnung von Friedenspolitik nicht direkt aufgreifen, sondern mittelbar durch die Darstellung jener heute bereits bestehenden innerstaatlichen und völkerrechtlichen Normen und Institutionen, die sich auf das Ziel der Bewahrung und Festigung des Friedens beziehen. So läßt sich, hoffe ich, dann informierter über Sinn oder Sinnlosigkeit einer verrechtlichten Friedenspolitik sprechen.

### I. Staatsziel Frieden

Wenn wir die rechtlichen Normierungen der staatlichen Außenpolitik prüfen, so müssen wir das Verfassungsrecht der Bundesrepublik vom Völkerrecht unterscheiden. Beide Rechtskomplexe stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sind im Sinne einer Öffnung der nationalen Rechtsordnung zur Staatenwelt und zur internationalen Kooperation zu verstehen. Darauf werde ich noch näher eingehen. Was zunächst das Grundgesetz angeht, so läßt sich sagen, daß sich aus der Gesamtheit der in ihm enthaltenen Bekenntnisse zum Frieden das Staatsziel der Friedensstaatlichkeit entnehmen läßt. In der Präambel des Grundgesetzes wird der Wille des deutschen Volkes bekräftigt, »dem Frieden der Welt zu dienen«, in Art. 1 Abs. 2 bekennt sich das Deutsche Volk zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten »als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt«, in Art. 24 Abs. 2 wird — nun bereits konkreter — festgelegt, daß sich der Bund »zur Wahrung des Friedens« einem System kollektiver Sicherheit einordnen und in die Beschrän-



kung seiner Hoheitsrechte einwilligen kann, die »eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern«; Art. 26 erklärt »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«, für verfassungswidrig. Entsprechend dem Verfassungsauftrag des Art. 26 Abs. 1 S. 2 GG haben die §§ 80 und 80a StGB die Vorbereitung und das Aufstacheln zum Angriffskrieg unter Strafe gestellt; und schließlich legen Art. 87a Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes fest, daß die Streitkräfte ausschließlich der Verteidigung dienen.

So ermutigend derartige explizite oder implizite Normierungen der Friedensstaatlichkeit der Bundesrepublik klingen, so wenig sind sie doch geeignet, die verbreitete Beunruhigung über die Gefahren für den internationalen Frieden zu dämpfen oder gar zu verschüchtern. Offenbar ist Friedensstaatlichkeit als Staatsziel juristisch kaum operationalisierbar. Eine juristische Norm hat ja nur dann Sinn, wenn sie die Zahl möglicher Optionen und Alternativen der Politik wirksam beschränkt, d.h. den staatlichen Rückgriff auf den Krieg als Mittel der Politik effektiv ausschließt. Angesichts des heutigen Standes der Waffentechnologie, der 'Overkill'-Kapazitäten der beiden Supermächte und der geographisch-politischen Lage der Bundesrepublik ist aber für sie der Krieg ohnehin keine realistische Option als Mittel staatlicher Interessendurchsetzung. Auch die Supermächte selbst haben wiederholt erklärt, daß die Erhaltung des Friedens ihr oberstes Staatsziel sei — und dennoch ist der Weltfrieden heute alles andere als stabil. Wenn also das Ziel der Erhaltung des Friedens selbst unter den antagonistischen Weltmächten gar nicht streitig ist und es auch für die Politik der Bundesrepublik keine vernünftige Alternative zu diesem Ziel gibt, dann läuft jede normative Verpflichtung auf dieses Ziel leer. Die grausame Paradoxie dieser Feststellung liegt darin, daß dieser normative Leerlauf nicht ein Zeichen dafür ist, daß das Ziel bereits erreicht ist, sondern im Gegenteil dafür, daß die Norm ungeeignet ist, friedensgefährdende Politikalternativen zu erfassen und aus dem Arsenal der Staaten wirksam auszuschneiden. Zu Recht erklärte die im Herbst 1981 von den Bundesministern der Justiz und des Innern eingesetzte »Sachverständigenkommission 'Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge'« in ihrem 1983 vorgelegten Bericht, »die Friedenssicherung ... ist ... ein so weites, umfassendes Staatsziel, daß sie schon beinahe mit der nicht mehr unterscheidungskräftigen Rahmenformel einer 'vernünftigen, guten Politik' in eins fällt« (1).

Das Staatsziel »Frieden« ist in der Tat so vage und abstrakt, daß sich in seinem Namen fast jede Außenpolitik rechtfertigen läßt — eine Abrüstungspolitik ebenso wie eine forcierte Aufrüstungspolitik. Der tiefere Grund für die geringe normative Bedeutung der verfassungsrechtlich fixierten Friedensstaatlichkeit liegt allerdings nicht in der juristischen Konturenlosigkeit des Begriffs Frieden; in einer Minimaldefinition könnte man ihn ja als einen Zustand umschreiben, in dem die Beziehungen der Staaten zueinander unter Verzicht auf das Mittel der bewaffneten Gewalt geregelt werden. Aber dies wäre nicht nur eine bloß negative, sondern vor allem auch rein

technisch-instrumentelle Friedensdefinition, die davon absieht, daß Frieden nicht so sehr ein Zustand, sondern eine Beziehung zwischen Staaten darstellt und unlösbar mit dem normativen Element eines gerechten Interessenausgleichs verknüpft ist. Nicht zufällig verpflichten sich die Vereinten Nationen in Art. 1 Abs. 2 ihrer Charta auf das Ziel, »auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen« — sie betrachten Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, also normative Prinzipien, als integrale Bestandteile des Friedens. Deutlich kommt dieser Zusammenhang auch in Art. 2 Abs. 3 der Satzung zum Ausdruck, nach dem die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beizulegen, »daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden«. Schließlich ist zu erwähnen, daß die Charta das in Art. 2 Abs. 4 kodifizierte Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen in Art. 51 unter den Vorbehalt des »naturgegebenen Rechts (jedes Staates) zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung« stellt.

Frieden ist m.a. W. ein Modus innerhalb der Beziehungen der Staaten zueinander; er setzt ein Minimum an rechtlicher Ordnung dieser Beziehungen voraus. Das ist eine schon lange bekannte Wahrheit. *Hobbes* hatte bekanntlich die Gewaltsamkeit der Menschen im *Bellum omnium contra omnes* auf die wechselseitige Furcht voreinander zurückgeführt, die ihre Ursache darin habe, daß es keine die Menschen umgreifende Ordnung gebe, die ihnen diese Furcht nehmen könne (2). Noch deutlicher findet man diesen Gedanken bei *Kant*, der sich dabei ausdrücklich auch auf die Beziehungen der Staaten zueinander bezieht. In der Schrift »Zum ewigen Frieden« schreibt er, daß man in einem rechtlich geordneten Zustand nur dann Feindseligkeiten gegenüber einem anderen eröffnen dürfe, »wenn er mich schon tätig lädiert hat«. Denn in einem derartigen Rechtszustand bestehe Sicherheit. »Der Mensch aber«, so fährt er fort, »(oder das Volk) im bloßen Naturzustand benimmt mir diese Sicherheit und lädiert mich schon durch eben diesen Zustand, indem er neben mir ist, obgleich nicht tätig (facto), doch durch die Gesetzlosigkeit seines Zustandes (statu iniusto), wodurch ich beständig von ihm bedroht werde, und ich kann ihn nötigen, entweder mit mir in einen gemeinschaftlich-gesetzlichen Zustand zu treten, oder aus meiner Nachbarschaft zu weichen« (3). In einfacheren Worten ausgedrückt: die Voraussetzung von Frieden ist Sicherheit, die Voraussetzung von Sicherheit ist eine rechtlich geordnete Beziehung der Staaten zueinander. Keine verfassungsrechtliche Staatszielbestimmung kann diesen Zusammenhang aufheben, er ist die nicht-verfassungsrechtliche Voraussetzung dieser verfassungsrechtlichen Normierung. Wir können ihn im übrigen auch geradezu sinnlich vor unseren Fernsehern erleben: wenn die Chefs der beiden Supermächte vor den Kameras der Weltpresse geradezu beschwörend erklären, daß es die wichtigste Aufgabe sei, einen Atomkrieg zu vermeiden, obwohl dies doch einzig von ihnen selbst abzuhängen scheint, so wirkt dies wie ein absurdes Schauspiel. Es ist aber durchaus nicht absurd; denn solange sie keine Sicherheit, genauer: keine subjektive Gewißheit von



Sicherheit voreinander haben — und das heißt, keine zwischenstaatliche Ordnung, die ihnen diese Sicherheit gibt —, solange müssen beide auch um den Frieden fürchten.

In der Charta der Vereinten Nationen kommt dieser Zusammenhang von Frieden und internationaler Sicherheit geradezu leitmotivisch immer wieder zum Ausdruck. In Art. 1 Abs. 1 wird das Ziel der Vereinten Nationen festgelegt, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«; der bereits zitierte Art. 2 Abs. 3 verpflichtet die Mitglieder zu Formen der Streitbeilegung, die den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährden; nach Art. 2 Abs. 6 trägt die Organisation dafür Sorge, daß ihr nicht angehörende Staaten insoweit nach den Grundsätzen der UNO handeln, »als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist«; dies setzt sich in einer Vielzahl von Artikeln der Charta fort. An keiner Stelle der Charta taucht der Begriff des Weltfriedens ohne die Verbindung mit dem Begriff der internationalen Sicherheit auf (4). Auch im Grundgesetz finden wir diesen Gedanken. Nach Art. 24 Abs. 2 kann sich der Bund »zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen« und zu diesem Zweck auch in Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen.

## II. Gerechter und ungerechter Krieg

Wenn wir über den Zusammenhang von Rechtsordnung und Friedenspolitik sprechen, so müssen wir uns also der rechtlichen Ordnung der Beziehungen der Staaten zueinander zuwenden, um die Frage nach den rechtlich-institutionellen Bedingungen der Erhaltung und Förderung des Friedens beantworten zu können. Wir kehren damit zu dem bereits erwähnten Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit zurück.

Wenn, wie bereits erwähnt, Art. 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen die Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen verbietet und davon nur »das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung« gegen einen bewaffneten Angriff ausnimmt, so wird damit die Unterscheidung zwischen ungerechten und gerechten Kriegen gemacht. Diese Unterscheidung setzt eine die Staaten übergreifende Ordnung oder doch jedenfalls von ihnen gemeinsam gewußte und anerkannte Maßstäbe voraus, nach denen zwischen gerecht und ungerecht unterschieden werden kann. Die universale Ordnung des christlichen Mittelalters hatte daher auch eine differenzierte Lehre vom *Bellum iustum* und *Bellum iniustum* hervorgebracht, wobei die einflußreiche Lehre des Thomas von Aquin als Voraussetzung eines gerechten Krieges vor allem eine gerechte Sache (*iusta causa*) und die aufrichtige Absicht des allein zur Kriegführung zuständigen Fürsten definierte, das Gute zu fördern oder das Böse zu verhindern. Mit dem Entstehen der modernen Staatenwelt im 16. und 17. Jahrhundert zerfällt die universale christlich-mittelalterliche Ordnung und mit ihr allmählich auch die Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg. Die Souveränität als wesentliches Element der

Staatlichkeit bedeutete höchste Macht, die nicht durch rechtliche oder andere Normen, sondern allein durch die Notwendigkeit, die Staatsräson geleitet wurde. Vollends in der Herausbildung der Nationalstaaten des 18. und 19. Jahrhunderts setzte sich die Tendenz durch, im Staat das institutionelle Gehäuse der politisch-nationalen Identität eines Volkes zu sehen und sich gegen andere Staaten abzugrenzen; er erhielt einen »partikulär-egoistischen Grundzug« (5), kraft dessen das staatliche Interesse zur einzigen und obersten Richtschnur, die staatliche Souveränität zur einzigen Rechtsquelle für die Regelung der internationalen Beziehungen wurde. Der Staat wurde gewissermaßen zum Maß aller Dinge, eine die Staaten übergreifende Rechtsordnung existierte nicht (6).

Dementsprechend verschwand auch die Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg, das *Jus ad bellum* wurde zu einer selbstverständlichen Insignie staatlicher Souveränität. Alle seit etwa der Mitte des vorigen Jahrhunderts schrittweise eingeführten internationalen Regeln des Kriegsvölkerrechts bezogen sich auf das *Jus in bello* und dienten der Hebung des Krieges, indem sie die Rechte und Pflichten der Kombattanten und Nichtkombattanten, der Kriegsgefangenen, der Zivilbevölkerung etc. festlegten. Sie setzten aber das *Jus ad bellum* als selbstverständlich voraus. Eine Änderung dieser Rechtslage vollzog sich im Gefolge der internationalen Friedensbemühungen nach dem 1. Weltkrieg. Bereits im Versailler Friedensvertrag fand sich die Feststellung, daß Kaiser Wilhelm II. sich mit dem Auslösen des 1. Weltkrieges der Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge schuldig gemacht habe, womit die viel diskutierte »Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff« (7) eingeleitet wurde. Die Völkerbundsatzung präziserte diesen Gedanken dahingehend, daß ein Krieg nicht mehr nur die beteiligten Staaten angehe, sondern den Völkerbund insgesamt, und daß er infolgedessen eine Verantwortlichkeit für die Erhaltung des Weltfriedens habe. Zu diesem Zwecke wurden vor allem Instrumente und Verfahren der Kriegsverhütung geschaffen. Eine unzweideutige Verurteilung des Krieges als Mittel der internationalen Politik findet sich dann im Briand-Kellogg-Pakt von 1928, dem nahezu alle Staaten beitraten und der daher als der Markstein einer unzweideutigen Illegalisierung oder besser: Ächtung des Krieges angesehen werden muß. Art. 6a des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg ging noch einen Schritt weiter, indem er den Angriffskrieg als ein internationales Verbrechen qualifizierte. Auf seiner Grundlage sind auch mehrere Hauptkriegsverbrecher der Nazis verurteilt worden. Die Satzung der Vereinten Nationen schließlich bekräftigt in ihren Art. 2 Abs. 4 und 51 die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen.

Diese Unterscheidung ist insofern folgenreich, als nunmehr ein die Staaten überwölbender Rechtsmaßstab vorausgesetzt wird, an dem sich kriegerische Handlungen der Staaten messen lassen. Danach ist der Angriffskrieg völkerrechtlich verboten, während Notwehr und Nothilfe auch in der Form der bewaffneten Gewalt ausgeübt werden dürfen. Damit ergibt sich das Problem, einen präzisen Begriff des Angriffs und des Angriffskrieges zu entwickeln — ein Problem, das schier unlösbar ist.



Das auf den ersten Blick einleuchtende Kriterium für einen »Angriff«: eine Kriegserklärung und/oder der Einfall bewaffneter Streitkräfte in das Territorium eines anderen Staates bzw. die Bombardierung fremden Territoriums oder der Einsatz von Waffen gegen fremdes Territorium hilft in Wirklichkeit nicht weiter. Denn es besagt nichts darüber, ob alle diese Handlungen Akte der Verteidigung oder des Angriffs sind, denn »der Staat, der militärisch die erste Angriffshandlung vornimmt, (kann) in Wirklichkeit einen Verteidigungskrieg führen« (8). Dementsprechend hat auch die Resolution der Generalversammlung der UNO v. 14. Dez. 1974 ausdrücklich festgestellt, daß zwar *prima facie* derjenige als Angreifer gilt, der als erster bewaffnete Gewalt entgegen der Satzung der Vereinten Nationen anwendet, daß aber »im Licht anderer relevanter Umstände« auch der Ersteinsatz von Waffengewalt als Verteidigung qualifiziert werden könne (9). Damit läßt sich also weiterhin eine präventive militärische Angriffshandlung als völkerrechtlich zulässiger Akt der Selbstverteidigung qualifizieren. Das führt zu dem logisch paradoxen Ergebnis, daß sich *sämtliche* in einen Krieg verwickelten Staaten in einem Verteidigungskrieg befinden können. Das ist die Folge der Fortdauer des Hobbeschen Naturzustandes auf der internationalen Ebene, in dem bereits die Furcht vor der Gewalt des anderen die eigene Gewalt rechtfertigt, und da sich jeder vor jedem fürchtet, handelt auch jeder in gerechtfertigter Notwehr und Verteidigungsabsicht.

Der Grund für dieses Paradox ist nun allerdings weniger darin zu sehen, daß es keine internationale Zwangsinstanz gibt, die das völkerrechtliche Gewaltverbot durchsetzen könnte; denn auch innerhalb der Staaten, in denen es ja eine derartige Instanz gibt, ist Notwehr und Nothilfe zulässig und ließe sich ohne Verstoß gegen elementare Gerechtigkeitsprinzipien auch nicht verbieten. Die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen ist aber nur eine notwendige, nicht aber hinlängliche Bedingung für die Erhaltung des Friedens. Hinzukommen muß jener von Kant geforderte Zustand einer Rechtsgemeinschaft, der in der Charta der Vereinten Nationen in abgeschwächter Form als internationale Sicherheit und Gerechtigkeit kodifiziert worden ist.

Es muß nun allerdings gesagt werden, daß auch ohne die Illegalisierung des Krieges keinesfalls ein permanenter Kriegszustand zwischen den (hier allein betrachteten) europäischen Staaten bestanden hat. Vor allem war das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nur eine Ausnahme vom Frieden war und stets in einem Friedensschluß zu enden hatte. Er war daher durch Rechtsförmlichkeiten vom Frieden unterschieden; auch diese Rechtsförmlichkeit und -klarheit gab insofern ein gewisses Maß an Sicherheit, als klar war, in welchem Zustand man sich befand. Hugo Grotius, einer der Väter des modernen Völkerrechts, hatte vor über 350 Jahren noch schreiben können, daß die Aufrüstung eines Staates für seinen Nachbarn noch keine gerechte Ursache für einen Kriegsbeginn sei; die »bloße Furcht vor der Macht des Nachbarn« könne keinen kriegserischen Angriff rechtfertigen, wohl aber seine »feststehende Absicht«, den Krieg zu führen. Diese Unterscheidung zwischen der objektiven Kriegsfähigkeit des »Nachbarn« und seiner feststehenden Kriegsabsicht setzt voraus, daß Sicherheit und Selbsterhaltungs-

recht des Staates erst durch einen kriegserischen Angriff gefährdet werden und er es daher auf einen Angriff ankommen lassen kann (10). Diese Voraussetzung ist heute ebenso wie die klare Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden aufgrund der Entwicklung der Waffentechnik nicht länger gegeben — jedenfalls nicht im Verhältnis der beiden großen Atommächte und ihrer europäischen Bündnissysteme zueinander.

### III. Die Verwischung von Angriff und Verteidigung, von Krieg und Frieden durch die Revolutionierung der Kriegsmittel.

In einem Memorandum des US-Außenministeriums aus dem Jahre 1954 lesen wir: »Ein bewaffneter Angriff ist heute etwas völlig anderes als vor der Entdeckung von Atomwaffen. Es würde daher unter den gegenwärtigen Bedingungen wichtig und angemessen erscheinen, daß der Vertrag 'bewaffneter Angriff' in einer den Atomwaffen entsprechenden Weise definiert und in der Definition nicht einfach den tatsächlichen Abwurf einer Atombombe einschließt, sondern auch gewisse Schritte, die an sich einem solchen Angriff vorausgehen.« Offenbar sollte mit diesen Überlegungen dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Schwere der Folgen eines Atombombenabwurfs und das Ausmaß der daraus folgenden Zerstörung von Menschenleben und Lebensbedingungen eine Vorverlagerung des Angriffsbegriffs erfordert. Dies führt dann auch zu einer Vorverlagerung des Begriffs der Verteidigung. Ihre Merkmale können bereits bei Handlungen erfüllt sein, die aus bloßer »Furcht vor der Macht des Nachbarn« ergriffen werden. Die Unterscheidung zwischen (ungerechtem) Angriff und (gerechter) Verteidigung verliert ihren Sinn. In den vorsichtigen Worten eines Völkerrechtlers: »Da durch die Existenz von Atom- und Raketenwaffen eine ständige Bedrohungslage geschaffen ist, droht hier eine gefährliche Verwischung der Unterscheidung von Prävention und Verteidigung.« (11)

Nicht zufällig spricht Grotius im Zusammenhang mit der Erörterung der rechtfertigenden Gründe für einen Kriegsbeginn stets von der Macht und den Absichten des »Nachbarn«. Denn bei dem damaligen Stand der Kriegstechnik konnten überhaupt nur benachbarte Staaten Krieg gegeneinander führen, oder doch jedenfalls nur solche Staaten, deren Transportkapazität ausreichte, um ihre Truppen und sonstigen Kriegsmittel in einen anderen Staat zu tragen. Keine noch so intensive Aufrüstung und auch keine Kriegsabsicht konnte bedrohlich werden, wenn diese Voraussetzung einer Nachbarschaft nicht gegeben war. Mindestens ebenso wichtig wie die Entwicklung der Atombombe ist daher für die Verwischung der Unterscheidung zwischen Angriff und Verteidigung die Tatsache geworden, daß die beiden Supermächte im Zeitalter der ballistischen Geschosse kriegstechnisch zu *Nachbarn* geworden sind. Interkontinentale und Mittelstreckenraketen sind heute in der Lage, die geographischen Entfernungen von Staaten binnen kürzester Zeit — kürzer als zur Mobilisierung einer Truppe erforderlich ist — zu überwinden und damit eine bislang ungekannte Intensität feindli-



cher Nachbarschaft herzustellen. Die Stationierung von ballistischen Flugkörpern, die Massenvernichtungsmittel binnen Minuten in das Gebiet des Gegners tragen können, bedeutet heute das, was in früheren Zeiten die grenznahe Aufstellung einer angriffsbereiten Truppe war.

Hieraus wird deutlich, daß die technische Revolutionierung der Kriegsmittel die neuzeitliche Errungenschaft einer Unterscheidung zwischen ungerechtem und gerechtem Krieg wieder weitgehend hinfällig gemacht hat. Sie haben ein Ausmaß internationaler Unsicherheit bewirkt, das es erlaubt, jeden bewaffneten Angriff als eine gerechtfertigte Verteidigung i.S. des Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen erscheinen zu lassen. Aus diesem Grunde ist die verbreitete Ansicht zumindest zu relativieren, daß Kriegsmittel doch nur stets Mittel in den Händen von Menschen seien, daß also die Bedrohung nicht von den Waffen herkomme, sondern von den wirtschaftlichen und politischen Gegensätzen der Staaten; bevor diese nicht beseitigt oder gemildert seien, werde auch die Kriegsgefahr nicht beseitigt werden können. Sicherlich sind unüberbrückbare Interessengegensätze häufig die Ursache kriegsgerichteter Auseinandersetzungen in den internationalen Beziehungen. Nicht minder häufig aber ist es das Gefühl der Bedrohung, d.h. internationale Unsicherheit, wodurch kriegsgerichtete Auseinandersetzungen ausgelöst werden. Die heute verfügbaren Waffen, die in Wirklichkeit Massenvernichtungsmittel sind, haben den Krieg als Mittel der Politik jedenfalls für die beiden Supermächte obsolet gemacht. Aber das hat uns beileibe nicht dem »ewigen Frieden« nahegebracht. Denn die Alternative zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist nicht notwendigerweise der Frieden, sondern sind, wie es schon Clausewitz wußte, »Kämpfe auf Leben und Tod aus bloßer Feindschaft« (12). Die Kombination der »absoluten Waffe« Atombombe mit ballistischen Trägersystemen hat von der Kriegstechnik her den Krieg zwischen den beiden Supermächten in einen derartigen »Kampf auf Leben und Tod« verwandelt, und jenseits aller inhaltlichen Interessengegensätze bewirkt dieser Tatbestand die intensivste und zugleich auch abstrakteste Form »bloßer Feindschaft«. Es ist daher nur konsequent, wenn die beiden Weltmächte die normativen völkerrechtlichen Begriffe der Gleichheit, der gleichen Sicherheit und des Gleichgewichts in den SALT-Verträgen in den rein technischen Kategorien der Anzahl und der technischen Eigenschaften ihrer ballistischen und strategischen Potentiale ausdrücken. In diesem Zustand »bloßer Feindschaft« verwischen sich nicht nur die Begriffe Angriff und Verteidigung — sie werden im Begriff der Prävention identisch —, sondern auch Krieg und Frieden; sie vereinigen sich im permanenten Spannungsfall, der nicht zu Unrecht den Namen Kalter Krieg trägt.

#### IV. Zwei Konzeptionen von Sicherheit

Die Illegalisierung des Angriffskrieges als Mittel staatlicher Interessenverfolgung und das Gewaltverbot der Satzung der UNO haben zwar das Prinzip durchgesetzt, daß ein Krieg nicht mehr nur eine Angelegenheit der beteiligten Staaten, sondern der gesamten Völkergemeinschaft ist. Aber dieser

Gewinn ist durch die technologische Entwicklung der Kriegsmittel wieder verloren gegangen. An die Stelle des verbotenen Angriffskrieges ist eine Situation getreten, in der im Ost-West-Konflikt jeder Staat jederzeit einen gerechten Verteidigungskrieg führen kann. Das Problem der Sicherung des Friedens verschiebt sich damit auf die Garantie von Sicherheit.

Noch Hobbes hatte das Unterpfand für den innerstaatlichen Frieden und die ihm vorausliegende Sicherheit der Bürger in der Existenz einer souveränen Autorität gesehen, und daher sehen viele Menschen auch in der Errichtung eines Weltstaates die einzige Möglichkeit der Bewahrung des Weltfriedens. Wie immer man zu dieser wohl nur als utopisch zu kennzeichnenden Vorstellung steht — sie sollte uns nicht den Zugang zu den völkerrechtlich und auch verfassungsrechtlich vorgezeichneten Alternativen versperren. Wenn die kriegsgerichtete Aggression eines Staates gegen einen anderen heute eine Angelegenheit der gesamten Völkergemeinschaft ist, so ist es auch die Sicherheit der Staaten. Wenn die Illegalisierung des Angriffskrieges lediglich dazu führt, daß jeder Krieg — und dies häufig sogar mit guten Gründen, wie ich zu zeigen versucht habe — nunmehr als Verteidigungskrieg qualifiziert wird, so würde das nicht zur Eindämmung oder gar Abschaffung von Kriegen, sondern lediglich zu deren Umetikettierung führen. Die Sicherheit der Staaten muß ihrerseits auf eine kollektive Grundlage gestellt werden und darf nicht, jedenfalls nicht ausschließlich, auf dem Rüstungspotential der Staaten beruhen, so wie das im klassischen Völkerrecht noch der Fall war. Ein kollektives Sicherheitssystem überantwortet die Sicherheit eines jeden Staates dem Schutz der gesamten Staatengemeinschaft; es richtet sich also nicht gegen eine Aggression von außen seitens eines dritten Staates, sondern soll den potentiellen Angriff eines Mitgliedes verhindern und damit den Bereich legitimer Notwehr und Nothilfe — die Achillesferse des völkerrechtlichen Kriegs- und Gewaltverbots — so weit wie möglich einschränken. Das genaue Gegenteil zu einem derartigen in der UNO-Satzung vorgesehenen System kollektiver Sicherheit ist das kollektive Verteidigungsbündnis, das sich gegen einen potentiellen außenstehenden Aggressor richtet und seine völkerrechtliche Grundlage im individuellen und kollektiven Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 UN-Satzung hat. Kollektive Sicherheit und kollektive Verteidigung reflektieren zwei entgegengesetzte Sicherheitskonzeptionen: ersteres zielt auf Sicherheit durch die Reziprozität einer Rechtsordnung oder, wie Kant es ausdrückte, eines »gemeinschaftlich-gesetzlichen Zustandes«; letztere sucht Sicherheit auf die klassische Weise der souveränen Staaten des 19. Jahrhunderts, nämlich durch Rüstung.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, daß die Präferenz für die eine oder die andere dieser unterschiedlichen Sicherheitskonzeptionen eine Frage der Politik sei, die sich einer rechtlichen Beurteilung entzieht. Sieht man genauer hin, so kommen Zweifel auf. Es dürfte auch unter Völkerrechtlern unstreitig sein, daß ein kollektives Sicherheitssystem den Zielen der UNO-Charta gerechter wird als kollektive Verteidigungsbündnisse. Ebenso sicher ist aber, daß diese völkerrechtlich nicht verboten sind. Wir haben gesehen, daß die Dynamik des Rüstungswettlaufs und die daraus resultierende,



oben skizzierte Revolutionierung der Kriegsmittel — die Kombination der Atombombe mit ballistischen Trägersystemen — aus sich selbst heraus Unsicherheit und Bedrohung erzeugt. Daß die ungeheure Zerstörungskraft des Bedrohungspotentials der beiden Supermächte nur noch ihre wechselseitige Lähmung durch Abschreckung erlaubt, ist heute ein Gemeinplatz; schon Oppenheimer hatte die USA und die Sowjetunion mit zwei Skorpionen in einer Flasche verglichen: jeder kann den anderen töten, aber beide gehen dabei zugrunde. Auch die ethische Vertretbarkeit einer Doktrin, die Sicherheit auf die Drohung der Vernichtung eines großen Teils der Menschheit, ja womöglich der Auslöschung jeglichen menschlichen Lebens auf diesem Planeten gründet, ist vielfach und in beeindruckender Weise durch die Konferenz der amerikanischen katholischen Bischöfe erörtert worden (13). Über all dem ist jedoch eine Tatsache in den Hintergrund getreten, die vielen so selbstverständlich geworden ist, daß sie selten erwähnt wird — die Tatsache nämlich, daß die Doktrin der Abschreckung das Primat der Politik über die militärischen Erfordernisse aufgehoben und geradezu in das Gegenteil verkehrt hat. Die Clausewitzsche Unterscheidung zwischen dem Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und dem Krieg als »Kampf auf Leben und Tod aus bloßer Feindschaft« spiegelt ziemlich genau diese Umkehrung: Im ersten Fall ist der Krieg ein Mittel der Politik und steht unter ihrem Regime, im anderen Fall hat er seine Funktion als Mittel der Politik, d.h. zur Herstellung eines neuen politischen Verhältnisses in einem Frieden, verloren. »Bloße Feindschaft«, wie Clausewitz diesen Zustand nennt, bezeichnet, seherisch den Begriff des Politischen bei Carl Schmitt vorwegnehmend, einen auf keine Norm und keine Ordnung mehr bezogenen, keiner Rechtfertigung zugänglichen und insofern »existentiellen« Zustand intensivster Spannung und Tötungsbereitschaft. In diesem Zustand sind Waffen nicht länger Mittel der Politik, sondern Materialisierungen existentieller Tötungs- und Todesbereitschaft. Die Mittel sind zu Zwecken geworden, die Drohung des Krieges und des Todes dominiert über die Politik; sie ist vollauf damit beschäftigt, die Dynamik der Rüstung, genauer: den Zustand kollektiver Todes- und Tötungsbereitschaft, der »bloßen Feindschaft« im Sinne von Clausewitz, zu bändigen.

Das Konzept der Sicherheit durch Rüstung ist daher nicht lediglich ein anderer Modus der Verfolgung desselben Ziels, das dem Konzept der Sicherheit durch ein kollektives Sicherheitssystem zugrundeliegt. Dieser Modus sprengt vielmehr das Ziel selbst. Die Sicherheit, die auf Reziprozität und rechtlicher Ordnung beruht, ist eine andere als die, die in einem rechtsfreien Raum eine Funktion der verfügbaren Kriegsmittel ist. Jene zielt zumindest auf den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit und erkennt mit dem eigenen zugleich auch das Sicherheitsinteresse des anderen an. Sicherheit durch Rüstung, speziell aber durch Abschreckung, beruht darauf, daß jeder Staat bzw. jedes Verteidigungsbündnis seine Sicherheit allein aus seiner eigenen Stärke bezieht. Wichtiger aber als diese allseits bekannte Tatsache ist der Umstand, daß dieser »partikulär-egoistische« und normlose Sicherheitsbegriff zu der Konsequenz führt, daß die eigene Sicherheit nicht etwa in der Sicherheit des anderen gesehen wird, sondern im Gegenteil in dessen Schwäche und Unterlegenheit. Es ist eine Sicherheit durch Aus-

schluß und Ausgrenzung des anderen, und sie ist ihrer inneren Logik nach expansiv. Schon im Hobbesschen Naturzustand hatte der einzelne verlässliche Sicherheit erst durch die dauerhafte Überwindung des anderen, letztlich erst durch seine Vernichtung. Der Übergang von Notwehr zur Aggression und zur Vernichtung ist, anders als in einem Rechtszustand, kein prinzipieller, sondern ein gradueller (14). Das Streben nach Überlegenheit über den anderen wohnt daher diesem »autistischen« Sicherheitsbegriff und seiner expansiven Dynamik selbst inne; es ist nicht der Ausdruck finsterner Absichten und Pläne der Herrschenden in Ost und West, sondern ein ihnen durch die Struktur eines nicht-kooperativen und nicht-reziproken Sicherheitsbegriffs geradezu gesetzmäßig auferlegter Zwang.

Diese innere Logik wird übrigens — vermutlich unfreiwillig — in der Diskussion über die strategische Bedeutung des SDI-Projekts von dessen Befürwortern eingeräumt. Der Planungschef des Bundesverteidigungsministeriums, Hans Rühle, antwortet im SPIEGEL auf den Einwand, daß die USA durch den Aufbau dieses Defensivsystems die Fähigkeit erhalten, aus einer Position der Unverletzlichkeit heraus das ungeschützte strategische Potential der Sowjetunion mit einem nuklearen Erstschatz zu zerstören (15): »Würde die Sowjetunion auf die amerikanische Initiative überhaupt nicht reagieren, könnte sie (sic!) in der Tat diese Gefahr beschwören — wobei gespenstisch mit anzusehen ist, wie leicht westliche Analytiker die Möglichkeit, ja ernste Gefahr eines amerikanischen nuklearen Erstschatzes ins Kalkül ziehen. Die Sowjetunion hat aber inzwischen mehrfach öffentlich und offiziell erklären lassen, daß sie für den Fall des Aufbaus eines strategischen Defensiv-Systems durch die USA ein gleichgeartetes System dislozieren werde. Dann aber bestünde selbst dann, wenn man den Amerikanern alles erdenklich Schlechte zutraut, keine Erstschatzinstabilität zu Lasten der Sowjetunion mehr.« Im Klartext heißt das: 1. wenn die Sowjetunion im Gegensatz zu den USA kein Abwehrsystem gegen nukleare Raketenangriffe besitzen, so sind sie tatsächlich der Gefahr eines nuklearen Erstschatzes durch die USA ausgesetzt; 2. um diese Gefahr auszuschließen, müssen und können wir uns darauf verlassen, daß die Sowjetunion sich selbst um ihre eigene Sicherheit kümmert, indem sie ein gleichgeartetes Verteidigungssystem aufstellt; 3. wir müssen den Amerikanern vertrauen, daß sie den nuklearen Erstschatz nicht führen werden. Satz 1 und Satz 3 scheinen sich zu widersprechen. Tatsächlich tun sie es nicht. Satz 1 bestätigt, daß die erstrebte Sicherheit expansiv in dem Sinne ist, daß die Unangreifbarkeit der USA keineswegs bereits mit ihrer Sicherheit identisch ist; Sicherheit verlangt mehr als Unangreifbarkeit, verlässlich ist sie im Grunde noch nicht einmal bei Überlegenheit, sondern erst mit der Vernichtung des Gegners, der, wie wir gesehen haben, durch das Prinzip der Ausgrenzung in Wirklichkeit der »bloße Feind«, der Feind schlechthin ist. Das führt zu dem dem Autor offenbar gar nicht bewußt gewordenen Paradox, daß überhaupt erst in einer Position der Überlegenheit, also einer relativen Sicherheit, des einen über den anderen der nukleare Erstschatz droht. Satz 2 bestätigt den »autistischen« Sicherheitsbegriff, denn die Sicherheit der Sowjetunion hängt von dem Besitz eines eigenen strategischen Verteidigungssystems nach Art der SDI ab. Satz 3 nun bekräftigt, daß die USA nicht die Absicht



des nuklearen Erstschlages haben; das halte ich durchaus für glaubwürdig. Aber er vermeidet ganz zutreffend — bewußt oder unbewußt — jede Aussage darüber, ob die USA nicht im Falle einer Überlegenheit kraft SDI gemäß der in Satz 1 bestätigten inneren Logik des expansiven Sicherheitsbedürfnisses dazu getrieben werden, ihn auch tatsächlich zu führen.

## V. Konsequenzen für den Verfassungsstaat

Was folgt aus alldem für unsere innerstaatliche Rechtsordnung? Ich skizziere hier drei Konsequenzen.

1. Die eingangs aufgezählten friedensstaatlichen Elemente des Grundgesetzes bleiben leere und folgenlose Beteuerungen, wenn sie nicht als wegweisende Pflichten zur Operationalisierung eines Friedensprozesses verstanden und gehandhabt werden. Die verfassungsrechtliche Bestimmung des Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes, nach der »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, ... verfassungswidrig (sind)«, greift in einer Struktur internationaler Beziehungen ins Leere, in der es strukturell nur noch Verteidigungskriege gibt; das ebenso offenkundige wie verbrecherische Vorgehen Hitlers, das bei dieser Norm offenbar Pate gestanden hat, dürfte sich jedenfalls in Europa nicht wiederholen. Die normative Verpflichtung auf eine Politik des Friedens läßt sich heute nur erfüllen, wenn sie sich auf die Voraussetzung des Weltfriedens erstreckt, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen durchgängig formuliert worden ist: internationale Sicherheit. Sie ist aber, wie ich zu zeigen versucht habe, nicht länger auf der Grundlage individueller oder kollektiver Selbstverteidigung, sondern, wenn überhaupt, in Europa nur auf der Grundlage eines (regionalen) Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit möglich. Um es deutlich auszudrücken: Ich halte im Gegensatz zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (16) diese beiden Sicherheitskonzeptionen auch unter verfassungsrechtlichem Gesichtspunkt nicht mehr für gleichwertig dergestalt, daß es im völlig freien politischen Ermessen einer auf Friedensstaatlichkeit verpflichteten Regierung steht, welchen Weg sie wählt. Es handelt sich tendenziell nicht mehr nur um unterschiedliche Wege zum selben Ziel, sondern um unterschiedliche Ziele. Daß die betreffenden Regierungen die feste Absicht haben, auf der Grundlage des »autistischen« Sicherheitsbegriffs den Frieden zu wahren, möchte ich nicht bestreiten; aber nicht Friedensabsichten sichern den Frieden, sondern eine Politik, die die Bedingungen des Friedens schafft. Wenn Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes festlegt, daß sich der Bund »zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen kann«, so ist zu erwägen, ob dies heute nicht die verfassungsrechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik enthält, sich um Friedenslösungen auf der Grundlage reziproker Sicherheit zu bemühen.

2. Wie alle liberal-demokratisch inspirierten Verfassungen, so beruht auch das Grundgesetz auf der strikten Trennung von Krieg und Frieden und der

Überlegenheit der Politik über das Militär und militärische Erfordernisse. Ich habe nun zu zeigen versucht, daß die Doktrin der nuklearen Abschreckung dieses Verhältnis umgekehrt und die Politik ins Schlepptau eines nur noch nach technisch-militärischen Kategorien definierten Sicherheitsbegriffs genommen hat. Damit werden die Voraussetzungen des politischen Verfassungsstaates systematisch unterhöhlt, er wird allmählich zum Militärstaat, in dem sich immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der expansiven Logik militärischer Sicherheit unterzuordnen haben. Wenn in den USA für das SDI-Projekt nach den eigenen Worten seiner Befürworter immense materielle und immaterielle Ressourcen mobilisiert werden, ja SDI geradezu zum Symbol eines neuen technologischen und ideologischen Aufbruchs zu werden verspricht, so bekommen wir einen ersten Eindruck davon, wie wenig resistent selbst eine so durch und durch zivile Gesellschaft wie die der USA gegen ihre Militarisation ist. Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, wie gefährlich es ist, daß der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik immer noch als ein Hausgut der Exekutive und ihrer bürokratischen und militärischen Apparate angesehen wird und die Demokratie vor dieser Domäne Halt gemacht hat. Die nächste Aufgabe der Verfassungstheorie und -politik liegt heute darin, die Außen- und Verteidigungspolitik an die Prinzipien und Prämissen der zivilen Gesellschaft und des Verfassungsstaates zu binden. Gelingt ihr das nicht, so drohen die Grundlagen der Demokratie selbst hinfällig zu werden.

3. Damit ist bereits zu meiner letzten Schlußfolgerung übergeleitet. Sie betrifft die Sicherheit nicht des Staates, sondern seiner Bürger. Im Verfassungsstaat beruht die Sicherheit der Bürger vor einander nicht auf der Übermacht des Hobbesschen Leviathan und seines Abschreckungspotentials, sondern auf — häufig auch rechtlich geordneten — Institutionen und der darauf gegründeten wechselseitigen Erwartungssicherheit. Ein wichtiges Element staatsbürgerlicher Sicherheit ist Rechtssicherheit, die fälschlicherweise häufig als Produkt des staatlichen Gewaltmonopols dargestellt wird. Dabei wird übersehen, daß ein großer Teil sozialer Beziehungen ganz ohne die Abschreckungsmacht der staatlich organisierten Gewalt funktioniert. Um die unterschiedlichen innerstaatlichen Sicherheitskonzepte an berühmten Namen festzumachen: der liberal-demokratische Verfassungsstaat beruht weit mehr auf Locke als auf Hobbes, also auf der Reziprozität und Gerechtigkeit einer Ordnung als auf der ordnenden Macht ihrer souveränen Gewalt. Die bisherige Geschichte des Verfassungsstaates ist durch die Spaltung geprägt, daß er im Innern im Prinzip den Naturzustand ebenso wie den Leviathan überwunden hat, während seine äußere Sicherheit noch weitgehend auf der Logik des Naturzustandes beruht. Sicherlich hat es niemals eine strikte Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Verfassungsstaatlichkeit im Innern und Naturzustand im Verhältnis nach außen gegeben; aber es hat bis zum Zweiten Weltkrieg klare Unterscheidungen zwischen Krieg und Frieden und damit auch zwischen verfassungsstaatlicher Normalität und dem Ausnahmezustand im Innern gegeben. Diese Zeiten sind vorbei. Die Befürworter der Abschreckungsdoktrin und des ihr zugrundeliegenden »autistischen« Sicherheitsbegriffs weisen zu Recht darauf hin, daß es in Europa seit vierzig Jahren zu keinem Krieg ge-



kommen ist. Aber ebenso wie die Abschreckung den Ausbruch des Krieges verhindert haben mag, so hat sie mit Sicherheit den Ausbruch des Friedens unmöglich gemacht. Nicht nur Sicherheit, sondern auch Frieden gehört zu den Funktionsvoraussetzungen des Verfassungsstaates. Eine dauerhafte Koexistenz zwischen innerer Verfassungsstaatlichkeit und Normalität und äußerem Natur- und Ausnahmezustand ist nicht möglich. Wir stehen vor der Alternative, in einem schleichenden Prozeß den Ausnahmezustand auch innerstaatlich zu normalisieren und damit die auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhende Sicherheit der Bürger aufs Spiel zu setzen oder auch im zwischenstaatlichen Verkehr den Naturzustand zu überwinden. Wo der Auftrag der Verfassung liegt, ist offenkundig.

Wenn ich also die Frage nach dem Verhältnis von Rechtsordnung und Friedenspolitik in einem Satz beantworten soll, so ist dieser Satz ebenso trivial wie elementar: Frieden durch Sicherheit, Sicherheit durch Recht. Noch allerdings hinken die Rechtsnormen, um eine Formulierung von Otto Kirchheimer zu gebrauchen, der realen Entwicklung voraus.

1) Der Bundesminister des Innern/Der Bundesminister der Justiz (Hrsg.): Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge. Bericht der Sachverständigenkommission. Bonn 1983, Rz. 72.2) Th. Hobbes: Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des kirchlichen und bürgerlichen Staates (1651). Hamburg 1965, Kap. XVII, S. 133 ff. 3) I. Kant: Zum ewigen Frieden. Zweiter Abschnitt, Pußn. im Text vor dem Ersten Definitivartikel. Werkausgabe Bd. XI (Hrsg. v. W. Weischedel). Frankfurt/M. 1977, S. 203. 4) Vgl. hierzu O. Kleinmich: Frieden und Sicherheit im Spiegel der Völkerrechtsliteratur, in: Einigkeit und Recht und Freiheit. Festschr. für Carl Carstens. Bd. I. Köln/Berlin/Bonn/München 1984, S. 381 ff., 392 ff., 394. 5) Chr. Tomuschat: Der Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen Beziehungen, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, H. 36 (1978), S. 7 ff., 9. 6) Vgl. hierzu den historischen Überblick bei G. Dahm: Völkerrecht. Bd. II. Stuttgart 1961, S. 327 ff. 7) C. Schmitt: Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff. Berlin 1938; vgl. auch ders.: Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum. Köln 1950, S. 232 ff. 8) Vgl. H. Kipp: Art. 'Angriff', in Strupp-Schlochauer Wörterbuch des Völkerrechts. Bd. I. Berlin 1960, S. 63 ff. 67 ff., vgl. auch F. Berber: Lehrbuch des Völkerrechts. Bd. II. München/Berlin 1962, S. 48 ff. 9) Dt. Text der Resolution in: Europa-Archiv, Bd. 30 (1975), S. D 318 ff. 10) H. Grotius: Das Recht des Krieges und Friedens (1625), Buch II, Kap. XXII, § V, 1, in der von v. Kirchmann herausgegebenen Ausgabe Berlin 1869 S. 136. 11) Zit. nach Berber (Anm. 8), S. 12, FN 3. 12) Zit. nach Berber (Anm. 8), S. 16. 13) The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response. A Pastoral Letter on War and Peace (ed. National Conference of Catholic Bishops). Washington 1983, insbes. S. 44 ff., 51 ff. 14) Vgl. hierzu R. zur Lippe: Bürgerliche Subjektivität: Autonomie als Selbstzerstörung. Frankfurt/M. 1975, S. 15 f. 15) H. Rühle: »An die Grenzen der Technologie«, in: DER SPIEGEL Nr. 48/1985 v. 25. Nov. 1985, S. 155 ff., 157. 16) Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts v. 16. Dez. 1983 (Amtl. Entscheidungssammlung Bd. 66, S. 39 ff., 61) und v. 18. Dez. 1984 (Amtl. Entscheidungssammlung Bd. 68, S. 1 ff., 103).

Referat auf der Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 29. Nov. bis 1. Dez. 1985 zu dem Thema: Friedensstaatlichkeit. Rechtsordnung und Friedenssicherung in der Bundesrepublik Deutschland.

*Im Kampf wie jetzt langt der Zwang und der materielle Anreiz, aber in einer ganz friedlichen Zeit müßte auch ein Sinn drin sein.*

Volker Braun

Wilhelm Paul

## Lernprozesse mit ungewissem Ausgang Schwierigkeiten einer besseren Union

Die Union hat geschafft, wovon Strauß vor knapp zwanzig Jahren noch träumte. Sie gilt als 'modern' und 'konservativ'. Beide Bezeichnungen erfreuen sich großer Beliebtheit, obwohl der inhaltliche Ertrag solcher Zurechnungen gering, ja irreführend ist, wie Arnheim Neusüß anhand der »Rekonstruktion des Konservativismus« (DEBATTE 3/84) dargelegt hat. Bei der Rede von der 'modernen Volkspartei' schwingt die Annahme mit, die Union hätte seit den siebziger Jahren einen konzeptionellen Wandel durchgemacht, doch fragt sich, welche politische Erneuerungsfähigkeit dieser Partei zugebilligt werden kann. Wenn Peter Glotz von der »Modernisierungsrechten« der Union redet, verwundert das nicht, bietet diese These doch argumentative Stützen für den bündnispolitischen Kurs der »Neuen Europäischen Linken«: mit der »modernistischen«, »vernünftigen« Kapitalfraktion in den »Zukunftsbranchen« gemeinsam gegen die »Entsolidarisierungsrechte« samt ihres »altmittelständischen« Unterbaus. Anders dagegen die Fragestellung bei Georg Fülberth (DVZ/tat vom 27.9.1985), der eine »bessere Union« im Rahmen einer Zukunftsperspektive der Bundesrepublik für unumgänglich hält, da strukturelle Neuerungen auf außen- wie innenpolitischem Gebiet in der Bundesrepublik bislang nur im Konsens der Großparteien vollzogen worden seien. Unklar bleibt, ob nicht der Wunsch zum Vater des Gedankens wird, wenn Fülberth in seinem jüngsten Beitrag (»Blätter«, 12/1985) die These aufstellt, es gebe in der CDU keinen »geschlossenen Rechtsblock« und keine rechte »Fraktion«. Die Unionsrechte stünde »allenfalls in einem indirekten Zusammenhang«, sie sei »nur vernetzt«. Fülberth legt die Vermutung nahe, eine »bessere Union« stünde in Reserve. Dies einmal angenommen, bleibt unklar, welcher Art eine solche innerparteiliche Alternative sein soll. Ist es eine linke oder lediglich eine pragmatische Variante? Ersteres wäre nun wirklich zu unwahrscheinlich, letzteres wäre beachtenswert, doch bleibt immer noch die Frage, welche Durchsetzungschancen eine pragmatische Strömung, wenn es sie gibt, gegenüber der Unionsrechten hätte.

Da ich im Hinblick auf die Lernfähigkeit der Union skeptisch bin, will ich zwei Fragen nachgehen, die in den vorgenannten Thesen unklar geblieben sind: Wie ist die Unionsrechte organisiert? Welche Ergebnisse hat die 'Modernisierung' der Partei erbracht, wenn man aktuelle Unionsdebatten über die Außen-/Ost-Politik, die Wirtschaftspolitik und die Gesellschaftspolitik betrachtet?



## 1. Die Pflöcke des rechten Netzwerks

Existenz der *Unionsrechten* und Eigenarten ihrer 'Vernetzung' sind nicht davon zu trennen, daß die Union selbst sich als *Rechtspartei* konstituiert. Dieser Grundzug der Union prägt Argumentation und Organisation ihrer Gruppierungen. Folglich sind die parteiinternen Fraktionierungen auch anders strukturiert als etwa in der SPD, in der nach wie vor rechte und linke Positionen bzw. Strömungen koexistieren und konfligieren. Die Gruppenbildung in der Union entbehrt solcher tiefgreifender Gegensätze, wie sie aus klassenantagonistischen Gesellschaftsbildern erwachsen; insofern ist sie tatsächlich homogener. Der Preis dieser Homogenität ist die durchaus bewußte und gewollte 'Versäulung' der Parteigliederungen mit den organisierten Interessen der Kräfte des gesellschaftlichen Status quo, vor allem der Bourgeoisie.

Eine Reproduktionsbasis der Unionsrechten bilden die *Vereinigungen* der CDU/CSU, in denen verschiedene Interessengruppen organisiert sind. In diesem Zusammenhang interessant sind der »Wirtschaftsrat der CDU e.V.« (WR) und die »Ost- und mitteldeutsche Vereinigung« (OMV). Das Spezifikum dieser genannten Vereinigungen besteht nicht allein in der Transmission von Gruppeninteressen bzw. der Repräsentanz von CDU-Politik, sondern in ihrer strukturellen Verankerung in den entsprechenden gesellschaftlichen Interessenverbänden. Schematisiert man die Transmissionsfunktion, so läßt sich ein gegenläufiger Prozeß zwischen SPD und Gewerkschaften einerseits und den genannten Verbänden und der Union andererseits feststellen. Während die Sozialdemokratie hegemoniale Praxen gegenüber den Gewerkschaften ausübt, fungieren die Verbände gegenüber der Union als hegemoniestiftende Instanzen. Sie bilden das 'Korsett' der Union.

Der *Wirtschaftsrat* (WR) agiert derzeit als eine Art unionseigene FDP. Er überwacht den Wendekurs, greift mittels Programmen, Erklärungen und personeller Repräsentanten in die Partei- und Regierungspolitik ein. Die Verlautbarungen des Wirtschaftsrates folgen durchgängig den Vorgaben der Unternehmensverbände, wenn er auch über einen beträchtlichen eigenen organisatorischen und wissenschaftlichen Stab verfügt; im Unterschied übrigens zu den Sozialausschüssen.

Sicheres Indiz für die Dominanz der Wirtschaftsinteressen in der Union ist die eigenartige Konstruktion dieser »Vereinigung«, die eigentlich keine ist. Im Unterschied zu den satzungsgemäßen Vereinigungen, die Gliederungen der Partei sind, ist der WR weder Fisch noch Fleisch. Offiziell von der Union unabhängig und selbständig (e.V.), besteht der Vereinszweck des WR in der Mitgestaltung der parteiinternen Willensbildung und Entscheidung.

Der Einfluß des WR, der ungefähr 5.000 Mitglieder umfaßt, beruht auf der überproportionalen Repräsentanz von Führungsmitgliedern der Unternehmensverbände und der Großindustrie. Anfang der 70er Jahre waren ein Drittel der WR-Vorstandsmitglieder zugleich Funktionsträger des BDI, BDA oder DIHT, im geschäftsführenden Vorstand saßen 12 Vertreter von Großkonzernen, und laut Auskunft des damaligen Geschäftsführers Haimo George waren von den 1.000 bundesdeutschen Unternehmen, die ca.

die Hälfte des industriellen Gesamtumsatzes der Bundesrepublik erzielen, rund 80% im WR vertreten. Auffallend ist die starke Präsenz von Mitgliedern der Deutschen Bank, sowohl im WR-Vorstand wie auf Länderebene, wo in vielen Wahlkreisen Sektionen des WR bestehen.

Programmatische Basis der Tätigkeit des WR sind die »ordnungspolitischen Grundsätze der Marktwirtschaft«. Der Schwerpunkt politischer Aussagen liegt dementsprechend auf den Gebieten der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, der Eigentums- und Steuerpolitik sowie der Arbeitsbeziehungen. Daß dies kein monochromes Spektrum politischer Konzepte beinhaltet, signalisiert die Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern wie Stoltenberg und Riesenhuber (neben Dollinger und Schwarz-Schilling).

Die Unionsconnection mit den *Berufsvertriebenen* geht auf die Integrationsleistungen der Partei in den 50er Jahren zurück, als es gelang, die selbständige politische Formation der rechten Vertriebenen, den »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE) kleinzuarbeiten. Die Vertriebenenfunktionäre bilden seit 1969, konzentriert in der OMV, eine stabile Stütze der Unionsrechten. Ihre Bedeutung geht über die bloße landmannschaftliche Repräsentanz hinaus. Sie sind gleichsam die fleischgewordene bundesdeutsche Ideologie mit ihren wohlbekannten Ingredienzien von der Präambel des Grundgesetzes über die — vermeintlichen, aber hochwillkommenen (vgl. Ridder, DEBATTE 2/85) — »Souveränitätsdefizite« bis hin zum BVerfG-Urteil über den Grundlagenvertrag; — kurzum, der »Hammer am Gewissen unseres Volkes« (Ulitz). Die Vertriebenenverbände, hierin den Parteien ähnlich, hängen am Tropf staatlicher Finanzzuwendungen. Ihre hegemoniale Funktion innerhalb des Rechtsblocks zeigt sich nicht allein in den Unionsparteien, sondern auch in den ideologischen Staatsapparaten (Medien) und kommt noch in informellen Gruppierungen, etwa in der Redaktion der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« (Reissmüller, Maetzel u.a.) zum Ausdruck. Wie sie selbst Politik formulieren, sind sie auch als Druckpotential im Kalkül der Unionsrechten funktionalisierbar. Vor allem in Fragen der Außen- und Ostpolitik, aber auch bei personalpolitischen und Grundsatzentscheidungen (z.B. die Strauß-Kandidatur von 1980) fraktionieren die Unionsvertriebenen — 12 davon in führenden Positionen der Vertriebenenverbände — mit der Unionsrechten der Fraktion (Dregger) und der CSU. Bis heute verleiht ihnen das die Mehrheitsfähigkeit, vor allem in ostpolitischen Richtungsentscheidungen. Jüngste Beispiele der Durchsetzungsfähigkeit und Stabilität dieses Rechtsblocks in der Union waren die zweimalige Vertragung des Honecker-Besuchs, der Punktesieg über die Parteiführung (Kohl) in Sachen Schlesier-treffen und das Torpedieren der Gemeinsamen Erklärung der Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik.

Die »Adenauer-Orthodoxie« (Fülberth) verfügt in Kernbereichen politischer Willensbildung und Entscheidung der Union über einflußreiche Positionen, die als bloße »Vernetzung« zu beschreiben einer Verniedlichung gleichkommt. Daß die Union bis heute keine definitive, geschweige denn konstruktive Position zu dem Vertragswerk der 70er Jahre (Ostverträge, Atomwaffensperrvertrag) entwickeln konnte, dokumentiert den Einfluß der Unionsrechten am deutlichsten.

Instrument dieses Einflusses, der freilich durch den bundesdeutschen



Basiskonsens der 'beschädigten Identität' potenziert und durch seine sozialdemokratischen Advokaten nicht grundsätzlich dementiert wird, ist nach wie vor die *Unionsfraktion* im Bundestag. (Wenn gemeinhin angenommen wird, der Modernisierungsprozeß der Union impliziere im Kontext des Überganges von der Kanzler- zur Massenintegrationspartei auch eine Verlagerung der strategischen Entscheidungszentren von der Fraktion zur Parteiführung (vgl. zuletzt Schönbohm 1985), so muß das im Hinblick auf die Außen-, speziell die Ostpolitik der Union zumindest relativiert werden. Der »Dualismus zwischen Partei und Fraktion« (Hacke, 1975) beherrscht noch heute die Szene.

Zwar hatte sich nach dem Führungswechsel zu Kohl/Biedenkopf (1973) auch in außenpolitischen Fragen ein Bedeutungszuwachs der Parteispitze ergeben. In der Wahl von Leisler-Kiep, einem der wenigen »neuen Ostpolitiker« der Union, zum Außenpolitischen Sprecher des CDU-Präsidiums fand das sichtbare Ausmaß. Die Fraktion aber blieb weiterhin Bastion der Rechten: »Die Opposition in der Opposition formiert sich ... weniger in Form der vier Ja-Stimmen zum Grundlagenvertrag, sondern viel massiver in ihrer permanenten und weitaus einflußreicheren Form von 'rechts' und präjudiziert bzw. provoziert die ostpolitischen Konzepte der gesamten Union« (Macke, 1975). Die außenpolitisch pragmatischen Kräfte in der Union haben niemals in gleichem Maße fraktionistisch gearbeitet wie die Unionsrechte. Die Parteispitze hat nach Regierungswechsel und Neuwahlen 1982/83 zwar ihre Position in der Fraktion ausbauen können (Rühe wurde einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden), von einem Durchbruch kann aber nicht gesprochen werden. Eine — vereinfachte — Übersicht der außenpolitischen Gruppierungen in der Union seit 1972 ergibt das folgende Bild: Die Gruppe, die seinerzeit für begrenzte Kooperation mit der Brandt/Scheel-Regierung plädierte und damit scheiterte (u.a. Barzel, Kiep, Blüm), erhielt im Laufe der 70er Jahre Zulauf aus der anfangs unschlüssigen Gruppe (etwa Kohl, Weizsäcker; auch Biedenkopf); es kristallisierte sich das um die Parteispitze (und das heutige Kanzleramt) gescharte Lager der Befürworter einer »aktiven Pacta-sunt-servanda-Politik« heraus (die freilich selbst noch doppelbödig ist). Die Stärke der Unionsrechten hat es jedoch bei den Stimmführern des außenpolitischen Pragmatismus (neuerdings »Genscheristen« genannt) — also jenen Kräften, die sich gerade bei der Modernisierung der Partei und ihrer Programmatik am meisten engagiert hatten — nie zu mehr kommen lassen als zu einem auf 'Geschlossenheit' bedachten Zentrismus, der Konfrontationen ausweicht, ggf. durch Politikverzicht, Ausklammern oder Aussitzen. Die Unionsrechte verdankt ihre Mehrheitsposition in der Fraktion einem Bündnis der CDU-Rechten (Dregger-Gruppe plus Berufsvertriebene) mit der CSU-Mehrheit (sog. »Stahlhelm-Flügel«).

Wirtschaftsrat, Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung sowie Bundestagsfraktion stehen hier als Beispiele für die Binnenstrukturen der Unionsrechten, ihre Stabilität und ihre Durchsetzungschancen in der Gesamtpartei. Für Vereinigungen und Fraktion gilt das natürlich in unterschiedlichem Maße. Die Rolle der Vereinigungen ist weniger operativ als die der Fraktion. So wirken die Vereinigungen weniger gestaltend als verhindernd, grenzen Positionen aus (z.B. Mitbestimmungsregelungen, Endgültigkeit

der Ostgrenzen), fixieren Grundsatzpositionen und setzen dadurch Rahmendaten für den innerparteilichen Konsens. Sie präjudizieren in der Regel aber nicht interne Auseinandersetzungen zur Ausgestaltung der politischen Linie (z.B. wird der Policy-mix zwischen Staat und Markt nicht im WR entschieden). In der Fraktion befindet sich dagegen eine Schaltstelle der Unionsrechten, die in die parlamentarische und Regierungsdiskussion sowie in die Gesamtpartei hineinwirkt. Dieser Rahmen hat sich durch die Modernisierung der Union während der 70er Jahre nicht wesentlich verändert, weder hinsichtlich der Rolle der Vereinigungen/Verbände noch hinsichtlich der Bundestagsfraktion.

Welche Konsequenzen hat das für inhaltliche Neuerungen, für eine »bessere Union«? Welchen Ausgang nehmen die Lernprozesse, die in der Union allenthalben in Gang gekommen sind? Dies soll an Beispielen aus der außenpolitischen Diskussion (Stürmer, Dregger, Weizsäcker), konzeptionellen Beiträgen zur »Ordnungspolitik« (Biedenkopf, Späth) und Überlegungen sowie ersten Schritten auf dem Felde der »neuen« Gesellschaftspolitik (Dettling, Fink) untersucht werden.

## 2. »Aktive Pacta-sunt-servanda-Politik« — aber wie?

Hinter dem Geplänkel um die »Waldspaziergangs«-Lösung in Genf, den Honecker-Besuch, das Schlesiertreffen, Bitburg, die Gemeinsamen Entschlüsse und — zuletzt — die Erfassungsstelle in Salzgitter ist die unionsinterne Auseinandersetzung um die außenpolitische Linie offensichtlich. Das ist kein Zufall. Die Union verfügt bis heute nicht sichtbar über eine außenpolitische Konzeption, die das einzulösen verspricht, was die Verträge der 70er Jahre dem »Modell Deutschland« an Bewegungsspielraum boten. Nun steht die Union in der Regierungspraxis, ohne daß diese Grundfragen gelöst wären. Zudem hat sie mit einem infolge der »Nachrüstung« sowie der hinter SDI sichtbar werdenden Globalstrategie der Reagan-Administration verminderten internationalen Gewicht der Bundesrepublik fertig zu werden. — Wie also dem de facto konsolidierten BRD-Staat die Operationsfähigkeit sichern? Wie soll eine »aktive Pacta-sunt-servanda-Politik« aussehen?

Überlegungen, die im intellektuellen Beraterkreis des Bundeskanzlers laut werden, samt den unionsinternen Reaktionen geben einen Eindruck, welcher Operationsspielraum alternierenden Konzepten in der Regierungspartei zur Verfügung steht. Einblick in die innerparteilichen Kräfteverhältnisse gewährt die von Michael Stürmer im »Rheinischen Merkur« begonnene deutschlandpolitische Debatte. Man wird aus der Sicht unionsinterner Differenzierungen Stürmers Ansatz kaum gerecht, wenn man ihn — wie in der linken Publizistik häufig — kurzerhand mit dem Etikett »geopolitisches Denken«, »Primat der Außenpolitik« und »Mitteleuropa-Konzeption« versieht und in die entsprechenden Schubladen steckt.

Die Reaktion der Unionsrechten wäre dann unverständlich. Und schließlich würden am veränderten Gegenstand jene sektiererischen Deutungen wiederholt, die seinerzeit, nach Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition, in deren neuer Ostpolitik nichts anderes sehen wollten als eine neue,



verfeinerte und also um so gefährlichere »Diversionsstrategie«. Nicht, daß diese Etikette falsch wären; aber sie verfehlen den Gegenstand der Diskussion.

Stürmer votiert — immerhin — dafür, die Bundesrepublik nicht als »bloßes Vorstadium für Gesamtdeutschland« zu betrachten. »Sie ist kein Provisorium. Die Bundesrepublik muß sich selbst annehmen.« Sie dürfe nicht ständig als Vorform betrachtet werden »für etwas, was es nie wieder geben wird: ein erneuertes oder verkleinertes Kleindeutschland vom Schwarzwald bis zu den Seelower Höhen«. Der Bismarcksche Nationalstaat des 19. Jh. werde nie wiederkehren. Unter diesem Blickwinkel polemisiert Stürmer gegen die »deutsche Illusion«, durch den »Ausbau von Rechtsstandpunkten« könne der Prozeß seit 1945 »zurückgestaut« werden. Die »Grenzen von 1937« hätten 1945 der »Beschreibung einer Konkursmasse« gedient und seien derart in die alliierten Verträge gerutscht; sie dürften deshalb nicht als Basis bundesdeutscher Beunruhigung Osteuropas benutzt werden. Ähnlich wie Volker Rühe spricht Stürmer dann von der »politischen Projektionswirkung« der Ostverträge und bezeichnet BRD und DDR als »Status-quo-Mächte«.

Die Unionrechte in Gestalt von Alfred Dregger hat auf diesen Beitrag mit der Losung reagiert, »Macht darf nicht vor Recht gehen«. Dregger insistierte auf der Restauration des deutschen Nationalstaates, natürlich in europäischem Kontext. Nach diesem Diskussionseinstieg gab Kohl dem »Rheinischen Merkur« zu Protokoll, daß Stürmers Überzeugungen mit seinen nicht übereinstimmten. Ein Zurück zum Nationalstaat werde es zwar »mit großer Wahrscheinlichkeit« nicht geben. Den Konsens mit der Unionsrechten aber bekräftigte er mit der Formel, die »Freiheit« sei der »Kern der deutschen Frage«, die Grenzen folglich sekundär; eine Formulierung, die vieldeutig genug ist, um die auseinanderdriftenden Positionen — hier »menschliche Erleichterungen«, dort »Wiedervereinigungsgebot« — zu überwölben.

Mit seiner geopolitisch verkürzten, aber real- und d.h. machtpolitisch versierten Konzeption hat Stürmer in der Tat den wunden Punkt der deutschen Identitätsdoktrin getroffen. In der bei ihm immer wiederkehrenden Frage, ob die staatliche Vielgestalt der »Mitte Europas« nicht eher historische Regel als Ausnahme sei, schwingt die Einsicht mit, daß gerade der Bismarcksche Nationalstaat eine historische Gelegenheitsgründung, ansonsten aber eine verhängnisvolle Fehlkonstruktion gewesen ist. Auf diesem Boden wächst die Akzeptanz der postfaschistischen Grenzziehungen und Staatsgründungen — um dann freilich in einem geopolitischen Par-force-Ritt in ein offensives, hegemoniales Machtkonzept gewendet zu werden, das dort ansetzt, wo die Sozialliberalen aufhören mußten. Die neue deutsche Frage, die Stürmer reformuliert, verdankt sich einem Umkehrschluß. Wenn die Gestaltung der »Mitte« immer schon die »europäische Zentralfrage« ist, ja wenn sich dort entscheidet, »wer unter den beiden globalen Systemen die Erde erben wird«, — wenn »Deutschland« also nach wie vor Nabel der Welt ist, was liegt dann näher, als diese »Mittellage« als Einfluß- und Druckpotential nach Ost und West zu nutzen? Nicht »Wiedervereinigung« heißt die Formel, mit der die Differenz von ökonomischer Hegemonie in Europa und politischen Restriktionen nivelliert werden soll, sondern

»deutsche Verantwortung für das Pulverfaß Mitteleuropa«: Ostverträge plus Exportmodell Deutschland.

Der Unionsrechten ist das wohl als Perspektive diskussionswürdig, in seinen aktuellen pragmatischen Konsequenzen aber suspekt. Zuviel vom Eingemachten würde preisgegeben, was die Klientel verschrecken könnte. Und schließlich würde ein solches Konzept ein beträchtliches personalpolitisches Revirement, eine Art nachholende Modernisierung nach sich ziehen. Das sind klare Grenzen für die unionsinterne Lernfähigkeit.

Leichter tut sich da Richard von Weizsäcker, zumal er keine Regierungsverantwortung trägt und berufsmäßig seiner Neigung zum Vordenken folgen darf. Das ist eine Voraussetzung dafür, daß der »hochgebildete, hochkultivierte, hochintelligente Waschlappe«, als der er in Kreisen des ersten sozialliberalen Kabinetts galt (Spiegel, 22/1972, S. 27), zur allerseits geehrten moralischen Instanz avancieren konnte. Weizsäcker, der seinen Mitarbeiterstab mit CDU-»Dissidenten« ausgestattet hat, gehört unter den Propagandisten des Stürmer-Konzepts zu den einflußreichsten. Bei einem Präsidenten ist das im Hinblick auf die Öffentlichkeit viel, aber über Bataillone verfügt er nicht. Ihm geht es umgekehrt wie Kohl. Während man diesem alles als Unzulänglichkeit und Führungsschwäche ankreidet, gerät jenem alles zur Zufriedenheit. Kein Wunder, daß bei den »großen Reden« zum 8. Mai und vor dem Evangelischen Kirchentag einiges überhört wurde. Am meisten Beachtung fanden jene Passagen der Reden, die — an europäischen Standards gemessen — Selbstverständlichkeiten formulierten. Neu war nur, und für die Union ist das bedeutsam, daß einer der ihren in Amt & Würden solches vortrug und damit das erreichte, was Kohl mit seiner mißglückten Symbolik nicht gelingen wollte, nämlich »Glaubwürdigkeit« zu erlangen, bis hinein in die Friedensbewegung. An praktisch-politischen Gesten ähnlichen Zuschnitts (z.B. anlässlich der Vorbereitungen des Honecker-Besuchs) hat Weizsäcker es nicht fehlen lassen. Über die bemerkenswerten Akzente in den Reden ist genug geschrieben worden. In den auf Versöhnung gestimmten Diskurs mischt sich aber, analog zu Stürmer, ein neudeutscher Duktus, indem aus tiefer Demutshaltung »vor der Geschichte« flugs die Überheblichkeit der nun Entschuldeten hervorgezaubert wird. Die »Chance des Schlußstrichs« wird benutzt, um nun — endlich! — auch den Blick auf Opfer des deutschen Volkes zu lenken, denn: »Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk...« Und so ist es — siehe die »offene Wunde« der deutschen Teilung — bis heute geblieben. Die Opfer des Täters werden als Aufforderung zu erneuter Tätigkeit uninterpretiert. Die Deduktion verbleibt völlig im Rahmen der Unionsrechten. Geläufig ist: »Nationale Identität« ist nur »gesamtdeutsch« zu haben; Gesamtdeutsches ist nur mittels der Europäisierung des deutschen Frage zu bekommen; ergo: »Für ein freies Europa mit friedlichen Mitteln zu wirken, das ist vor allem Sache der Deutschen.« — Und schon ist sie wieder da, die »deutsche Mission«. Aber auch hier gibt es Unterschiede. Wollte Vater Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt bis 1943, noch »Großdeutschland ohne den großen Krieg«, so bescheidet sich der Sohn mit einem neuen »Nationalismus minus Hitler« (Kraushaar). Was Stürmer wie Weizsäcker vorschwebt, ist nicht die europäische Mittelmacht Bundesrepublik; ein wenig



mehr soll es schon sein... Und dennoch gibt es manches und nicht nur Rhetorisches am Weizsäcker-Konzept, was der Unionsrechten so nicht paßt. Der Pragmatismus, der auf Verbesserungen der Beziehungen zum Osten abzielt, v.a. auf die DDR (»menschliche Erleichterungen«), ist den Fundamentalisten schon zuviel. Ihnen geht es zuweit, wenn Weizsäcker, schon Monate vor Volker Rühe, beteuert, die Bundesrepublik habe »keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten, sie wird solche auch in Zukunft nicht erheben«.

In beiden Fällen, bei den Vorstößen Stürmers wie Weizsäckers, erweist sich die Union als blockiert. Es gibt derzeit keine Anzeichen, daß sich die pragmatische Gruppierung gegen die Unionsrechte durchsetzen könnte. Das liegt nicht allein an der Stärke der Rechten, sondern auch an dem lavieren des Kohl-Zentrums. Die SDI-Debatte gibt einen — vorerst letzten — Eindruck von dem Sprengstoff, der auch im pragmatischen Konzept angesammelt ist und langfristig dessen Bankrott bedeuten kann. Während die SDI-Strategie darauf abhebt, den amerikanischen Kontinent von Europa abzukoppeln, indem Zonen unterschiedlicher Sicherheit geschaffen werden, suchen die Pragmatiker in einem Spagat die Gegensätze hegemonistisch zu versöhnen. Stürmers Ausführungen beim SDI-Hearing in Bonn war zu entnehmen, daß das bundesdeutsche SDI-Engagement (Stürmer: »Kein Land hat daran größeres Interesse, und kein Land hat dafür größere Verantwortung als die Bundesrepublik Deutschland.«) analog der neudeutschen Frage als Druckmittel zur technologischen, politischen und militärischen Einigung Westeuropas nach bundesdeutscher Maßgabe benutzt werden soll, um »für eine der Schlüsselfragen der Ost-West-Beziehungen sich einen Schlüssel zu besorgen«. — Ein Schlüssel, für den ein Zwei-Schlüsselsystem dann wohl nicht mehr vorgesehen ist ...

### »Versöhnungsgesellschaft« — mit wem und wie lange?

Wirtschaftspolitische Diskussionen in der Union sind kein Selbstzweck, aber auch kein Zeichen von Verschleißerscheinungen. Aufgeworfen wird die Frage, wohin die »Wende« gehen soll. Protagonisten solcher strategischen Gedanken sind Kurt Biedenkopf und Lothar Späth. Beide genießen das Image, »moderne Konservative« zu sein. Der eine gilt als intelligent, der andere zumindest als umtriebig. Die Wirkung der von ihnen vorgetragenen Thesen geht über die Parteigrenzen hinaus, da sie sich der sozialliberalen Ambivalenzen im öffentlichen Stimmungsgefüge zu bedienen wissen (vgl. Limburger, DEBATTE, 6-7/1985). Beide werden in die Reihe der Opponenten des Kanzlers und Parteivorsitzenden eingeordnet. Bei Biedenkopf ist das seit seinem spektakulären Bruch mit Kohl 1977 und der Favorisierung der Kanzlerkandidatur von Strauß 1979/80 offensichtlich. Späth verhält sich unauffälliger, seine Konkurrenz zum Kanzler erwächst aus Erfolgsbilanzen seines Bundeslandes. Gegenüber der Unionsrechten bewahren beide Distanz; Biedenkopf in Abgrenzung von den Wende-Papieren Lambsdorffs, Albrechts und Georges, Späth in der Polemik gegen Lambsdorff und den CDU-Wirtschaftsrat. Die Konfliktlinien zeigen sich an einer Reihe Grundsatzfragen: Wie stark soll der Staat in den industriellen Re-

strukturierungsprozeß intervenieren und mit welchen Mitteln? Wie sozial soll die Marktwirtschaft sein? Braucht die Union den »sozialen Frieden« und wenn ja, bis zu welchen Kosten? Und schließlich ist damit die Frage nach der Integrationsfähigkeit der Union als »Volkspartei« aufgeworfen. Die Gewerkschaftslage kann als Indikator dienen.

Hier ist die Union nur bedingt »autonom«; viel mehr leistet sie Mittlerdienste, in einem Trial-and-error-Verfahren die günstigste Durchsetzungsform der Kapitalstrategie auszutesten. Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche 1984 zeigt das in ähnlicher Weise wie die aktuelle Kontroverse um § 116 AFG. Offenkundig wurden 1984 die Differenzen zwischen Kohl, der die Gewerkschaftsforderung als schlichtweg blödsinnig zu disqualifizieren suchte, und Biedenkopf, der deren grundsätzliche Berechtigung konzedierte und sich als Mittler zwischen den Tarifparteien verdingte. Gescheitert war seine Vermittlung nicht am »aggressiven Traditionalismus« der »altmittelständischen Gruppierungen« (Glotz, »Neue Gesellschaft«, 7/1984, S. 668), sondern an der Konfliktstrategie der Großkonzerne und Unternehmerverbände, für die — jenseits vorhandener Kompromißvorstellungen — die 35-Stunden-Frage zum »Symbol« eines Waffenganges mit den Gewerkschaften geworden war (Vgl. Franziska Wiethold, DEBATTE 2/1984). Daß sich eine vermittelnde Position letztlich durchsetzen konnte, war Ergebnis des gewerkschaftlichen Drucks, nicht Ausdruck eines in Unionsmehrheit und Unternehmerlager gewandelten Binnenkonsenses. Die Position sozialpartnerschaftlicher Integration auf kleiner Flamme, für die Biedenkopf auftrat, wurde gestärkt, aber nur soweit sie Außendruck im Rücken hatte. Die aktuelle Auseinandersetzung um den § 116 zeigt eine zweite Runde dieses Tests der Kräfteverhältnisse an. Urheber sind die Unternehmerverbände, die die Bundesregierung bewußt in diesen Konflikt hineingezwungen haben, indem sie sich nicht an Klärungsgesprächen beteiligten. Erst die tarifpolitische Linie der IG Metall für 1986/87 (Lohn- und Manteltarif) wird Aufschluß geben, ob es zu einem expliziten Kräfteressen kommt. Heute wie damals stehen die Mittler schon bereit (etwa in der Position des »Handelsblatts«). — Für welche Variante stehen Biedenkopf und Späth?

Im Unterschied zu den Konfrontationsstrategen folgen beide einer flexiblen, Kompromisse nicht ausschließenden Taktik. Biedenkopf hat das praktisch bewiesen. Späth läßt im Kommissionsbericht »Zukunftsperspektiven« ein abgestuftes Programm sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Umbaus erkennen, das offenbar davon bestimmt ist, die Schwellen zum Konflikt auszuloten. Die »intensive Einbeziehung der Gewerkschaften« ist Bestandteil des Flexibilisierungskonzepts (S. 184). Späths jüngster Vermittlungsvorschlag eines Hearings zum §116-Konflikt liegt ganz auf dieser Linie, den großen Krach zu vermeiden.

Was die Strategie betrifft, bergen die Konzepte beider Unionspolitiker einigen Sprengstoff. Die von Biedenkopf anvisierte Versöhnung der Interessengegensätze in einer am »Gemeinwohl« ausgerichteten »formierten Gesellschaft« (die er in breitem Rekurs auf Erhard begründet) impliziert ein Verbändegesetz auf Raten. Doch zunächst hoffen er und Späth, die »organisierten Interessen« mit einer privatistischen Klientel zu unterlaufen, die dank des »Reichtums der privaten Haushalte« (Miegel, IWG) auf die ko-



orporative Interessenartikulation nicht mehr angewiesen ist. Dieser Ansatz wird ergänzt um die — in der Perspektive einer »Zwei-Drittel-Gesellschaft« nicht ganz irrealen — Erwartung, die »industriellen Massenorganisationen des 19. Jahrhunderts« würden im Zuge betriebsnaher Flexibilisierungsvereinbarungen und individueller sozialer Daseinsvorsorge ohnehin überflüssig werden. Es fragt sich freilich, ob ihnen der Erfolgszwang parlamentarischer Herrschaftslegitimation durch Wahlen Zeit läßt, das Aussterben der Gewerkschaften abzuwarten. Realistischer ist die Annahme, daß die Gewerkschaften schon viel früher unter Konsensdruck gesetzt werden, um die »Versöhnungsgesellschaft« (Späth) auf dem Wege der Zwangsvollstreckung herbeizuführen. In seinem Redemanuskript zum Ludwig-Erhard-Symposium 1984 läßt Biedenkopf an der ordnungspolitischen Pflicht zur Versöhnung »von oben« keinen Zweifel: »Die Mehrheit allein kann nicht erkennen, daß die heutige Ordnung sich aufheben muß ... Politische Führung muß die langfristigen Optima in langfristig angelegten Zielen einbringen. Unter Umständen auch gegen Mehrheit.« (S. 22/23, vgl. auch ders. »Der Volkssouverän überfordert den Staat. Demokratie verlangt eine angemessene Begrenzung des Mehrheitswillens«, in: »Rhein, Merkur« vom 11.5.1984, S. 9). Das deckt sich nun doch wieder mit der Auffassung der Wirtschaftseliten und der Unternehmerverbände, der »organisierte Interessenausgleich« sei nur die zweitbeste Lösung. — Die taktischen Differenzen zwischen den flexibleren Unionspolitikern und der Unionsrechten bzw. dem Unternehmerlager können immer wieder eskalieren. Für die politische Bewältigung der Restrukturierung der industriellen Beziehungen und den »sozialen Frieden« kann das durchaus folgenreich sein, da integrationistische Varianten nicht ausgeschlossen sind. — Im strategischen Grundkonzept und im Hinblick auf Notbremsen, falls wirtschaftliche (Weltmarkt) oder politische (Ost-West) Einbrüche erfolgen sollten, bieten jedoch beide Positionen einen breiten, dann operativ wirksamen Grundkonsens.

Wohl lassen Späth und Biedenkopf Pragmatismus in der Gestaltung der entspannungspolitischen »Rahmenbedingungen« wirtschaftlicher Expansion auf den Weltmärkten erkennen. Aufgrund der Konstruktionsschwächen des außenpolitischen Pragmatismus in der Union, der Kopplung amerikanischer Ost-West-Konfrontation mit schärfster Weltmarktkonkurrenz und der militär-technologischen Implikate der Innovationsstrategie des Kapitals ist fraglich, ob sich die Späth-Biedenkopf-Position als Basis einer entspannungsfreundlichen »Weltmarkt-Partei« in der Union gegenüber der »Ost-West-Kampftruppe« (Fülberth) konsolidieren kann. Gerade die Verflechtung von Weltmarktstrategie und High-Tech-Förderung mit Rüstungsinteressen (inkl. SDI) trägt massiv dazu bei, eine solche unionsinterne Polarisierung zu dämpfen.

#### 4. Jenseits von Markt und Macht?

Im Zuge des Modernisierungsschubs der 70er Jahre hat der Parteiapparat der Union Vertreter einer neuen Generation integriert. Ähnlich wie die Nachwuchspolitiker der SPD damals aus den Reihen der Jusos kamen, re-

krutierte sich der Unionsnachwuchs aus der Jungen Union und dem RCDS; eine besondere Rolle in der Parteireform spielte die Gruppe um die Zeitschrift »Sonde«. Prototypisch für diese politische Generation sind Ulf Fink und Warnfried Dettling, die in den 70er Jahren Stabsfunktionen in der Parteizentrale erklommen haben und nun schon in Ministerien aufgestiegen sind, der eine als Sozialsenator von Berlin, der andere als Ministerialdirektor im Familienministerium. Sie waren maßgeblich beteiligt an der Reformulierung der Sozial- und Gesellschaftspolitik der Union. Ihrer akademischen Sozialisation, ihrer Parteikarriere und ihrem politischen Profil nach haben sie mit der traditionellen Unionsrechten wenig gemein, mehr mit Biedenkopf und Geißler. Mehr noch als diese operieren sie in vorderster Front. Mittels verbaler Zuwendungen und Staatsknete suchen sie, wertepolitische und marktwirtschaftliche Gemeinsamkeiten mit den Grün-Alternativen auszuloten, ein Verfahren, das angesichts dualwirtschaftlicher Konzepte (Joseph Huber u.a.) nicht aussichtslos sein muß. Wie Späth sein »Modell Baden-Württemberg« kann Fink seine Westberliner Integrationsmanöver der Szene vorweisen. Vom Stolz des Senators zeugt noch der Titel des Herder-Bändchens »Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene« (Freiburg 1983). Dettling ist dagegen mehr konzeptiver Ideologe.

In seinem Konzept entwirft er die Grundzüge der »neuen« Gesellschaftspolitik der Union. Anders als der gelernte Ordoliberal Biedenkopf und der Verwaltungsbeamte Späth legt Dettling seinen Überlegungen zur CDU-Politik den Ansatz der ökonomischen Theorie der Politik mit ihrem strikten methodologischen Individualismus (Olson, Downs) zugrunde. Kollektive Interessenartikulation und sozialstaatliche Vergesellschaftungsleistungen erscheinen in dieser Deutung als Usurpationen des Gruppendrucks (vermöchte dieser auch Mehrheiten zu umfassen) auf Kosten schutzwürdiger Minderheiten, ganz gleich, ob es sich um die Klientel der »Neuen Sozialen Frage« oder die strukturell minoritäre Unternehmerschaft handele. Alternativen schaffen soll die Einhegung der Verbandsmacht von außen (Gemeinwohlverpflichtung) und von innen (»Demokratisierung der Verbände«), die Expansion nichtstaatlicher, privater Dienstleistungen, und die Privatisierung der »ideologischen Mächte« (Medien, Wissenschaft, Information). In diesen Ansatz eingearbeitet ist die Rezeption des Wertewandel-Theorems. Mit instinktsicherer Fromm-Exegese wird ein Trend vom »Haben zum Sein« konstatiert, nicht ohne demagogische Seitenhiebe auf die materiellen Interessen. »Jenseits von Markt und Macht« siedelt die gesellschaftliche Utopie Dettlings, von deren Höhe er dagegen polemisiert, daß die »Lehren der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit)« »immer noch« »einseitig maximiert« würden (in: »Neue Gesellschaft«, 4/1984, S. 365). Handfestere Perspektiven versprechen ihm die Ausdünnung des sozialen Netzes mittels nichtstaatlicher Selbsthilfe, den Rückzug der Politik auf subsidiäre Leistungen sowie den Ausbau privater Dienstleistungen.

Unterlegt ist dieses Konzept mit einer Kritik des Pluralismus, dem ein Politikbegriff entgegengesetzt wird, der Marktprinzipien und Handlungsmotive methodologisch so weit »verdünnt«, bis sie sich in »Eigennutz« (Bentham) auflösen. Damit werden jene Reduktionen noch einmal reproduziert,



die der klassische Liberalismus vollzogen hatte. Dieser Rückbezug ist in der Ökonomischen Theorie der Politik leitmotivisch verankert, wenn auch Dettling — bisher — deren demokratiekritische Folgerungen nur in Ansätzen (Kritik der Verbandsmacht) nachvollzogen hat. In der Reserve bleibt der »Ökonomische Imperialismus« (Lepage), der allen nicht-marktvermittelten, nicht-individuellen Entscheidungen, also auch jenen der Demokratie, prinzipiell mißtraut und auf Einschränkung des »unökonomischen« Mehrheitsprinzips sinnt (vgl. Müller-Plantenberg, 1985); ein Entwurf, der in neoliberalen Populismus übergehen kann und sich — spätestens dort — mit den traditionellen Rezepten der Unionsrechten vereint.

Das ist so nicht Tagespolitik der Union, doch vermittelt Ulf Fink in Berlin einen Eindruck, wie dieser Weg aussehen könnte. Sein Amtsantritt fiel zusammen mit der Regierungsübernahme durch den Weizsäcker-Senat 1982. Seitdem ist die Mischung Lummer-plus-Selbsthilfe für das »Berliner Modell« bestimmend. Die Zielsetzung der »Neuen Sozialpolitik« von Fink unterscheidet sich in nichts von anderen CDU-Ländern; wie anderswo geht es um Kostensenkung der Unternehmer und Reduzierung der öffentlichen Haushalte. Der integrationistische Akzent kommt daher, daß Fink gemäß der Weizsäcker-Formel »Sparen und Gestalten« Abbau und Umbau des Sozialstaates verzahnt und mit bürgernahen Highlights versieht (Sozialstationen, Selbsthilfeförderung, Familienhilfe usw.). Da die Haushaltsansätze zurückgestuft werden, geraten die umworbenen Selbsthilfeprojekte unwillkürlich in die Lage, als Sparfaktor funktionalisiert zu werden. Ideologisch wird das untermauert mit dem Theorem der »Neubewertung der Arbeit«, das — wie bei Blüm und Süßmuth in Bonn — die Auflösung der tariflichen Arbeitsbedingungen vergolden soll. Die Mobilisierung billiger Arbeitskräfte (Frauen) dient dem Druck auf das allgemeine Lohnniveau. Soziale Konsequenz ist die fortschreitende Segmentierung der Arbeitsmärkte. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im wirtschaftspolitischen Sinne sind mit dieser Politik ausdrücklich nicht intendiert. An der Behandlung der »Randgruppen« wird deutlich, daß die »neue Mitte« scharfe Kanten hat: Asylbewerber werden zu »Sozialarbeiten« verpflichtet (Straßenkehrer u. dergl.) oder mit diskriminierenden »Gutscheinen« des Senats (anstelle von Bargeld) ausgestattet. Solange es gelingt, die soziokulturellen Halbwelten zwischen unten und ganz unten ruhig zu stellen, mag diese Befriedungsstrategie funktionieren. Reißt dort der Geduldsfaden, wird der diskriminierende Kurs verallgemeinert und mit der Überzeugungskraft der Lummer-Linie versehen. Die Instrumente sind schon vorhanden.

## 5. Do parties matter?

Die strukturelle Lernunfähigkeit der Union, ihre Prinzipienfestigkeit zeichnet sich dadurch aus, daß der — etwa von den hier genannten CDU-Vereinigungen — vorgegebene Konsens nicht in Frage gestellt wird. Innerhalb dieses Konsenses gibt es Differenzierungen. Inhaltliche Neuansätze sind aufgrund des Einflusses der Unionsrechten (wie besonders in der Außenpolitik deutlich wird) bisher aber nicht mehrheitsfähig geworden. Die Gruppierungen, die solche innovativen Konzepte vortragen, weisen nicht

annähernd die Stabilität auf wie die Unionsrechte. Als Strömung kann das nicht bezeichnet werden. Das ist aber nicht ihre einzige Schwäche. Der übergreifende Konsens (z.B. die »besondere Rolle« der Bundesrepublik bzw. die »soziale Marktwirtschaft«) in der Union verleiht allen genannten Konzepten eine prinzipielle Ambivalenz. Sie stecken voller repressiver bzw. aggressiver Reserven, während ihre pragmatischen bzw. integrationistischen Gehalte in der Union immer umstritten geblieben sind. Eine linkere »bessere Union« ist von den hier untersuchten Gruppierungen der Partei ohnehin nicht zu erwarten. Eine pragmatische Union können sie nicht durchsetzen. Konzeptionell richtungsändernde Ansätze haben sich bislang nur dort gezeigt, wo der Außendruck sozialer Bewegungen dies erzwang. Das gilt für die Ausstrahlung der Friedensbewegung 1983/84 (Kirchen, Biedenkopf, Alt, »Christliche Demokraten für die Abrüstung« u.a.), für die Frauenbewegung (Ansätze eines »konservativen Feminismus« bei Rita Süßmuth) oder die Gewerkschaftsbewegung (Opposition der CDA gegen die §116-Novellierung). Programmatisch verbindlich sind solche Tendenzen bisher nirgends geworden, und das Regierungshandeln konnte durch sie — wenn überhaupt — nur punktuell modifiziert werden. Richtungsänderungen auf dem von der Unionsrechten dominierten Terrain hat es während der 'Modernisierung' der Union nicht gegeben und sind auch gegenwärtig nicht in Sicht. Der Bildungsurlaub der Oppositionszeit von 1969-1982 galt der Modernisierung des interessierten Irrtums, nichts anderem.

Do parties matter? Nein? Doch.

*Das Gedächtnis ist der Galgen, an dem die griechischen Götter erwürgt hängen. Eine Galerie solcher Gehenkten aufweisen, mit dem Winde des Witzes sie im Kreise herumtreiben, sie einander necken machen und in allerlei Gruppen und Verzerrungen blasen, heißt oft Poesie. — Gedächtnis ist das Grab, der Aufbewälter des Toten. Das Tote ruht darin als Totes. Es wird wie eine Sammlung Steine gewiesen. Das Ordnen, Durchgehen, Stäuben, alle diese Beschäftigungen haben zwar eine Beziehung auf das Tote, aber sind von ihm unabhängig. — Aber unverständliche Gebete plappern, Messen lesen, Rosenkränze sprechen, bedeutungsleere gottesdienstliche Zeremonien üben, dies ist das Tun der Toten. Der Mensch versucht es, völlig zum Objekt zu werden, sich durchaus von einem Fremden regieren zu lassen. Dieser Dienst heißt Andacht. Pharisäer!*

Georg Wilhelm Friedrich Hegel



## VOEST/Österreich — Sozialdemokratie und verstaatlichte Industrie

Ende November des vorigen Jahres wurde — nach dem Weinskandal — ein weiterer »Staats«-Skandal publik: Die im Eigentum der Republik Österreich befindliche VOEST-ALPINE AG, der größte Industriebetrieb des Landes, würde das Bilanzjahr 1985 mit ca. 6 Mrd. öS (etwa 860 Mio. DM) Verlust abschließen; allein die 100prozentige Handelstochter INTERTRADING, 1979 zum Zweck der Abwicklung von Kompensations- und Bartergeschäften gegründet, hätte daran einen Anteil von 2,7 Mrd. öS.

In einer ersten medienwirksamen Reaktion zwang die Verstaatlichten-Holding ÖIAG (Österreichische Industrie- und Handelsverwaltung AG) den neunköpfigen Vorstand der VOEST zur Demission. Zum »Staats«-Skandal wurde die Sache aber erst dadurch, daß mit dem zu verzeichnenden Verlust das Grundkapital der VOEST (4,4 Mrd. öS) aufgebraucht war, und dadurch die ÖIAG bzw. die Bundesregierung gezwungen wurde, das Defizit durch Mittel aus dem Budget zu begleichen. In einer darauf folgenden Kampagne versuchte die Opposition unter dem Stichwort Reprivatisierung zum schon lange ins Auge gefaßten Dekapitationsschlag gegen die Verstaatlichte anzusetzen — sie konnte dabei an dem von der sozialpartnerschaftlich besetzten ÖIAG selbst ausgearbeiteten Konzept »VOEST 2000« ansetzen, in dem die Zergliederung der Produktion in einen Grundstoff- und Finalbereich und die betriebliche Aufsplitterung der verstaatlichten Industrie schon enthalten waren.

1. Die Verstaatlichungsmaßnahmen in Österreich sind keine revolutionäre Errungenschaft und auch kein Schritt

zum Sozialismus. Die 1947 erfolgte Verstaatlichung der »Hermann Göring Werke« alias VOEST resultierte aus der nachhaltigen Kapitalschwäche der österreichischen Bourgeoisie, die damals weder das technologische Know-how noch die Management- und Außenwirtschaftserfahrungen gehabt hätte, um die Göring-Werke zu austrifizieren. Das läßt sich historisch aus den spezifischen Folgen des Auseinanderbrechens der K.-u.-K.-Monarchie 1918 sowie aus der sozialen Zusammensetzung der Bourgeoisie in der 1. Republik erklären. Insbesondere schien es auf dem Verstaatlichungswege möglich, die Ansprüche der Sowjets auf österreichisches Erdöl abzuwehren. Die westlichen Alliierten nahmen die Chance eines *Roll-back* sowjetischen Einflusses und gleichzeitig einer Restauration des Kapitalismus in Österreich wahr und stimmten den Nationalisierungen zu. Darüber hinaus implizierte die von ÖIAG und SPÖ eingeforderte Verstaatlichung der »herrenlosen« Betriebe deren Einbindung in ein privatmarktwirtschaftliches Gefüge; Grund genug für den Unternehmerflügel der ÖVP, der Verstaatlichung zuzustimmen. Die Verstaatlichung war damit Ausdruck eines kollektiven Bekenntnisses, eben auch der Sozialdemokratie, zu privatwirtschaftlichem Wirtschaften und keine strategische Schwächung des Privatkapitals in Österreich. Daß die Verstaatlichung nun nicht ideologisch motiviert war, wie die herrschende Lehre der österreichischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung formuliert, wird von der tatsächlichen Einbindung der österreichischen Wirtschaft in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem widerlegt, hatten

ten doch schon die USA im Rahmen des Marshallplans der VOEST die Rolle eines Rohstahl- und Blechliefersanten zugeordnet.

2. Nach dem großen Oktoberstreik 1950, der ein letztes Mal die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Arbeiterklasse zeigte und blitzartig die Klassen- und Eigentums Grenzen in diesem Lande deutlich werden ließ, säuberte der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), damals wie heute sozialdemokratisch dominiert, die Gewerkschaften von Kommunisten und Funktionären, die gegen einen Krisenlösungskonsens zu Lasten der Lohnabhängigen opponierten, und schon 1951 suchte der ÖGB seine institutionelle Präsenz im sog. »Wirtschaftsdirektorium«, wo er mit dem Kapital permanent zu kooperieren trachtete. Nach einem kurzen Intermezzo mit dem Verfassungsgerichtshof, der diese Art kooperativ-konzertierten Wirtschaftens für verfassungswidrig hielt, »erkämpfte« der ÖGB 1957 endlich die garantierte Konfliktlosigkeit zwischen Arbeit und Kapital; die »Paritätische Kommission« war geboren, die Sozialpartnerschaft institutionalisiert. Durch vielfältige Verflechtungen zwischen Kammern, Gewerkschaftsbund, Parteien und Nationalrat war in der Folge die Sozialdemokratie in der Lage, dieser Kooperation zwischen Arbeit und Kapital eine politisch-institutionelle Entsprechung auf parlamentarischer Ebene zu geben. So war z.B. bis 1966 (!) der Bundeskanzler im Zentrum der sozialpartnerschaftlichen Aushandlung stimmfähig.

3. Mit dem Einsetzen der Stahlkrise Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre geriet die Verstaatlichte in den Widerspruch, sich den Veränderungen am Stahlmarkt und den neuen Konkurrenzbedingungen anzupassen, aber weiterhin zentraler Umsetzungshebel staatlicher Nachfrage- und Defizit-spendig-Politik zu sein, wie sie dies insbesondere nach 1973 gewesen war, was

weltweit als austro-keynesianisches Wirtschaftswunder gehandelt wurde. Die VOEST kam den neuen Anforderungen, die maßgeblich durch das Krisenbereinigungs- und Kapitalvernichtungsprogramm der »Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (EGKS) umrissen worden waren, dadurch nach, daß sie den Anteil der traditionellen Hüttenproduktion entscheidend verringerte, Stranggußanlagen ausbaute und in unterschiedlichste Branchen diversifizierte. Seit 1979 sollten Kompensations- und Bartergeschäfte diese Strategie ergänzen, und neue Offensiven des Kapital-Know-how-Exportes (Anlagenbau) sollten die Stagnation sowie die drohenden Einbrüche am Stahlmarkt absorbieren. Die Verluste der Ölpekulationen der INTERTRADING in Höhe von 400 Mio. DM resultierten daher aus der Strategie des VOEST-Vorstandes, die Prämissen der Vollbeschäftigungs- und Nachfragestützungspolitik unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen weiterhin als Leitlinien des Wirtschaftens der Verstaatlichten durchzusetzen. Die austrokeynesianistisch-sozialdemokratische Politik, Arbeitsplätze auch um den Preis ständig steigender Haushaltsdefizite zu erhalten, ließ an diesem Punkt nur zwei Wege offen: einerseits die Variante, schnelles Geld mit Spekulationen zu machen, um die Verluste der traditionellen Sektoren abzudecken, und andererseits mit Hilfe ausländischen, multinationalen Kapitals über Beteiligung oder Joint-venture-Unternehmungen in die neuen Märkte einzusteigen.

4. In der bürgerlichen Hatz auf die Verstaatlichte wird das Faktum des Staatseigentums an so gut wie der gesamten österreichischen Großindustrie als Para-Sozialisierung bzw. spezifisch österreichische Form des Sozialismus und staatlicher Allmacht interpretiert. Dies widerspiegelt auch einen Gutteil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses:



a) Die Tradition der österreichischen Sozialdemokratie in Sachen »Zerschlagung (prä-)revolutionärer Situationen« wurzelt bereits im ersten Weltkrieg in der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914, setzte sich fort in der Paralyse der revolutionären Elemente 1918/19, in den Rennerschen Industriekommissionen (Vorläufer der paritätischen Kommission), in der Auseinandersetzung zwischen austrofaschistischen Heimwehren und dem sozialdemokratischen Schutzbund, in den Ereignissen des Februar 1934 und im Widerstand gegen den Austro- und Hitlerfaschismus, setzte sich nach 1945 bei den Lohn-Preis-Pakten zwischen 1947-50 fort und kumulierte im Oktoberstreik 1950.

b) Um nun die Verstaatlichte als Optimum sozialdemokratischer Politik auf dem friedlichen Wege zum Sozialismus zu verkaufen, mußte ein nationaler Konsens, welcher auf einer tiefgreifenden sozialpsychologischen Gleichschaltung und einer spezifischen Mentalität auflagerte, hergestellt werden. Diese Mentalität wurzelt sowohl in der katholischen Soziallehre, der sozialen Verantwortung des Privateigentums einerseits und in der Tradition des »Sozialreformismus von oben« andererseits. Diese beiden Denkstränge beinhalten übereinstimmend den Verzicht auf branchiale Lösungen und soziale Auseinandersetzungen. Verstärkt wird dieses nationale Denkprinzip durch die kollektive Erfahrung, demokratische Reformen und entscheidende Verbesserungen der Lebensführung niemals erkämpft haben zu müssen, sondern immer (kaiserlich?) dekretiert erhalten zu haben. Dies bezieht sich sowohl auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Gewerbefreiheit, die Arbeiterkammern, die Sozialversicherung, die Befreiung vom Faschismus 1945, den Wiederaufbau (Marshallplan), das josephinische Toleranzpatent usw. quer durch die Geschichte. In den kritischen historischen Situationen ist der Österreicher (sofern es einen derartigen verallgemei-

nerungsfähigen Typus überhaupt geben kann) zu Hause geblieben oder hat schlicht abgewartet. In dieser Erfahrung gründet ein Gutteil des präsentierten Selbstverständnisses der österreichischen Sozialdemokratie in bezug auf die verstaatlichte Industrie: In der gesamten Zweiten Republik hat die Volkspartei (Pendant zur CDU/CSU) nur sechs Jahre lang allein regiert. Den Rest der Zeit war die Sozialdemokratie entweder an der Regierung beteiligt oder besetzte allein die Regierungsbank. Daraus und aus der personellen Verquickung von Gewerkschaften, Arbeiterkammern und SPÖ ergibt sich ein spezifisches Naheverhältnis zur Verstaatlichten.

c) Mit der rechten Hand sanktionierte die Sozialdemokratie den kapitalistischen Wiederaufbau und die Etablierung privateigentümlicher Strukturen. Mit der linken Hand dagegen propagierte sie die Verstaatlichte als Möglichkeit des friedlichen Übergangs in eine bessere Zukunft und gerechtere Gesellschaft. Doch war dies nur so lange möglich, als die ökonomischen Bedingungen, nämlich der Absatz unintelligenter Massenprodukte auf der Basis einer mäßig entwickelten Technologie, den Verzicht auf Strukturwandel nicht mit Kriseneinbrüchen versahen. Die Krise der VOEST ist aus der unrealistischen Annahme der Sozialdemokratie erwachsen, daß die Entwicklungen der Internationalisierung der Krise und des Produktivkraftfortschritts schon nicht auf Österreich durchschlagen würden.

d) In der Krise 1980/81 nun waren prinzipiell zwei Wege möglich: entweder eine entschiedene Umverteilung zugunsten der Lohnarbeiter und damit Aufhebung des bis dahin gültigen sozialpartnerschaftlichen Grundkonsens, um den Weg des Austrokeynesianismus weitergehen zu können; oder die kapitalorientierte Variante, die Unternehmerprofite qua Steuerabsetzmöglichkeiten, Strukturverbesserungs- und Investitionsförderungsprogrammen er-

höht. An diesem Kriseneinbruch war auch klar geworden, daß diese Variante des sozialen Kapitalismus nur so lange funktionieren konnte, so lange eine historisch spezifische Nachholituation bestand und solange auf der Grundlage stetigen Wirtschaftswachstums immer wieder nur der Zuwachs »gerecht« umverteilt zu werden brauchte, um sozialen Frieden zu stiften und die Wähler bei der Stange zu halten. Ein sehr schönes Beispiel für diese Art spezifisch sozialdemokratischer Dialektik stellt dabei die antizyklische Lohnpolitik dar: In der Krise hohe Lohnforderungen zu stellen, um während der Konjunktur Lohnforderungen zu mäßigen, damit es zu keinen Überhitzungserscheinungen käme, weist im Selbstverständnis der Gewerkschaften gleichzeitig auf den marktwirtschaftlichen Grundkonsens hin als auch über ihn hinaus. Real jedoch führte diese antizyklische Lohnpolitik in der Krise zu Reallohnabbau und Rotstiftpolitik, Strukturbereinigung nach Rentabilitäts Gesichtspunkten und Subventionierung multinationaler Konzerne. Hier erwies sich nun

die historische Unfähigkeit: Auf der Grundlage der Fragestellung »... wie managen wir den Kapitalismus, ohne ihn zu überwinden und ohne die Leute auf den Gedanken zu bringen, selbiges ohne uns zu tun...« hat die Sozialdemokratie für eine Vorform des Sozialismus verkauft, was in Wirklichkeit ein kapitalistisch wirtschaftender Konzern war und ist, hat die Sozialdemokratie in Partei und Gewerkschaft antisozialpartnerschaftliche und auf Systemtransformation bedachte Stränge gekappt und damit langfristig an der jetzigen historischen Schwäche der Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse in Österreich gearbeitet. Dies hat nun dazu geführt, nach 1981 gleichzeitig die Verstaatlichte erhalten zu wollen (verbal, in Medien und Parteiprogrammen) und real diejenigen, die als einzige die Verstaatlichte verteidigen könnten, zu liquidieren, Massenentlassungen vorzunehmen und innerhalb der SPÖ einen zunehmend schärfer werdenden Gang innerparteilicher Disziplinierung von Abweichlern einzulegen.

*Es ist ein wenig hart, wenn Sie annehmen, ich glaubte, jedes Würstchen könne durch die bloße Zugehörigkeit zu dem alten kleinen Verein davor bewahrt bleiben, Quatsch zu äußern.*

*Bertolt Brecht*



Sabine Kebir

## Punk oder Die herrschende Arbeitslosenkultur

Gramscis Beitrag zur modernen Kulturtheorie —  
Die Integration von Bündnis und Proletkult,  
Hochkultur und Alltag

Die konservative 'Wende' hat ihre Breschen bis in die populäre Kultur geschlagen. Wie weit, ist schwer zu bestimmen, denn wer hat schon genau und detailliert genug z.B. die Frage untersucht, was Geistes Kind der Punk eigentlich ist? Das Fehlen einer modernen Kulturtheorie beruht vor allem wohl darauf, daß wir nunmehr nur noch wissen, wie sie nicht sein soll und nicht mehr sein kann: normativ. Nur noch eine polyphone Kulturtheorie kann operativ sein, eine Kulturtheorie, die die Differenzierung in vielfältige Klassen und Schichten sowie die — historisch neuen — Möglichkeiten der Individualisierung auch innerhalb der unteren Schichten der entwickelten Industriegesellschaften in Rechnung stellt. Einen inneren Zusammenhang, ein organisierendes ethisch-politisches Zentrum braucht sie dennoch.

### Fortschrittliche Literaturdebatten in der Weimarer Republik — Ausbleiben der Synthese

Die deutsche Tradition der Ausarbeitung einer mit dem historischen Fortschritt verbundenen Kulturtheorie ist freilich in hohem Grade polyphon gewesen. Zu einer gemeinsamen, kulturpolitisch durchschlagenden Plattform der Linken kam es jedoch ebensowenig wie auf politischem Gebiet.

Voraussetzung, daß es in den zwanziger Jahren und zu Beginn der dreißiger Jahre überhaupt zu so vielfältigen Bemühungen um die Herausbildung einer linken Ästhetik kam, waren die Inspirationen, die von den Experimenten der sowjetischen Kulturpolitik ausgingen, und die Überwindung des Ökonomismus der II. Internationale, wodurch es überhaupt erst denkbar wurde, daß die Kultur bei der Vorbereitung der Revolution eine bedeutende Rolle einzunehmen hätte. Aus der Diskussion — bisweilen dem Kampf — der in und um die KPD gruppierten Fraktionen und Individuen entstand bis zur Machtergreifung des Faschismus keine Synthese, die in großem Maßstab operativ sein konnte. Bärbel Schrader schildert die Situation zu Beginn der zwanziger Jahre folgendermaßen: »Die Differenzen in den deutschen Proletkultvorstellungen lassen sich auf zwei unterschiedliche revolutionsstrategische Richtungen zurückführen. Die eine setzt den

unmittelbar bevorstehenden Aufbau der klassenlosen Gesellschaft voraus. Hier dominiert die Auffassung, daß sich das Proletariat Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen muß, die es in den Stand setzen, nach dem Sieg eine eigenständige Kultur aufzubauen, für die es vor der sozialen Revolution noch keine Chancen gibt. Die andere Richtung stellt sich auf eine längere Übergangsperiode ein. Sie räumt Kunst und Kultur innerhalb der revolutionären Prozesse einen wichtigen Platz ein, indem sie sie als Waffe im gegenwärtigen politischen und sozialen Kampf der Arbeiterklasse betrachtet. Die Verständigung über diese unterschiedlichen, in der Praxis nicht selten ineinander übergehenden Auffassungen wird dadurch erschwert, daß die erste Richtung zwar mit der von der KPD übernommenen Kunstprogrammatik der revolutionären Sozialdemokratie korrespondiert, die Partei aber politisch bekämpft, während die zweite Richtung politisch zur KPD tendiert, jedoch von deren kulturpolitischer Hauptlinie abweicht. Da beide Richtungen von der Literaturkritik der 'Roten Fahne' gleichermaßen befehdet werden, unterbleibt vorerst eine produktive theoretische Auseinandersetzung. Statt dessen werden konträre Positionen nebeneinander entwickelt und verteidigt, so in der 'Roten Fahne' und dem ihr nahestehenden 'Gegner', in der 'Aktion' und in der KPD-Presse.«<sup>1</sup>

In der 1931 angestrebten, letztlich nie veröffentlichten kulturpolitischen Plattform des 'Bundes proletarischer Schriftsteller' erreichten die auf eine breite Bündiskonzeption und Erbeaneignung zielenden Positionen von Georg Lukács das Übergewicht gegen die im ersten Entwurf von Aladar Komját und Karl Biro eingebrachten Tendenzen des Proletkults, die auf eine Privilegierung der schöpferischen Aktivitäten der Arbeiterklasse selbst orientierten.<sup>2</sup> Jedoch konnte Lukács' umfassende Theoriebildung zu keinem »strategischen Zentrum« werden, »weil sie nicht auf das Zusammenführen von Realismus, Avantgarde und Tradition ausgerichtet war, sondern auf die polemische Auseinandersetzung mit der Avantgarde. Statt auf den Formenstreit zu verzichten, machte er ihn mit seiner Ablehnung der Montage als Gipfelpunkt avantgardistischen Dichtens zu einem zentralen politischen und ästhetischen Streitpunkt.«<sup>3</sup>

In seiner *Ästhetik des Widerstands* läßt Peter Weiss die Figur des Willi Münzenberg zu jenem fehlenden Theoretiker der Synthese werden, die freilich erst im Exil zustande gekommen sein soll: »Es ging darum, sagte Münzenberg, die Hypothese einer umfassenden sozialen und künstlerischen Revolution aufzustellen und dann den Beweis zu erbringen von der Zusammengehörigkeit der Elemente, die bisher immer getrennt voneinander behandelt worden waren ... Übereinstimmend war die Intensität der revolutionären künstlerischen und politischen Aktionen, und auch ihr internationalistisches Ziel. Unvereinbar aber schien der Spott, die Ironie der einen mit dem Ernst, dem Verantwortungsbewußtsein der ... anderen. Heute, da für mich die Zeit reif ist, um die Linien, die damals entstanden, zusammenzuführen, sehe ich, daß wir mit der kulturellen Revolution den Umbruch meinten, der den politischen Kampf erst zur Erfüllung bringen konnte.«<sup>4</sup>

Werner Mittenzwei spricht dem historischen Münzenberg diesen Verdienst nicht in demselben Maße zu wie Weiss. Er sieht ihn mehr in dessen Bemühen um die Nutzung moderner Massenmedien und technischer Verfahren für die revolutionäre Propaganda. »Als Propagandist und strategi-



scher Kopf für Massenwirkungen stützte er sich vor allem auf das Unterhaltungsbedürfnis, das er wie jedes andere Bedürfnis angesehen und gebraucht wissen wollte.«<sup>5</sup>

Wenn hier Antonio Gramscis Kulturtheorie als Synthese all dieser disparat scheinenden Tendenzen dargestellt wird, soll nicht in der letztlich unfruchtbaren Polemik fortgefahren werden, die seine, aufgrund des Faschismus nicht direkt in die Praxis greifenden, theoretischen Ausarbeitungen einer, vom heutigen Standpunkt aus, mangelhaften Praxis gegenüber ausspielt. Kohärenz und Versöhnung ließen sich 'individuell' und 'vom grünen Tisch her' (was für Gramsci freilich einen Tisch im Gefängnis bedeutete) leichter konstruieren als in der lebendigen Realität, in der die heute leicht zu konstatierenden Ausdifferenzierungen und Individualisierungsmöglichkeiten bereits in Gang gekommen, aber noch schwer wahrzunehmen und zu reflektieren waren. Gramscis Kulturtheorie interessiert uns jedoch vor allem, weil sie von diesen Ausdifferenzierungen bereits Kenntnis genommen hat, ja, bewußt von ihnen ausging und zu einer dialektischen Synthese der scheinbar widerstreitenden Elemente der fortschrittlichen Ästhetik gelangte. Wenn die Gegenstände seiner Kulturtheorie auch historisch veraltet sind oder spezifisch national, d.h. auf eine bestimmte italienische Realität hin zugeschnitten waren, so hat sie doch Aktualität bewahrt. Durch ihre Synthese des Vielfältigen kann sie methodisch auch heute noch als Modell für die Struktur der vor uns liegenden Aufgaben dienen.

Im Unterschied zu Lukács spielt der Formenstreit bei Gramsci keine Rolle, das Zentrum seiner Theorie ist kulturpolitisch bestimmt. Die Ablehnung beispielsweise des Futurismus in den Gefängnisschriften ist rein politisch motiviert und signalisiert keine grundsätzliche Ablehnung avantgardistischer Experimente.

Unter den damaligen italienischen Verhältnissen — der frühen Installation des Faschismus ab 1922, welche die Herausbildung einer relativ breiten Strömung eigenschöpferischer Arbeiterkultur, wie sie im Weimarer Deutschland entstand, blockierte — dominierte auch bei Gramsci realistisch-weise der Bündnisgedanke, d.h. das Herüberziehen 'traditioneller Intellektueller' auf fortschrittliche Positionen — wie sie sich mit der, freilich erst nach seinem Tode einsetzenden neorealistischen Bewegung auch tatsächlich verwirklichen sollte. Gramscis Theoriebildung schloß jedoch die Proletkultperspektive mit ein, d.h. die Notwendigkeit der schöpferischen Eigeninitiative der Arbeiterklasse auf künstlerischem Gebiet, ohne die ein 'Heraufarbeiten in die Überbauten' nicht möglich ist. Damit integrierte Gramsci die verschiedenen Grundkomponenten sozialistischer Kulturpolitik.

## Erbe, Bündnis und neue Kultur

Gramscis Kulturkonzeption entstand in der Überwindung 'linker' und 'rechter' Standpunkte innerhalb des Partito Socialista Italiano. Amadco Bordiga — der künftige Gründer und erste Leiter der KPI (1921) — lehnte jegliches kulturelle Engagement der Arbeiterklasse vor der Revolution ab (die er staatsstreichtartig konzipierte). 1912 hatte er gemeint, daß »die Pro-

klamation der Notwendigkeit des Studiums eine professorale Marotte sei« und in den sozialistischen Programmentwurf nicht gehöre. »Man wird nicht Sozialist durch Bildung, sondern durch die realen Erfordernisse der Klasse, der man angehört.«<sup>6</sup> Unter dem Einfluß Benedetto Croce<sup>7</sup>, der bis etwa 1900 mit einem Engagement an der Seite der Arbeiterbewegung kokettiert und gemeint hatte, daß diese durch »Selbsterziehung« den Weg zum Sozialismus beschreiten werde, verfolgte bereits der junge 'Kulturjournalist' Gramsci ab 1915 eine Strategie der kritischen Rezeption des kulturellen Menschheitserbes durch die Arbeiterklasse. Selbst der Karriere eines Professors der Sprachwissenschaften entsagend, versucht er die Erkenntnisse des eigenen Studiums auf vielfältige Weise den Arbeiterlesern nutzbar zu machen, wenn das zuweilen auch noch sehr professoral anmutet. So bietet er bei aktuellem Anlaß in feuilletonistischer Form interessante, weil 'parteiliche' Etymologien an. Als die bürgerliche Zeitung *Corriere della sera* einmal einen Sozialisten als »Idioten« bezeichnet hatte, antwortete Gramsci mit einem Artikel, der das Wort auf seine griechische Urbedeutung zurückverfolgte: »Idiota ist, wer verschieden ist, wer anders als die meisten spricht ... Es bedeutet weiterhin: der, der mit seinem eigenen Kopf denkt.«<sup>8</sup> Sachkundig griff er auch in den in der sozialistischen Partei ausgebrochenen Streit um das Esperanto ein, dessen Erlernen vielen, die damals auf die Weltrevolution hofften, als eine internationalistische Pflicht erschien. Gramsci sprach sich gegen das Esperanto aus, das er für unfähig erklärte, den konkreten Aufgaben der Sozialisten gerecht zu werden.<sup>9</sup> Stellvertretend für das — noch nicht vorhandene — proletarische Publikum ging der junge Journalist ins Theater und hinterließ zwischen 1916 und 1920 im *Avanti* knapp 200 Theaterkritiken, deren innerster Antrieb ein Versuch der kritischen Aneignung einer bürgerlichen Unterhaltungsinstitution war. Er fand, »daß das bürgerliche Theaterpublikum« nicht auf das beste gerüstet sei, »das Kunstwerk zu verstehen und nachzuempfinden.« Denn »für den Bourgeois, der gut zu Abend gespeist und zwischen Essen und Bett drei Stunden zu verlieren hat, ist ein Drama so ein Mittelding zwischen Verdauungslöcher und Aphrodisiakum.« So wünschte Gramsci zum Beispiel dem Stück *Anfissa* von Leonid Andreev — ein turbulentes, jedoch tragisch endendes Liebesverwirrspiel —, das das Turiner Carignano-Theater 1920 in seinem Repertoire hatte, »ein besseres Publikum, das spontan, mit unvermittelter Aufrichtigkeit reagiert, direkter, die leidenschaftliche Bangigkeit der Tragödie genießt und erleidet. Wir wünschen ihm ein Publikum von Proletariern.«<sup>10</sup>

Gramsci meinte auch, daß das kleinbürgerliche Publikum kaum in der Lage sei, den Protest von Ibsens 'Nora' gegen die traditionelle bürgerliche Familie wirklich nachzuvollziehen. In seiner Kritik des Stücks berichtet er jedoch vom authentischen Fall zweier Arbeiterfrauen, die den Mut gefunden hatten, sich von ihren Familien zu trennen und sich Partner gesucht hatten, die ihnen besser gefielen.<sup>11</sup>

Die kulturpolitische Spürnase des die Arbeiter im Theater quasi vertretenden Gramsci war 'antisektiererisch' genug, um das große Talent des — damals noch oft ausgepöbelten — Luigi Pirandello zu verteidigen, obwohl sich mit dessen Stücken kaum eine vordergründige Beziehung zum Proletariat herstellen läßt. An seine Schwägerin schrieb er später: »Weißt Du, daß



ich viel früher als Adriano Tilgher (der als eigentlicher Entdecker Pirandello gilt — S.K.) das Theater von Pirandello entdeckt habe und daß ich beitrug, es zu popularisieren? Ich habe zwischen 1915 und 1920 so viel über Pirandello geschrieben, daß man ein Bändchen von 200 Seiten zusammenstellen könnte, und damals waren meine Behauptungen originell und ohne Beispiel: Pirandello wurde freundlich geduldet oder offen verspottet.«<sup>12</sup>

Wie wir im weiteren sehen werden, beschränkte sich bereits die Kulturstrategie des jungen Gramsci bei weitem nicht auf den Versuch der Aneignung des liberalen bürgerlichen Erbes. Fragen des Avantgardismus, die der bereits Furore machende Futurismus aufwarf, aber auch erste Analysen der trivialen Massenkultur markieren bereits die — von der Kritik bislang fast unbemerkt gebliebene — tiefe Differenz, die auch schon den jungen Gramsci von Croce trennte, dessen Ästhetik gegen den Avantgardismus und für die Konstituierung einer auf europäischem Niveau stehenden konservativen Geisteselite wirken wollte. Die Differenz wurde endgültig zum Bruch in der Phase der Turiner Rätebewegung, deren Führer Gramsci war. Hier stieß er sich ab von der Croce verpflichtet bleibenden Position seines Freundes Angelo Tasca, der ihn seinerzeit zur Partei gebracht hatte. Während Tasca am ehemals von Croce stammenden Konzept des kulturellen Nachholbedarfs der Arbeiterbewegung festhielt, war Gramsci nun der Meinung, daß die zeitweise Eroberung von Machtpositionen, die die norditalienische Arbeiterklasse durch Fabrikbesetzungen mit Aufrechterhaltung der Produktion (Turin) oder auch durch die erfolgreiche Bildung von roten Stadtverwaltungen (Bologna<sup>13</sup>) gelungen war, ein neues, auf die Aktualität und Zukunft hin ausgerichtetes Kulturkonzept notwendig und möglich mache. Gramsci hoffte auf ein Zusammenfließen von Proletkult und Futurismus.<sup>14</sup>

## Avantgardismus und Proletkult

Gramscis erste persönliche Kunstleidenschaft hatte dem Futurismus gegolten. Sie ist belegbar durch den frühesten überhaupt bekannten Artikel, der aus der Turiner Universitätszeitschrift stammt, aus dem Jahre 1913. Es handelt sich um ein überschäumendes, frech geschriebenes Pamphlet für die Futuristen Papini, Palazzeschi und Marinetti, deren Kunst groß sei und die Zeiten ihrer Anfeindung überdauern werde, weil sie sich nun einmal »der neuen Tendenz der modernen Kunst, von der Musik bis zur Malerei der Kubisten«, angeschlossen hätte. Er vergleicht die futuristische Dichtung — überraschend präzise — mit der Malerei Picassos: auch sie bestehe »aus einer Zerlegung in einzelne Bildebenen. Sie präsentiert sich der umnebelten Phantasie nicht mit Adverbien oder Adjektiven<sup>15</sup>, die mit Konjunktionen und Präpositionen leicht verknüpft werden, sondern als gradlinige, parallel verlaufende oder sich untereinander kreuzende Reihen von Substantivebenen.«<sup>16</sup> Gramsci hatte nicht nur den Ausbruch des Futurismus aus den Fesseln des Akademismus begrüßt, er teilte auch dessen Technikbegeisterung. Denn auch das Proletariat »will, daß in Italien so viel Produktivkraft wie möglich entsteht, daß sich die kollektive ökonomische Kraft vermehrt, weil der Sozialismus essentiell das Problem der intensiven Pro-

duktion darstellt, die das Wohlergehen aller erlaubt, vom Tage des Umsturzes an.«<sup>17</sup> Gramsci mochte noch an den von Marinetti 1904 ins futuristische Manifest plazierten Absatz glauben, daß der Futurismus vorhabe, »die arbeitsbewegten Mengen« zu »singen, die vielfarbigen, die vieltönigen Brandungen der Revolutionen, in den modernen Hauptstädten ...«<sup>18</sup>

Die Affinitäten, die der frühe Futurismus zum Anarchismus hatte, schufen vor dem I. Weltkrieg in der Tat eine Brücke zur Arbeiterbewegung. Gramsci berichtet, daß es damals oft geschah, »daß Arbeitertrupps die Futuristen vor den Aggressionen der 'Literatencliquen' und 'Karrierekünstler' verteidigt haben.« Noch 1921 hatte die von Gramsci mitbegründete Turiner Sektion des Proletkult »Marinetti gebeten, aus Anlaß der Eröffnung einer Gemäldeausstellung von Arbeitern, die Mitglieder der Organisation sind, über die Bedeutung dieser Bilder zu sprechen. Marinetti hat die Einladung mit Vergnügen angenommen, hat die Ausstellung zusammen mit den Arbeitern besichtigt und dann seine Befriedigung darüber ausgedrückt, die Überzeugung gewonnen zu haben, daß die Arbeiter für die Probleme des Futurismus viel mehr Verständnis hätten als die Bourgeoisie. Vor dem Kriege waren die Futuristen bei den Arbeitern sehr populär. Die Zeitschrift *Lacerba*, die eine Auflage von 20.000 Exemplaren hatte, wurde zu vier Fünfteln in der Arbeiterschaft vertrieben. Während der zahlreichen Demonstrationen futuristischer Kunst in den Theatern der großen italienischen Städte war es selbstverständlich, daß die Arbeiter die Futuristen gegenüber den Jugendlichen aus der Halbaristokratie oder Bourgeoisie verteidigten, die sich mit den Futuristen prügeln.«<sup>19</sup>

Gramsci sah eine direkte Verbindung zwischen Futurismus und Proletkult: »Als sie die Futuristen unterstützten, haben die Arbeitstrupps bewiesen, daß sie keine Angst vor der Zerstörung hatten, daß sie, die Arbeiter, sicher waren, Dichtung, Malerei, Dramatik wie die Futuristen hervorzubringen. Diese Arbeiter haben im Sinne der Geschichte gehandelt und die Möglichkeit einer proletarischen, von den Arbeitern selbst geschaffenen Kultur unterstützt.« »Absolut marxistisch« sei aber auch die »klare Konzeption« der Futuristen gewesen, »daß unsere Epoche, die Epoche der Großindustrie, der großen Arbeiterstadt, des intensiven und tumultvollen Lebens, neue Formen der Kunst, der Philosophie, der Sitten, der Sprache haben müsse.«<sup>20</sup> Gramsci sieht eine »proletarische Kultur (Zivilisation)« voraus, die »sich vollkommen von der bürgerlichen unterscheidet ... Es wird eine Dichtung, einen Roman, ein Theater, Sitten, eine Sprache, eine Malerei und eine Musik geben, die charakteristisch für die proletarische Zivilisation sind, Blüte und Schmuck der vom Proletariat geschaffenen gesellschaftlichen Organisation.« Das bedeutet jedoch »Vorurteile, Idole, erstarrte Traditionen zu vernichten, es bedeutet, keine Angst vor Neuem und Kühnem zu haben ... und nicht zu glauben, daß die Welt untergeht, wenn ein Arbeiter grammatistische Fehler macht, wenn ein Vers hinkt, wenn ein Gemälde einer Postkartenzeichnung ähnelt, wenn die Jugend dem im Akademismus befangenen und kindisch werdenden Alter noch so sehr eine Nase macht. Die Futuristen haben diese Aufgabe im Bereich der bürgerlichen Kultur in Angriff genommen ...«<sup>21</sup>

Nichts demonstriert die Verworrenheit der damaligen italienischen Verhältnisse deutlicher als die Tatsache, daß derselbe Marinetti, der sich hier



dem Proletkult gegenüber aufgeschlossen zeigte, bereits der faschistischen Bewegung anhing. Gramsci schreibt in seinem bekannten Literaturbrief an Trotzki im September 1922: »Zur Zeit gehören der futuristischen Bewegung Monarchisten, Kommunisten, Republikaner und Faschisten an.«<sup>22</sup> Daß Gramsci die Bündnisflanke offen hielt, lag an seiner Erkenntnis, daß ein Großteil der dem Faschismus in die Arme laufenden Menschen (von Asozialität bedrohte Kriegsheimkehrer und Kleinbürger) im Grunde potentielle Bündnispartner der Sozialisten waren. Im April 1921, zweifellos hinter dem Rücken des extrem sektiererischen Parteiführers Bordiga, versuchte Gramsci auch noch, mit D'Annunzio Kontakt aufzunehmen und die Bündnismöglichkeiten mit den um den dichtenden Abenteurer gruppierten Kriegsheimkehrern zu prüfen — freilich vergeblich.<sup>23</sup>

Im Literaturbrief an Trotzki hebt er bereits deutlich die problematischen Züge Marinettis hervor, dessen Technikbewunderung in eine Bewunderung der Kriegstechnik umgeschlagen war: »Marinetti, der stets lang und breit den Krieg besang, hat ein Manifest veröffentlicht, in dem er zeigte, daß der Krieg die einzige Hygiene der Welt sei. Er hat als Bataillonskapitän von Panzerfahrzeugen am Krieg teilgenommen, und sein letztes Buch *Der gepanzerte Alkoven* ist ein begeisterter Gesang über die Panzerfahrzeuge. Marinetti hat ein Opus gebräut, das *Jenseits des Kommunismus* betitelt ist ...«<sup>24</sup> Der Futurismus verlor seine proletarischen Anhänger: »Die Arbeiter, die im Futurismus Elemente gegen die alte, verknöcherte, akademische, dem Volk entfremdete Kultur sahen, müssen heute mit den Waffen in der Hand für ihre Freiheit kämpfen und haben wenig Interesse für die alten Auseinandersetzungen.«<sup>25</sup>

Wenn Gramsci später, in den *Gefängnisschriften*, die Futuristen wegen ihres Übertritts zum Faschismus als eine »Gruppe von Schülerchen« bezeichnet, »die aus einem Jesuitenkolleg ausgebrochen sind, ein wenig Lärm im nahen Wald gemacht haben und mit der Rute der Gendarmerie wieder heimgeführt worden sind«<sup>26</sup>, wenn er subjektivistische Sprachexperimente weniger amüsant findet als in seiner Jugendzeit und sie wegen der Gefährdung des für eine demokratische Kunstidee so wesentlichen Kommunikationscharakters geißelt, so stellt er sich doch nicht gegen das Prinzip neuer künstlerischer Formen. Denn eine »neue gesellschaftliche Gruppe, die mit Hegemonieanspruch und mit einer Selbstsicherheit ins geschichtliche Leben tritt, die sie vorher nicht hatte, erzeugt notwendigerweise aus ihrem Innersten heraus Persönlichkeiten, die früher nicht die genügende Kraft gefunden hätten, sich umfassend in einem bestimmten Sinn auszudrücken.«<sup>27</sup>

Anders als in der Sowjetunion und anders auch als in der Weimarer Republik, wo der Proletkult nur der Beginn einer historisch neuen, von der Arbeiterklasse bereits mitgestalteten literarischen Praxis war — die freilich nicht frei von Sektierertum blieb<sup>28</sup> und daher bald von anderen, auf breite Bündnisse zielenden Konzeptionen ergänzt, z.T. auch bekämpft wurde —, kam es in Italien auf Grund der frühen Machtübernahme des Faschismus nicht zur Ausbildung einer solchen Praxis. Der von Gramsci belegte Keim des italienischen Proletkults hatte sich jedoch ganz unsektiererisch präsentiert: als mögliches Bündnis von Avantgardismus und Arbeiterklasse. Die dem sowjetischen und deutschen Proletkult eigene Traditionsfeindlichkeit

war ihm — zumindest in der Person Gramscis — fremd. Giuseppe Amoretti, der mit Gramsci 1920 beim *Avanti* gewesen war, erinnert sich, daß er auch damals, als er auf Proletkult und Futurismus setzte, stets auch mit der Lektüre klassischer Literatur beschäftigt war (Casanova, Boccaccio, Cellini, Vico und andere) und seine Mitarbeiter in folgender Weise ermahnt habe: »Wenn du das Leben deines Volkes verteidigen willst, mußt du die Geschichte deines Volkes kennen. Wenn du die Geschichte deines Volkes kennen willst, mußt du seine Literatur kennen.«<sup>29</sup> Während Gramsci das Bündnis von Proletkult und Futurismus förderte, nahm der aus der Rätebewegung hervorgegangene und von ihm geleitete *Ordine Nuovo* Kontakt und Arbeitsbeziehungen zu Künstlern und Intellektuellen auf, die aus der bürgerlich-humanistischen Tradition kamen und potentielle Bündnispartner waren: Henri Barbusse, Romain Rolland, Piero Gobetti<sup>30</sup> u.a.

## Alltag, Volkskultur und Hochkultur

Gramsci hat sich als erster Marxist ausführlich mit der modernen, im Kapitalismus erzeugten Massenkultur auseinandergesetzt, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts herauszubilden begann und daher noch nicht im Blickfeld von Marx und Engels<sup>31</sup> lag und auch für Lenin kaum eine Rolle spielen konnte: Diese Entwicklung hatte das alte Rußland noch nicht erfaßt, die dortige Volkskultur war noch von keinem laizistischen Lichtstreif erfaßt worden, verharrte in einer seit dem Mittelalter unreformierten Religiosität. Von Marx bis Lukács reicht eine — beim ersten historisch bedingte, beim zweiten eine gewisse Einseitigkeit aufdeckende — Linie des kulturpolitischen Denkens, die sich die fortschrittliche Menschheitskultur als direkte Fortsetzung der großen humanistischen Weltkultur vorstellte, eine Konzeption, die auch Lenin verfolgte und die seinerzeit ein kulturpolitisches Gegengewicht gegen den allzu traditionsfeindlichen Proletkult darstellte. Im praktischen Verlauf der Kulturpolitik kam Lenin schon rasch zu der Auffassung, daß das noch niedrige Bildungsniveau der Massen eine praktische Modifikation der Kulturpolitik verlangte: »Ich bin weit davon entfernt zu leugnen, daß für die Arbeiter eine populäre Literatur und für die besonders rückständigen Arbeiter eine besonders populäre (allerdings keine seichte) Literatur notwendig ist.«<sup>32</sup>

Gramscis ausführliche Auseinandersetzung mit der Massenkultur, die methodisch wohl der aktuellste Teil seiner Kulturtheorie geblieben ist, war also eine Reaktion auf ein historisch junges, vor allem die Industrieländer betreffendes Phänomen.<sup>33</sup> Es markierte insofern einen historischen Schnittpunkt, als sich in derselben Zeit der Kampf der Massen um das Überleben auf den Kampf um die Qualität des Alltags zu verlagern begann. Diesen Schnittpunkt hat Gramsci jedoch — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — nicht als Aufgabe einer Strategie der Revolution gedeutet, wohl aber als Anlaß ihrer grundlegenden Erneuerung verstanden: die Inbesitznahme des Staates durch die Arbeiterklasse blieb sein Ziel, wenn auch dessen Verwirklichung zunächst in relative Ferne rückte. Aus dem in Rußland siegreichen 'Bewegungskrieg' wurde der 'Stellungskrieg'. Schon 1924 schrieb er: »In Zentral- und Westeuropa hat die Entwicklung des Kapitalis-



mus nicht nur breite proletarische Schichten hervorgebracht, sondern aus demselben Grund die höhere Schicht erzeugt, die Arbeiteraristokratie mit ihren syndikalistisch-bürokratischen Anhängseln und demokratischen Gruppen der Gesellschaft. Die direkte Zielsetzung, die die Massen in Rußland auf die Straße zum revolutionären Sturm trieb, kompliziert sich in Mittel- und Westeuropa durch den von der raschen Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen Überbau, der den Elan der revolutionären Massen verlangsamt, und die revolutionäre Partei muß daher von einem Konzept der Strategie und Taktik ausgehen, das kompliziertere Zusammenhänge auf einen längeren Zeitraum hin berücksichtigt als das der Bolschewiki zwischen März und Oktober 1917.<sup>34</sup>

Die Niederlage der norditalienischen Rätebewegung, aber auch der ungarischen Räterepublik und der deutschen Novemberrevolution brachte Gramsci bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zu der Auffassung, daß der Sturz des Kapitalismus in entwickelten Ländern nur in einem breiten, langfristig konstruierten, ökonomisch und kulturell untermauerten Bündnis aller potentiell antikapitalistischen Schichten möglich sei. Daher finden wir in den *Gefängnisheften* nicht nur philosophische Aufzeichnungen, sondern auch eine weitere Ausformung der Kulturtheorien, deren Basis eine Kritik und progressive Entwicklung des 'Alltagsverstandes' ('*Senso comune*') war.

Eine neue, fortschrittliche Kultur schaffen bedeutet für Gramsci nicht allein, auf individueller Ebene 'originelle' Entdeckungen zu machen, sondern auch und vor allem auf kritische Weise die schon entdeckten Wahrheiten zu verbreiten, sie gewissermaßen zu 'vergesellschaften' und damit zur Grundlage vitalen Handelns zu machen, zu einem Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Öffnung. Wenn eine große Anzahl von Menschen dazu geführt wird, zusammenhängend und in einheitlicher Weise die gegenwärtige Realität zu durchdenken, ist dies ein bedeutsamer und 'originellerer' philosophischer Akt als das Auffinden einer neuen Wahrheit durch ein philosophisches 'Genie', die Erbe kleiner intellektueller Gruppen bleibt.<sup>35</sup>

Der Marxismus »strebt nicht danach, die 'einfachen Menschen' in ihrer primitiven Philosophie des Alltagsverstandes zu belassen, sondern sie zu einer höher entwickelten Form der Konzeption des Lebens zu führen. Sicher ist, daß die Forderung des Kontakts zwischen Intellektuellen und einfachen Menschen die wissenschaftliche Aktivität nicht begrenzen und auf dem einheitlich niedrigen Niveau der Massen halten, sondern vielmehr einen intellektuellen und moralischen Block aufbauen soll, der einen intellektuellen Fortschritt der Massen und nicht nur kleiner intellektueller Gruppen politisch möglich macht.«<sup>36</sup>

Das Neue im marxistischen Verständnis der Beziehung zwischen fortschrittlicher Hochkultur und Alltagsverstand ist, daß erstere nicht im Gegensatz zum zweiten entwickelt wird, zwischen beiden darf es nur einen 'quantitativen', graduellen, nicht qualitativen Unterschied geben, d.h. ein gegenseitiges 'Aufeinandereinpandeln' muß in Gang gesetzt werden. Denn die »sogenannten 'spontanen' Bewegungen zu übergehen oder schlimmer, zu verachten, hieße, darauf zu verzichten, ihnen bewußte Führung zu geben ... was oft ernste und schwerwiegende Konsequenzen hat. Es geschieht

quasi immer, daß eine 'spontane' Bewegung der subalternen Klassen von einer reaktionären, die von der Rechten der herrschenden Klassen ausgeht, begleitet wird.«<sup>37</sup>

Gramsci, der hier die geschickte Kanalisierung der Mobilisierung der italienischen Massen während und nach dem I. Weltkrieg durch die Faschisten im Auge hat, erklärt somit den 'Alltagsverstand' zum Schauplatz des Kampfes um die Hegemonie. Die Manipulierung des Alltagsverstandes durch die Herrschenden hat im 20. Jahrhundert neue Formen angenommen und zwar nicht allein in der bei weitem noch nicht voll erforschten demagogischen 'Technik' der Faschisten, sondern auch im liberalen bürgerlichen Staat mit seinen Massenparteien, Gewerkschaften und mit der historisch neuen Erzeugung einer laizistischen Massenkultur. Auf Grund ihres »industriellen Charakters« — der praktisch unbegrenzten Vervielfältigungsmöglichkeiten — kann auch auf kultureller 'Massenebene' eine gewisse Individualität gewonnen werden, die als Zuwachs von 'Freiheit' empfunden wird, wie z.B. schon die Auswahl eines Sportvereins.<sup>38</sup>

Die Massenkultur ist freilich nicht nur das Ziel einer auf sozialistische Veränderung zielenden Kulturpolitik, sondern zunächst eine der wichtigsten Quellen zum Studium des zeitgenössischen Alltagsverstandes — und also auch Instrument seiner Beeinflussung. Der Alltagsverstand kann nicht nur aus einem aufmerksamen Studium der zeitgenössischen Formen populärer Religion, dem ganzen System von Seh- und Handlungsweisen der Menschen erschlossen werden, sondern auch aus der sogenannten 'Trivialekultur'. Es empfiehlt sich ein Studium der kommerziellen Presse und Literatur, deren Produktionsmethode geradezu im Aufspüren aktueller Interessen des Alltagsverstandes besteht. »Der kommerzielle Charakter entsteht dadurch, daß das 'interessante' Element nicht 'naiv' und 'spontan', tief mit der künstlerischen Konzeption verschmolzen ist, sondern von außen, mechanisch gesucht, industriell dosiert, als sicheres Element eines sofortigen 'Erfolges'. Das bedeutet jedoch in jedem Falle, daß auch die kommerzielle Literatur in der Kulturgeschichte nicht vernachlässigt werden darf: sie hat in bezug auf diesen Gesichtspunkt sogar allergrößten Wert; weil der Erfolg eines Buches der kommerziellen Literatur anzeigt (und er ist oft der einzige existierende Indikator), was die 'Philosophie der Epoche' ist, d.h. welche Masse von Gefühlen (und Weltanschauungen) in der 'schweigenden' Mehrheit vorherrscht. Diese Literatur ist ein populäres 'Rauschgift', ein 'Opium'. Von dieser Sicht aus könnte man eine Analyse des *Grafen von Montechristo* von Alexandre Dumas machen, der vielleicht der 'drogenähnlichste' populäre Roman ist: Welcher Mann aus dem Volke glaubt nicht, eine Ungerechtigkeit seitens der Mächtigen erlitten zu haben, und träumt nicht von der ihnen aufzuerlegenden 'Strafe'?«<sup>39</sup>

Schon in dem oben zitierten frühesten Futurismusartikel von 1913 hatte Gramsci das Problem der populären Feuilletonromane gestreift. Die Literatur war »eine Zuhälterin der Zeitschriften geworden, mit dem entsprechenden Kreis von Profitmachern.«<sup>40</sup> 1915 charakterisiert er die Fortsetzungsliteratur als »mächtigen Faktor bei der Herausbildung der Mentalität und Moralvorstellungen des Volkes«, ungeachtet dessen, daß sie »beinahe immer äußerst banal in der Form und im Inhalt dumm ist«. Sie ist eine »auf die Tränendrüsen drückende« Literatur oder regt — als Kriminalroman —



womöglich sogar »zur Entwicklung der Kriminalität bei jugendlichen Nichtstuern« an, insgesamt also eine »ziemlich widerliche Ware«.

Daß auch heute noch Aktuelle an Gramscis Reaktion besteht wohl darin, daß er auf die qualitativ und ideologisch verheerende Massenkultur nicht nur mit einem Naserümpfen antwortete, sondern der Strategie des trojanischen Pferdes ebenfalls eine Strategie des trojanischen Pferdes entgegensetzte. Schon damals war er der Meinung, daß das Vorurteil verschwinden müsse, »nach dem der Fortsetzungroman in die Niederungen der Literatur verbannt« werden sollte, und er fordert junge Autoren auf, konkurrenzfähige »interessante populäre Romane« zu schreiben.<sup>41</sup> Deutlicher noch vertritt er diese These in den Gefängnisschriften: die neue Kultur muß aus dem »Humus der Volkskultur« wachsen, »so, wie sie ist, mit ihren Geschmacksformen, ihren Tendenzen usw., mit ihrer moralischen und intellektuellen Welt, sei sie auch noch so zurückgeblieben und konventionell«. Das geläufigste Vorurteil bestünde darin zu glauben, »daß die neue Literatur sich mit einer künstlerischen Schule intellektuellen Ursprungs identifizieren müsse, wie es beim Futurismus der Fall war«. Sie solle vielmehr auf den »Leserkreis der Fortsetzungsliteratur« zielen. Diesen Äußerungen liegt kein 'Populismus' zugrunde. Wie bei der Entwicklung der neuen Weltanschauung bleibt auch hier die höchste Qualität das eigentliche Ziel. Wenn — wie es in der Literatur häufiger vorkommt als in der Philosophie — »der populäre Inhalt von großen Künstlern ausgedrückt ist, werden diese vorgezogen«. Gramsci erinnert in diesem Zusammenhang an »die Liebe des Volkes für Shakespeare, für die griechischen Klassiker und in neuester Zeit für die großen russischen Romanautoren« (Tolstoi und Dostojewski)<sup>42</sup>. Für unsere Epoche des Übergangs wird das Element der Vermittlung zwischen fortschrittlicher Hochkultur und Alltagsverstand entscheidend, es geht um die Frage, wie »ein Stamm von Schriftstellern geschaffen werden kann, der künstlerisch zur Fortsetzungsliteratur steht, wie Dostojewski zu Sue oder Soulié stand oder wie Chesterton — als Vertreter des Kriminalromans — zu Conan Doyle und Wallace usw.«.<sup>43</sup>

Da Gramsci auch in der Ästhetik vor allem das vermittelnde Element zwischen Hoch- und Volkskultur im Auge hatte, blieb er frei von normativen Tendenzen und vor allem auch von jeglichem ästhetischen 'Sektierertum'. In seinen Augen konnte z.B. eine Strömung wie der Proletkult, der die eigenschöpferischen Initiativen der Arbeiterklasse entwickeln wollte und die Allianz mit den volksverbundenen, politisch fortschrittlichen Intellektuellen der Hochkultur keine sich gegenseitig ausschließende Alternative darstellen. Im Gegenteil, eine breite Fächerung von kulturellen Entwicklungen stellte für ihn eine objektive Voraussetzung der Kulturpolitik dar, deren Befriedigung eine notwendige Aufgabe wäre. Zwar ist die »Verbreitung einer homogenen Art und Weise zu denken und zu handeln, von einem homogenen Zentrum aus, die erste Bedingung (des Wandels - S.K.), darf aber und kann nicht die einzige sein.«<sup>44</sup> Denn »jede soziale Schicht hat ihren eigenen 'Alltagsverstand' und ihren 'gesunden Menschenverstand'«<sup>45</sup> und jede Schicht arbeitet ihr Bewußtsein und ihre Kultur auf spezifische Weise aus, die eben nicht immer die der Berufsinтеллекuellen ist. »Es ist kindisch zu denken, daß ein 'klares Konzept', das in angemessener Weise verbreitet wird, sich in den verschiedenen Formen des Bewußtseins mit denselben

'organisatorischen' Effekten der verbreiteten Klarheit niederschlägt. Das ist ein 'aufklärerischer' Irrtum ... Derselbe Lichtstrahl, der durch verschiedenen Prismen geht, erzeugt verschiedene Lichtbrechungen: Wenn man dieselbe Brechung will, braucht man eine ganze Serie von Einstellungen der einzelnen Prismen.«<sup>46</sup>

In Gramscis konkreten Analysen der Volkskultur spiegelt sich denn auch genau die politische Bündnispolitik wieder, die er anstrebte. Er beschäftigte sich mit der katholischen Volksliteratur, mit der bäuerlichen Folklore, mit den von Arbeitern und Kleinbürgern gelesenen Fortsetzungsromanen, aber auch mit den Entwicklungen der Hochkultur...

## Für eine moderne Kulturtheorie. Notwendige Aktualisierungen

Gramsci schuf also eine Kulturtheorie, die auf die sich ausdifferenzierenden Verhältnisse seiner Zeit mit vielfältiger Differenzierung einging, ohne indes auf einen inneren Zusammenhalt zu verzichten, der jedoch nicht ästhetisch, sondern politisch fundiert war. Hierin liegt das Neue und Aktuelle seiner literatur- und kulturkritischen Methode. Das Ende der von ihm vorhergesehenen langen Periode des 'Stellungskrieges' ist noch immer nicht abzusehen, die historisch konkreten Forderungen an eine moderne Kulturtheorie haben sich jedoch stark verändert. Zwar lassen sich seine Analysen der Fortsetzungsromane und der Kriminalliteratur nutzbringend auf heutige Varianten populärer Kultur anwenden, ja sogar auf das Wirken neuer Medien wie das Fernsehen übertragen. Zwar hat auch er bereits Phänomene der Internationalisierung von Überbauten beobachtet und als zweiseitige, d.h. nicht nur negative Erscheinungen behandelt. Der von Gramsci ausgehende Imperativ, die Volkskultur aktiv zu beeinflussen, setzt zunächst einmal ihre Analyse voraus. Gramsci konnte nicht vorhersehen, was die 'Amerikanisierung' der Kultur der Industriegesellschaften heutzutage tatsächlich bedeuten würde. Doch gehen unsere eigenen bisherigen Analysen über ein Aufzeigen des Phänomens hinaus, d.h. der Übernahme bestimmter Moden und künstlerischer Techniken? Haben wir jenen um die Jahrhundertwende in den USA einsetzenden Prozeß des Siegeszuges der schwarzen Musik und des schwarzen Tanzes — die schließlich nicht nur Amerika, sondern den ganzen Erdball eroberten — in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung voll erfaßt? Während in Europa bis lange nach dem 2. Weltkrieg die kulturelle Entwicklung stets 'von oben nach unten', d.h. von der Hochkultur zur Volkskultur verlief (Symbol: Der Weg der Mode von der Haute couture zum Prêt-à-porter), wurde in Amerika die Kultur der untersten Gesellschaftsschichten mode- und kulturformend, in einem nicht geringen Maße auch für die herrschende Klasse (Symbol: Blue Jeans). Dieser kolossale Integrationsprozess ist in seiner historischen Dimension nur mit dem Aufsaugen des Urchristentums durch den absterbenden römischen Staat zu vergleichen und hat wohl auch ähnliche —, vorübergehend stabilisierende politische Folgen. Weil diese neue, von Amerika ausgehende Kultur in einem Milieu entstand (und weiterhin entsteht),



das ständig von Arbeitslosigkeit gezeichnet ist, aber von der Gesellschaft recht und schlecht 'miternährt' wird, perpetuiert diese 'Volkskultur' paradoxerweise den alten Gegensatz zwischen Arbeit und Kultur weiter. Zwar sind die Arbeitenden ihre Hauptkonsumenten, aber sie ist keine Kultur der Arbeitenden.

Mit dem Anwachsen der Arbeitslosenheere im alten Europa (welche im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen zeitweise verschwunden waren) ist die 'Amerikanisierung' der europäischen Kultur nicht mehr nur ein bloßes Phänomen der Kunstimitation, sondern ähnliche strukturelle Prozesse führen zu ähnlichen Ergebnissen. Bildungs- und Informationszuwachs, eine relative Mobilität und Arbeitslosigkeit (plus Garantie des Lebensminimums) sorgen seit den Beatles dafür, daß auch hier die Kultur und die Mode immer mehr aus den Schichten aufsteigt, die ökonomisch am benachteiligtesten sind: Kultur entsteht heute immer mehr als 'Subkultur', die freilich bis in die 'Hochkultur' emporwachsen kann (Symbol: der Edelpunk).

Solange Arbeit und Freizeit nicht demokratisch aufgeteilt sind, kann der alte Gegensatz zwischen Kultur und Arbeit nicht verschwinden. Und so ist die Angst der Kapitaleseite vor dem Schrumpfen des Arbeitstages in der Tat von noch tiefergehenden Sorgen getragen als um eine eventuell schwierigere Organisation des Schichtsystems und das mögliche Anwachsen der absoluten Lohnsumme (was die neuen Technologien jedoch zweifellos wieder 'einfahren'). Eine kürzere Arbeitszeit würde eine solche Entfaltung der schöpferischen Energien der Arbeitenden zur Folge haben, die sich bereits mittelfristig als ein reales »Heraufarbeiten in die Überbauten« niederschlagen könnte. Es bestünden größere Chancen als je zuvor, daß Arbeiter, die bisher noch zu passivem Freizeitverhalten (Fernsehen, Fußballstadion) neigten, auch öfter zu aktiven Kulturträgern werden. (Das Schreckbild der 'Verkabelung' und das 'Satellitenfernsehen' stellen ein echtes Problem für die Dritte Welt dar, für Europa/Amerika kann diesen neuen Mediensystemen nicht unbedingt dieselbe Durchschlagskraft prophezeit werden: das Bild des ewigen Fernsehzuschauers betrifft vor allem Kinder und ältere Leute, am wenigsten die potentiell politisch handelnden Jahrgänge.) Die 'Frage des Proletkults' würde sich also für die fortschrittliche Kulturtheorie bald in neuen Zusammenhängen stellen. Hier sei eine Prognose erlaubt: Vieles spricht dafür, daß sich diese von den Arbeitenden selbst geschaffene Kultur auch zunächst als Spielkultur (Sport, Musik, Tanz) entwickelt, wie übrigens alle historische Volkskultur (einschließlich der bäurischen), da sie körperlich und geistig einseitige Tätigkeiten zu kompensieren hat. Sie wird jedoch weniger willkürliche und bizarre Erscheinungsformen aufweisen als die jetzige, vom 'Nichtarbeitsbereich' geschaffene Spielkultur. Zugleich käme es zur Ausbildung von Interferenzen zwischen beiden Bereichen ...

Zur Zeit gelingt es der Kapitaleseite noch, Arbeitende und Nichtarbeitende auseinanderzudividieren. Das organisierende Zentrum der modernen Kulturtheorie muß jedoch auf die Verstärkung der Solidarität zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden gerichtet sein — was zugleich die eigentliche Hauptaufgabe heutiger Bündnispolitik ist. Dazu gehört jedoch zunächst die Erkenntnis, daß jedes — auch das allerbizarrste — Phänomen der 'Subkultur' von potentiellen, aber 'verhinderten' Angehörigen der Ar-

beiterklasse erzeugt worden ist und eine Analyse nötig hat, auch, wenn es zunächst als 'trojanisches Pferd' taxiert wird. Womit wir zu unserer Eingangsfrage zurückkehren, was Geistes Kind der Punk wohl sei?

1) Manfred Nössig, Johanna Rosenberg, Bärbel Schrader: Literaturdebatten in der Weimarer Republik, Berlin und Weimar 1980, S. 209./2) Ebd., S. 638 ff. s. auch: Helga Gallas: Marxistische Literaturtheorie I, Neuwied, Berlin 1971, S. 56 ff./3) Werner Mittenzwei: Ästhetik des Widerstands. Gedanken zu einem Versuch, eine ästhetische Kategorie für die Kunstentwicklung während des Kampfes gegen den Faschismus zu begründen. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften d. DDR/Gesellschaftswissenschaften, Berlin, 1979 Nr. 7/G, S. 17./4) Peter Weiss: Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/M. 1978, S. 62 ff./5) Werner Mittenzwei: Ästhetik des Widerstands, a.a.O., S. 18./6) Zit. nach: Paolo Spriano: L'Ordine Nuovo e i consigli di fabbrica, Turin 1971, S. 34./7) Benedetto Croce (1866-1952) Schüler Antonio Labriola, des ersten italienischen Marxisten. Croce entwickelte eine neuheligenische Philosophie mit liberalen Ambitionen, in der das marxistische Element zu einem 'Kanon der historischen Interpretation' verkam. Croce war das legale geistige Haupt der liberalen antifaschistischen Opposition. Daher ließ es Gramsci in der harten Auseinandersetzung, die er mit Croce in den Gefängnischriften führte, doch auch an Respekt ihm gegenüber nicht fehlen./8) Antonio Gramsci: Sotto la Mole 1916-1920, Turin 1960, S. 281-282./9) Antonio Gramsci: Marxismus und Kultur, hrsg. u. übers. v. Sabine Kebir, Hamburg 1983, S. 35-40. Der Band enthält auch einen Großteil von Gramscis sprachwissenschaftlichen und sprachgeschichtlichen Aufsätzen aus den Gefängnisheften./10) Antonio Gramsci: Letteratura e vita nazionale, Turin 1968, S. 385-387./11) Ebd., S. 278-281./12) Antonio Gramsci: Lettere dal carcere, Turin 1968, S. 59./13) Die rote Stadtverwaltung von Bologna konnte es sich erlauben, einem Teil der geflüchteten Funktionäre der ungarischen Räterepublik Exil und Arbeit anzubieten. Der weiter unten erwähnte Aladar Komjath lebte mit seiner Frau bis 1920 in Bologna, wo er in einem Elektrowerk Arbeit bekam. Auch die Frau von Bela Kun war in Bologna. Die ungarischen Revolutionäre waren allerdings die ersten Zielscheiben des faschistischen Terrors, weil sie als 'Spezialisten' der Revolution galten./14) Antonio Gramsci: L'Ordine Nuovo 1919-1920, Turin 1954, S. 147-148./15) Auch später noch unterstützte Gramsci die Polemiken der Futuristen gegen das in der Tat besonders blumige italienische Adjektiv. Es war jedoch schon von Francesco de Sanctis (1817-1883) vor seinem zu häufigen Gebrauch gewarnt worden./16) Gramsci: Marxismus und Kultur a.a.O., S. 23-24./17) Gramsci: Sotto la Mole a.a.O., S. 93-94./18) Zit. nach: Paul Ortner: Literaturrevolution 1910-1925. Dokumente, Manifeste, Programme, Bd. 2, Berlin 1961, S. 39./19) Gramsci: Marxismus und Kultur a.a.O., S. 51-52./20) Ebd., S. 50./21) Ebd., S. 49./22) Ebd., S. 50./23) Siehe: Sergio Capogioi: Un mancato incontro Gramsci-D'Annunzio a Gardone nell'aprile 1921, in: Rivista storia del Socialismo V, Juni 1962, Heft 15/16./24) Gramsci: Marxismus und Kultur a.a.O., S. 51./25) Ebd., S. 52./26) Gramsci: Letteratura e vita nazionale, a.a.O., S. 173./27) Gramsci: Marxismus und Kultur, a.a.O., S. 109./28) Lenin warnte vor linksradikalen Entwicklungen im Proletkult und bestand darauf, daß die sowjetischen Sektionen des Proletkults dem Bildungsministerium untergeordnet blieben. Daß die proletarische Kultur die vollständige Zerstörung der bürgerlichen Kultur zur Voraussetzung hätte, lehnte er ab. Siehe: Nössig, Rosenberg, Schrader: Literaturdebatten... a.a.O., S. 202-205./29) Giuseppe Amoretti: Con Gramsci sotto la Mole. In: Gramsci. Rom 1948, S. 71./30) Der linksliberale Journalist Piero Gobetti »diente uns praktisch als Verbindungsglied erstens mit den aus der kapitalistischen Industrie erwachsenen Intellektuellen, die in den Jahren 1919 bis 1920 eine für die Diktatur des Proletariats günstige linke Position eingenommen hatten und zweitens mit einer Reihe von Intellektuellen des Südens, die aus verschiedenen Zusammenhängen heraus die Frage des Südens anders stellten als es bisher üblich war und das Proletariat des Nordens in sie hineinzo- gen.« Gramsci: Die süditalienische Frage, Berlin 1955, S. 30. Gobetti starb 1926 an den Folgen eines faschistischen Attentats./31) Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW) 1963-1971, Bd. 2, S. 57-221./32) Wladimir Illitsch Lenin: Werke 1959-1968, Bd. 5, S. 487-488./33) Hier ist freilich die Frage zu werfen, ob der 'kulturelle' Konsens zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, den Gramsci als Revolutionshindernis sieht, in den protestantischen Ländern nicht historisch weitaus früher begründet ist. Die Arbeiten Max Webers zur protestantischen Ethik würden hier eine notwendige Ergänzung zu Gramsci darstellen, der selbst einmal die provokante Frage gestellt hat, ob in Italien nicht noch eine Reform wie die protestantische notwendig sei. Siehe: Gramsci: Quaderni del carcere, Turin 1975, S. 2108. Ich behandle die Frage ausführlicher in meinem Aufsatz: Gramscis Begriff der 'bürgerlichen Gesellschaft'. Entstehungsgeschichte und Aktualität. In: Politische Vierteljahresschrift, Juni 1985, S. 189 ff./34) Brief Gramscis an Palmiro Togliatti vom 9.2.1924. Abgedr. bei: Palmiro Togliatti: La formazione del gruppo dirigente del PCI, Rom 1967, S. 197./35) Gramsci: Quaderni... a.a.O., S. 1377-1378./36) Ebd., S. 1384./37) Ebd., S. 331./38) Joachim Bischoff, Karlheinz Maldaner: Sport und Sportkonsum, in: Kulturindustrie und Ideologie. Arbeiterkultur, Theorie des Überbaus, Freizeit, Sport, Hamburg 1980, S. 211-282./39) Gramsci: Marxismus und Kultur... a.a.O., S. 127./40) Ebd., S. 23./41) Ebd., S. 33-35./42) Ebd., S. 220./43) Ebd., S. 114./44) Ebd., S. 84./45) Gramsci: Quaderni... a.a.O., S. 1271./46) Gramsci: Marxismus und Kultur... a.a.O., S. 84-85.

Indem sie sie fleddern, wird's eine Leiche.

Heiner Müller



## Mit der Maus durch die Wand

Nach dem Kastastrophismus, den die Installation von Kernkraftwerken ausgelöst hatte, ist, nun wo sie stationiert sind, die existentielle Angst vor den Pershingraketen auch etwas abgeklungen. Die Stelle dieser beiden Apokalypsen haben Künstliche Intelligenz und Gentechnologie eingenommen. Und sie werden diskutiert, als handle es sich um dasselbe; ängstlich, empiristisch, emotional und vom Standort dieser Gesellschaft, als deren Bedrohung. Die marxistische Gesellschaftswissenschaft hat für sie wie für die vorgenannten kein Sensorium entwickelt. Sie handelt darüber, wie Michael Springer in der DEBATTE 1/86 zur Wissenschaftlich-Technischen-Revolution (WTR) insgesamt bemerkte, aus der Perspektive der Opfer, bestenfalls holt sie in einer marxistisch-leninistischen Zangenbewegung das kapitalistische Interesse an den Techniken auf den Boden der klassischen Theorie zurück, um ein weiteres Mal zu illustrieren, daß in diesem wie in jedem Fall das Kapital bei der Produktion an Profit denkt; also auch bei der Produktion neuer Computergenerationen und variiert Bakterien.

Im *Forum Wissenschaft* 4/85 der Zeitschrift des Bundes demokratischer Wissenschaftler, die den Themen Gentechnologie und Künstliche Intelligenz gewidmet ist, gibt Kai Uwe Wagner (Die ökonomische Intelligenz lanciert die künstliche) eine sehr überzeugende Erklärung für die emotionale Stagnation, die eine theoretische Verarbeitung der Themen erst gar nicht aufkommen läßt. Nach der »Niederlage im November 1983 hat die Friedensbewegung aufgehört, als öffentlich agierende, von der Straße, den Betrieben und Universitäten her Druck auf die Herrschenden ausübende Massenbewegung zu existieren«. So sei es in dieser ohne Frage bedeutenden Bewegung nicht dazu ge-

kommen, »die gemeinsamen Erfahrungen des auf Leben und Tod Ausgeliefertseins an eine fremde Macht« über das Emotionale hinaus sich auch politisch bewußt zu machen. Die aufgebrochenen Gefühle wurden »in Verdrängung zurückgenommen«, die Grundlage für »das Erkennen komplexer politischer Zusammenhänge, letztlich dessen, was marxistische Klassenlage heißt«, sei zerstört worden. »Doch Rücknahme in Verdrängung merzt Erfahrung, zumal tiefgehend emotionale, nicht aus, sondern entzieht lediglich das Objekt, so daß Ausgeliefertsein und Angst zunächst latent bleiben, aber jederzeit auf neue Objekte — die unvermeidlich gefunden werden — sich richten können. Das neue Objekt ist nun, wie mir scheint, Technologie, Computertechnologie im Besonderen. 'Der Computer macht uns arbeitslos', heißt es... Es entspricht dem Augenschein, mit dem Kapital in einem Boot zu sitzen, übersetzt: vom selben Herrschaftsverhältnis besetzt zu sein, das das Kapital beherrscht, denn kapitalistische Zwänge erscheinen als Sachzwänge, als pure Notwendigkeit.«

In dem an Detailinformationen reichen Heft — die Auskünfte über Technik und ihre Ökonomisierung in den USA von Linda Bullard sind besonders hervorzuheben — finden sich andererseits auch, kaum überraschend, eine Vielzahl von Belegen für die Vermutungen von Wagner. Wieder einmal wird nachgerechnet, wie, mit welchen finanziellen Mitteln und in welchem rechtlichen Schutz das Kapital, kaum verspricht die Technik marktfähige Produkte, sich ihrer Herstellung annimmt und dabei natürlich an Profit denkt. Wieder einmal ist diese Argumentation aus einer Position entwickelt, als sei das früher anders gewesen, als gäbe es einen sozialistischen oder mindestens genos-

senschaftlichen Rahmen, in dem diese Produktion sich nichtkapitalistisch machen ließe, als formiere sich die Arbeiterbewegung historisch der bürgerlichen Gesellschaft vergleichbar, indem sie zuerst ihre Fabriken aufbaue, um dann den Staat zu übernehmen. Oder wie ist es zu verstehen, wenn beklagt wird, daß die »Einflußnahme der Herrschenden auf die Hochschulen« ergänzt werde durch eine »zunehmende Industrieorientierung der staatlichen Bürokratie selber. Landesregierungen wie BMFT weisen den Weg und orientieren auf eine Anpassung universitärer Forschung an den Bedürfnissen des Marktes« (Gentechnologie: Symbiose zu wessen Nutzen?). Liebig oder Pasteur, um zwei Ahnherren der neuen Biologie zu nennen, taten das selbstverständlich, z.T. sogar in politischer Auseinandersetzung mit halbfeudalen Resten des ihrerzeit aktuellen Staates. Liebig ist heute in der DDR in die Ahnengalerie fortschrittlich demokratischer Bürger des vergangenen Jahrhunderts aufgenommen, weil er es tat.

Der Unterschied ist klar. Dennoch kann kein Wissenschaftler ökonomisch in Kategorien des Plans denken, wenn das herrschende Produktionsverhältnis der Markt ist.

Peter Starlinger hat im gleichen Heft des Forums eine nüchterne Bemerkung zu dieser Angelegenheit gemacht: »In den meisten Fällen ist der Wissenschaftler ein Arbeitnehmer. In diesem Rahmen sollte er sich für sich wie für alle anderen Arbeitnehmer für mehr Selbstbestimmung und für mehr Mitwirkung einsetzen. Dies geschieht am besten im Rahmen von Gewerkschaften.«

Kai Uwe Wagners Hinweis, die Beschäftigung mit KI, Künstlicher Intelligenz, und Gentechnologie verharre im vorgegebenen Rahmen kapitalistischer Verhältnisse, beschreibt die eine Seite der Medaille. Es entspricht dem Beharrungsvermögen andererseits, wenn die den Analysen und Empörungen zugrundeliegenden Begriffe diesen Ver-

hältnissen entnommen sind. Ist es der bürgerlichen Gesellschaft eigentümlich, ihr widersprechende Entwicklungen ideologisch unter dem Begriff des Sachzwangs zu integrieren, da ihr über sie hinausweisende Verhältnisse nicht denkbar sind, so ist es ihr nicht weniger eigentümlich, das Maß aller Dinge in der abstrakten Unendlichkeit des Menschen zu haben. Auch dessen weitere Entwicklung mag und kann sie sich nicht vorstellen. Und wie die Analyse, wenn man die emotionalen Betrachtungen der Künstlichen Intelligenz und der Gentechnologie von links schon so nennen kann, sich mit ihren Entwicklungsvorstellungen nicht über diese Verhältnisse hinausbewegt, so auch nicht mit ihren Maßstäben.

Ob in der *Wechselwirkung* oder der *Kommune*, auch diese beiden Zeitschriften wenden sich den genannten Technologien immer regelmäßiger zu, der Mensch in seiner ganzen Abstraktion ist der Maßstab, an dem die zu erwartenden Leistungen und Probleme der Technologien gemessen und bewertet werden. Das bedeutet, daß in die Logik der Argumentationen zu KI und Gentechnik, in die Grundmuster ihrer theoretischen Annahmen Verzerrungen hineingetragen werden, die durch keinerlei Sachinformationen sich mehr aufheben lassen. Ist der Mensch der Maßstab, so ist das Verhältnis, in das die Sache gebracht wird, der Vergleich bzw. eine Gleichung, auf deren beiden Seiten Gleiches sich findet. Die Technik als dem Menschen in Perspektive Vergleichbares zu betrachten, schließt aus, sie als Mittel zu analysieren, als Vermittlung im Prozess der Arbeit, als Instrument.

Gewissermaßen unabweisbar folgen daraus Prognosen, die allesamt in der einen oder anderen Form eine Wirklichkeit projizieren, in der die Technik den Menschen ersetzt. Und ebenso unabweisbar folgen aus diesen Prognosen Ängste, die einerseits dazu animieren, die gesellschaftlichen Prozesse, in de-



nen die Technik bewegt wird, im Protest zu überspringen, andererseits sich mit jenem Katastrophismus aufzuladen, der sich am Ende immer nur selbst enttäuscht.

In der *Wechselwirkung* 4/85 steht in einer definitorischen Notiz der KI: »Computer sollen wie Menschen befähigt werden, sprachliche Äußerungen hervorzubringen und zu verstehen«. Vom Standpunkt des Privateigentums an Produktionsmitteln, in welcher Form immer, ist eine solche Absichtserklärung im Prinzip belanglos, denn von diesem Standpunkt ist nicht die menschliche Sprache das A und O der Existenz, sondern der Besitz dessen, der sie mit Maßen spricht. Von diesem Standpunkt aus würden Befürchtungen über grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erst artikuliert — und das geht auch mit Computersprachen — wenn er selbst, d.h. wenn das Eigentum in Frage stünde. Würde ein Ingenieur auftreten, der erklärte, Computer konstruieren zu können, die befähigt wären, die Expropriation der Expropriateure zu übernehmen, hätte er mit weniger Wohlwollen zu rechnen. Auf der Linken würde eine solche Unternehmung aber bestenfalls als Phantasterei, auf jeden Fall nicht als Bedrohung aufgenommen. Der Entzug der individuellen Sprache, eine fiktive Annahme dagegen, beunruhigt außerordentlich.

Genauer betrachtet ist dieser Vergleich in jeder Hinsicht unzulässig. Nicht weil Menschen höhere Wesen sind, denen sich sonst nichts vergleichen ließe, sondern weil sie gesellschaftlich und nicht abstrakt gemessen, verglichen werden, sich vergleichbar machen. Die Formulierung, 'wie Menschen befähigt' ist typisch für ein Herangehen, das Technik nicht als Mittel, sondern als Analogie versteht. Als wäre es unvorstellbar, daß Mittel, technische Mittel, die Fähigkeit eines einzelnen weit übertreffen könnten, als blieben Mittel nicht Mittel, d.h. etwas Vermittelndes, wenn mit ihrer Hilfe menschi-

che Existenzen ersetzt oder zerstört werden könnten.

Die Konsequenz dieser Denkart ist ebenfalls in der *Wechselwirkung* nachzulesen: »Wir sollen Versuchskaninchen in diesem Experimentierspiel ohne Grenzen sein. Ob KI im weitesten Sinne erreicht und für die menschlichsten Belange eingesetzt wird bzw. nicht, hängt nicht nur von der Planung technokratischer Politiker und von der Fähigkeit der KI-Forscher ab, sondern vom Beitrag bzw. der Verweigerung jedes einzelnen.«

Wieder angekommen. Verweigerung als gesellschaftliche Perspektive. Die Opfer der WTR aller Länder vereinigen sich.

In einer älteren Ausgabe der *Kommune* 10/85, die dem Thema 'Umdenken' zugewandt ist, schreibt Murray Bookchin (Was ist radikale soziale Ökologie? Vom Herrschaftsdenken zur Ethik der Freiheit — Notwendige Wandlungen unseres Naturbildes): »Mehr als irgendein anderes Konzept in der Geschichte von Religion und Philosophie hat die Vorstellung einer blinden, stummen, grausamen, konkurrenzen und kargen Natur eine weite, oft unüberwindbare Kluft zwischen der sozialen und der natürlichen Welt aufgebrochen und in ihren weiterreichenden Verzweigungen zwischen Geist und Körper, Subjekt und Objekt, Vernunft und Körperlichkeit, Technik und 'Rohstoffen'. Sie ist die Quelle einer ganzen Skala von Dualismen, die nicht nur die Welt von Natur und Gesellschaft fragmentiert haben, sondern auch die menschliche Psyche und ihre biologische Matrix«. Natürlich fehlt in einem solchen Konzept nicht der Hinweis, daß »insbesondere der Marx'sche Sozialismus... in der Überzeugung wurzelt, daß die Herrschaft des Menschen über den Menschen aus der Notwendigkeit der Herrschaft über die Natur entsteht, die wiederum Vorbedingung für die Emanzipation der Menschheit als ganzer ist«. Nix da; aber das muß ja nicht jeden Tag

wiederholt werden.

Das ist die Konsequenz der doppelten Fiktion, Gesellschaft und Mensch als von Technik bedrohte Gegebenheiten zu unterstellen, es ist, wie ebenfalls in der *Kommune* Rainer Hoffmann die Sache nennt, »grüne Vernunft«, denn grün sei »nicht nur die Farbe des Lebens, sondern auch die Farbe der Hoffnung« (Vernunft und Leben, Zur Neubestimmung von Rationalität).

Vordenken statt Nachdenken; mit aufbrechender Dämmerung beginnt die Eule dieser Rationalität ihren Flug. Die Maus\* geht durch die Wand. T.N.

\*Maus: Ein kleines Gerät, das neben Macintosh über eine ebene Fläche gerollt wird. Wenn die Maus bewegt wird, bewegt sich der Zeiger auf dem Bildschirm entsprechend.

*Als es mit der Mingdynastie zur Neige ging, und die siegreichen Mandschuheere schon in die Palastgärten von Peking eingedrungen waren, erschienen immer noch Boten und Abgesandte, die dem Kaiser von Siegen und wieder Siegen meldeten, weil es gegen 'den Ton' der guten Gesellschaft und des Hofes war, von Niederlagen zu sprechen.*

Theodor Fontane



### ● Soli-Reise Nicaragua

Programmrundreise mit vielen Besichtigungen und Gesprächen. Flug ab bis Ffm, Reiseleitung, Dolmetscher, Doppelzimmer, HP, Informationsbroschüre, zuzügl. Visum DM 70,-  
11.03.86 — 28./29.03.86  
16.03.86 — 01.04.86

ab DM 2989,-

Gemeinsam mit der  
Freundschaftsgesellschaft  
BRD-Kuba bieten wir an:

### ● Pressewesen in Cuba

Eine Rundreise mit umfangreichem Fachprogramm, vielen Besichtigungen und Gesprächen vom 26.04. — 18.05.86

DM 3500,-

### ● A. Das Bildungswesen

#### B. Modell Cuba — Beispielspiel für die III. Welt?

Zwei Wochen Rundreise mit Programm, Besichtigungen und Gespräche in den Provinzen Havanna, Matanzas, Villa Clara vom 09.03. — 23.03.86 / B.30.03. — 13.04.86

DM 2800,-

### ● Leben und arbeiten

Eine zweiwöchige Rundreise mit umfangreichem Fachprogramm und Besuchen verschiedener Provinzen vom 23.03. — 06.04.86

DM 2800,-

Fordern Sie bitte den neuen Katalog an, Sie werden es sehen:  
Attraktiv reisen und fliegen rund um den Globus — zu attraktiven Preisen!

Eppendorfer Weg 105

2000 Hamburg 20

Tel. 040 / 491 60 66



**Otto Bauer: Theorie und Politik**  
Hrsg. v. Detlev Albers,  
Horst Helmann, Richard Saage

Überwindung der ideologischen Spaltung der Arbeiterbewegung, Widerstand gegen die Offensive des Neokonservatismus von rechts, gegen den modischen »Abschied« vom Proletariat von links: vor diesem Hintergrund entdeckt die marxistische Linke, aber auch Sozialdemokraten wie Peter Glotz und Bruno Kreisky eine neue Aktualität von Otto Bauer und dem Austromarxismus. In diesem Band geht es um die kritische Aufarbeitung einer noch unausgeschöpften, zukunftsfruchtigen Traditionslinie in der Arbeiterbewegung.

Neben den Herausgebern beschäftigen sich W. Euchner, W.F. Haug, F. Heidenreich, T. Meyer, Susanne Miller, P. Pelinka, U. Schöler, Yin Xuyi u.a. mit der Politik und Programmatik Bauers in ihrem historischen Kontext, mit seinem Verhältnis zur Sowjetunion und mit der aktuellen Bedeutung austromarxistischer Positionen für den »demokratischen Sozialismus«.

Argument-Sonderband AS 129  
160 S., 17,60 DM (f.Stud. 14,80 DM)



**OTTO BAUER-  
THEORIE  
UND POLITIK**

## DAS ARGUMENT 154

Kritik: Einführung in Wolfgang Iser: Die Kunst des Lesens	144
Leser: Die Kunst des Lesens	145
Leser: Die Kunst des Lesens	146
Mutation des Kapitalismus	147
Leser: Die Kunst des Lesens	148
Leser: Die Kunst des Lesens	149
Leser: Die Kunst des Lesens	150
Leser: Die Kunst des Lesens	151
Leser: Die Kunst des Lesens	152
Leser: Die Kunst des Lesens	153
Leser: Die Kunst des Lesens	154
Leser: Die Kunst des Lesens	155
Leser: Die Kunst des Lesens	156
Leser: Die Kunst des Lesens	157
Leser: Die Kunst des Lesens	158
Leser: Die Kunst des Lesens	159
Leser: Die Kunst des Lesens	160

»Ein offenes Forum für kritische, linke Theoriebildung zu sein, darin liegt die positive Bedeutung des 'Argument'.«  
(Diskus 3/4'85)

**Hefeschwerpunkte:**  
153: Feministische Besetzungen  
152: Die neuen Konservativen  
151: Den Zusammenhang denken  
150: Liebes-Verhältnisse

Jahresumfang 6 Hefte, davon zwei Hefte der autonomen Frauenredaktion.

Je 160 bzw. 176 Seiten.  
Einzelheft: 12,80 DM (f.Stud. 9,80 DM)  
Jahresabo: 69,60 DM (f.Stud. 55,80 DM)

**ARGUMENT** Argument-Vertrieb  
Tegeler Straße 6  
1000 Berlin 65

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

*Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus*

Herausgeber:

Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn, Johannes Rau,  
Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner

Thema des Januar-Heftes:

## Antiamerikanismus und Antikommunismus

mit Beiträgen von

Egon Bahr · Klaus Bloemer · Erhard Eppler · Peter Glotz  
Peter W. Schulze · Berndt von Staden · Hermann Weber

Hermann Glaser:

Vom sadistischen Staat

Peter Glotz:

Der Statthalter des Provisorischen.

Über Alexander Kluges Projekt

„Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“

Alexander Drexler:

Chancen der informationellen Vernetzung

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE  
erscheint monatlich, kostet im Jahresabonnement DM 66,—  
zuzügl. Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2



F 7020 E  
017007772/00286/0000

HERREN  
WOLFGANG ALBERS  
PFALZBURGER STR. 72 A

1000 BERLIN 15

geplant für

**3/86**  
März

Jacques Limburger

**Die Kunst des Zusammenhangs**

oder Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft  
zur schwarzen Magie

Karl Pawek

**Durch Zucht zur Ordnung**

Angst in der Sexualität oder Die Funktion von Lustseuchen

Domitila Barrios

**Die Geschäfte des Exils**

Hans Platschek

**Laokoon-Lektüre**

Über die Grenzen der Malerei und der Poesie

Michael Ben

**Der Schmock**

Manfred Lauermann

**Der Marxismus nach der Postmoderne**  
in Hannover-Linden

(ab 8. März)



Spitzenleistungen für die kleine plebejische Elite. **konkret**

Es ist die materialistische Tradition des lustvollen Querdenkens und des hartnäckigen Zweifels, an die die DEBATTE anzuknüpfen versucht. **Linke Zeitung**

Vor allem geht es den DEBATTE-Herausgebern um eine realistische Bewertung „der Stärke des Gegners“, die sie innerhalb der bundesdeutschen Linken für unterschätzt halten. **Hamburger Rundschau**

Literarisch wurde sie in den bisherigen Heften vor allem von Peter Rühmkorf, Helmut Heißenbüttel und Franz Xaver Kroetz unterstützt. **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Es soll nicht zuletzt gegen linke Realitätsverluste angeschrieben werden. **Badische Zeitung**

Daß sich in der DEBATTE defaitistische Tendenzen und bestimmte linksradikale Nuancen die Klinken in die Hand geben, ist die eine Seite. Andererseits scheint mir die sicherlich überzogene Provokation vom „ruhigen Land“ ihre eigene Legitimationsgeschichte im Frust mit linker Propaganda zu haben. **Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte**

Hier erleben die siebziger Jahre, das ideologische Jahrzehnt par excellence, ein von jedem Zweifel ungetrübtes Revival. **Zitty**

So geht doch aus der Gesamtheit der Beiträge – sei es aus Zitaten oder direkten Hinweisen auf Aktuelles, sei es aus direkter oder zwischen den Zeilen stehender Ironie – deutlich hervor, daß die Zeitschrift Ulbricht und Honecker immer noch viel näher steht als Glucksmann und Hannah Arendt. **Norddeutscher Rundfunk**

Mischung aus Gotteslästerung, Liebe zur Utopie und schwarzem Humor. **Deutschlandfunk**

Im Vertrauen auf historische Unkenntnis wird in die Welt gesetzt, solche Versuche von Fraktionsbildungen seien von Lenin auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) gebilligt worden. **Unsere Zeit**

Seit September 1984 erscheint monatlich ein Heft, Umfang achtzig Seiten, Ausstattung schlicht, aber professionell. **DIE ZEIT**

hallo, ich bin das ohr.  
können sie mich hören?

**Ernst Jandl**

# DÜSSELDORFER DEBATTE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

## Inhaltsverzeichnis des 1. und 2. Jahrgangs 1984 und 85 nach Autoren

Heinrich W. Ahlemeyer: Frieden oder unzufrieden?, 4/85. Alfred Andersch: Mit den Augen des Westens (Thomas Mann als Politiker), Nachdruck, 3/84. Ingrid Bachér: Der Maßstab, 6–7/85. Johannes M. Becker: Die FKP und ihre Bündnispolitik, 4/85. Thorsten Becker: Einige umständliche Überlegungen zu Heiner Müllers VERKOMMENES UFER MEDEAMATERIAL LANDSCHAFT MIT ARGONAUTEN, 12/85. Matthias Beltz: Selbsterfahrung, 3/85; Gift im Lebenszweck, 6–7/85. Michael Ben: Iloni soit qui mal y pense, 1/84; Was verrät der Verat? Notizen beim Lesen von Jorge Sepúlveda, 2/84; Populismus oder Die Geschichte des Universums unter besonderer Berücksichtigung von Alt-Lerchenfeld, 3/84; Lob der Bestechlichkeit; Legal, illegal, flexibel, 4/84; Wenn Hören und Sehen vergehen, 3/85; Der Watschenmann – Noch einmal über den Sturm im Wasserglas und die gegenwärtige Lage – Eine unendliche Geschichte, 4/85; Zeitschriftenschau, Volker Brauns Rimbaud-Essay, 11/85. Frank Benseler: Sozialismus und Demokratisierung – Ein nachgelassener Vorwurf von Georg Lukács, 5/85. Bernhard Boß (mit Glen Pate): Notizen zur Analyse von IT-Wirkungen, 8–9/85. Bertold Brecht: Drei Reden über den Massenmenschen + Über die Lehre, Erstveröffentlichung, 3/85. Wilfried von Bredow: Ost-West-Konflikt und antagonistische Kooperation, 12/85. Claus Bremer: Guernica, 2/85; Gute Dramaturgie, 6–7/85. Peter Brokmeier-Lohfing: Clausewitz oder Das Prinzip Krieg und seine Gegenkräfte, 2/84; Fragen auf Wunsch von Herrn K., 4/85; Die Metamorphosen der Politik und Saint-Simons Frage, 12/85. Jutta Brückner: Das Kostüm der Nacktheit, 5/85. Till Brüttel: Ein Dorf in dieser Welt – Einsichten, 3/85. Rudolf Burger: Die Sprache der Puppen oder Die Angst vor dem Widerspruch, 2/84. Rob Burns: Lady Thatchers 2. Krieg – Nach dem Streik der britischen Bergarbeiter, 4/85; Pessimismus des Verstandes – Optimismus des Willens, Zur Lage der britischen Linken im Thatcherismus, 6–7/85. Roque Dalton: Gedichte + Eine Krähe hackt der anderen ein Auge aus – Zwei Konzeptionen lateinamerikanischer Literatur, Nachdruck, 6–7/85. Franz Joseph Degenhardt: Die Lehrerin, 1/84. Frank Deppe: Wege ins Paradies?, 1/85. Carlos Diabillito H.: „Wo man Volkswagen baut, geht es den Menschen besser“, 5/85. Heinz D. Dombrowski: Mathematisierung von Gesellschaft, Natur und Mathematik, 12/85. Fred Eckhard: Kreativ und/oder solidarisch – Kunststücke, 2/85. Elisabeth Endres: Anti-Bergfleh oder Aufklärung über die palavernde Unvernunft, 11/85. Eridolin Enxing: Wenn Silberkröp Degenhardt wegrationalisiert – Erfahrungen mit computergesteuerter Musik, 6–7/85. Manfred Esser: Vom Anschein des Westens, 6–7/85. Chup Friemert: Sinnprothesen oder Design, 4/84. Gerd Fuchs: Die Wahrheit der Form – Die Form der Wahrheit, 1/84; Der Alp auf dem Hirne der Lebenden, 2/85; Johannes Bückler alias Schinderhannes, 8–9/85; Ein Schiffbruch, 11/85. Georg Füllberth: Drei Notizen ohne Fußnoten zum Einstieg in das Nachdenken über CDU und CSU, 1/84; Die Roosevelt-Linken, 3/84; Tiefgestaffelte Formation – Zu einigen neueren Selbstdarstellungen von CDU/CSU-Politikern, 4/85; Proteus für die Frauen, 5/85; Die Union als Gegenstand der Betrachtung, 8–9/85; Adenauers Teegespräche 1950–1954, 12/85. Peter Furth: Frieden oder gerechter Frieden?, 8–9/85; Eine konservative Verteidigung des Marxismus – Arbeit und Dialektik in der marxistischen Philosophie, 10/85. Jürgen Habermas: Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik, 12/85. Helmut Heißenbüttel: Evolution ci-

Absender:

---

---

---

Mit Angabe Ihres Berufes und Geburtsdatums können Sie uns zur besseren Kenntnis unserer Leser verhelfen:

---

---

☐ ein Probeheft an die Absenderadresse

☐ an:

An

DÜSSELDORFER  
DEBATTE  
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

Karl-Anton-Straße 16

4000 Düsseldorf 1



ner Meldung aus der Mainzer Allgemeinen Zeitung, 2/85. Gerd **Herholz**: Dr. Jekyll Mr. Hyde – Bei uns, 3/85. Heinz-Joachim **Heydorn**: Bildung des Widerstands – aus „Wilhelm von Humboldt“, Nachdruck, 5/85. Werner **Hofmann**: Die gesellschaftliche Verantwortung der Universität, Nachdruck, 11/85. Agnes **Hüfner**: Rüstungswahnsinn, 3/85. Sigurd von **Ingersleben**: Die normative Kraft des Hypothesischen, 6–7/85. Urs **Jäggli**: Durchquerungen, 4/85. Mechthild **Jansen**: Die quotierte Frau – Keine Frauenpolitik ohne Feminismus, 12/85. Martin **Jürgens**: Wie man einen Krieg abbricht, 6–7/85. Heinar **Kipphardt**: Zergliederung einer Verstörung, Fragment, Erstveröffentlichung, 2/85. Uwe **Koch**: Die Nachhundertachtziger, 3/84; Das Nationalgefühl der Nachgeborenen, 5/85; Gehuckelt hat es, 12/85. Dieter **Kramer**: „Sieghafte Hoffnungslosigkeit“ – Thomas Mann und die Versprechungen des 8. Mai 1945, 4/85. Joachim **Krauss**: Da kam etwas dazwischen, Neue Medien – eine Quersumme, 10/85. Klaus **Kreimeier**: Der Königsweg des Revolutionärs und die Ochsentour zurück (inkl. Michel Leiris über Rimbaud), 11/85. Franz Xaver **Kroetz**: Der Weihnachtstod, Volksstück (Bayrisches Requiem), 4/84. Wolfgang **Krohn**: Erzwingen Wissenschaft und Technik eine neue Ethik?, 2/85. Hans-Jürgen **Krysmanski**: Zehn Jahre Kontingenz – Der 22. Deutsche Soziologentag in Dortmund, 3/84. Jacques **Limburger**: Die Schönheit des Flickenteppichs – Der unaufhaltsame Wiederanstieg der SPD, 6–7/85. Peter **Maiwald**: Notizbuch 1–8 in I, 2, 3, 4/84, 2, 4, 6–7, 8–9/85; Maßnahmen, 3/85; Die Poesie, 8–9/85. Charles L. **McGehee**: Die Wagenburg, O-Ton Neokonservatismus, 11/85. Jawaharlal **Nehru**: Brief an Indira, 31. Juli 1933, Nachdruck, 5/85. Thomas **Neumann**: Ein ruhiges Land, 1/84; Grüne Hegemonie – Anmerkungen zu drei Büchern, 1/85; Bismarck auf dem Alexanderplatz, Ein Bericht, 3/85; Modern Times – Eine Paraphrase der letzten Rede Tschernenkos, 4/85; Der Einzige und sein Eigentum, 5/85; Angesichts einer offenen Tür – Ein ruhiges Land II, 8–9/85; Im Schüfftan-Spiegel gebrochene Hermunduren – Christoph Hein's Roman Horns Ende, 11/85; Zeitschriften schauen 1/84 bis 10/85 + Minister Fischer, 12/85. Arnhelm **Neusüss**: Enttäuschte Gewissheit – Nachwort zur Krise des Marxismus, 1/84; Die Rekonstruktion des Konservatismus, 3/84; Hythlodeus oder Die Entbehrlichkeit utopischen Denkens in der Moderne, 3/85; Fragen auf Wunsch von Herrn K., 4/85. Mustafa **Önal**: Ich habe zwei Seiten, 4/85; Die Dichtung und ich, 8–9/85. Michael **Otte**: Die Gottesfurcht vorm Denken der Computer, 2/84; Kunst und Wissenschaft oder Die individuell beförderte Einsicht in allgemeine Zusammenhänge, 1/85; Computer und menschliches Denken oder Die historische Objektivität des Subjektiven, 4/85; Die historische Objektivität des Subjektiven II, 6–7/85; Der direkte Weg des Denkens, 11/85. Glen **Pate** (mit Bernhard Boob): Notizen zur Analyse von IT-Wirkungen, 8–9/85. Wilhelm **Paul**: Großmacht Politik – Will das Mündel Vormund werden?, 6–7/85; Spiegelbilder: Spiegelgefechte – Die Intellektuellen und die Macht, 10/85. Karl **Pawek**: Die nützliche Mäx von der bösen Gewalt, 1/84; Was ist an Zeus so lächerlich?, 3/84; Nicaragua, Ende November 1984, 4/84; Yankees raus!, 3/85. Hermann Peter **Piwitt**: Ein Held wird geboren, 1/84. Hans **Platschek**: Das Privileg der Malerei – Ködelhuder Fragmente, 2/84; Die Umarbeitung der Venus – Aus der Geschichte der Zwei-Kulturen-Debatte, Über Trotzki's „Literatur und Revolution“, 4/84; Als die Bilder hinken lernten, 8–9/85. Werner **Post**: Wird die Sache der Armen verraten? Zum Verständnis von Marxismus in der Instruktion der Glaubenskongregation, 4/84. Arno **Racithel**: Das Lebendige, das Tote und die Symbolmaschinen, 1/85; Mütter, Väter und Wunschmaschinenkinder, 4/85; Gegen eine technozentrierte Verkürzung des historischen Materialismus, 6–7/85; Intuitionen, Algorithmen und künstliche Intelligenz, 10/85. Helmut **Ridder**: Schluß und kein Dakapo!, 2/84; Nach dem Nichtbesuch oder Der Name Andreotti, 1/85; Konzertanz in Grün – Die außenpolitischen Herztöne der BRD-Eliten und ihrer freiwilligen Fußvölker, 2/85; Der Jurist Wolfgang Abendroth, 12/85. Roman **Ritter**: Die Halogenlampe, 2/84; Taubenmist, 3/84; Der riesige Lenin, 4/85; Leningrad im März, 5/85; Die fortwährende Lustigkeit der Münchner Lach- und Schießgesellschaft, 8–9/85. Peter **Rühmkorf**: Lieber Ben; Letzte Mohikanerin; Durch dauernde Gedanken an dich...; Gegen ein selbstgenügsam in Kunst gefaßtes Leben, 1/85. Johannes **Schenk**: Mr. Nickis wird zur Reception gebeten; Postdampferkapitän, 1/85. Karl-Heinz **Scherfling**: Irrtrümmer, 11/85. Ronald M. **Schernikau**: Die Wahrheit ist westlich, 1/84; Ein Phänomen, 2/84; Über das Sonett, 3/84; Politik mögen, 2/85. Michael **Schneider**: Bomben-Existenzialismus, 1/84; (Bettine von Arnim:) Die Verbrecher, 4/85. Robert Wolfgang **Schnell**: Ausgetrocknet, 3/84. Peter **Schütze**: ... denn ein Göttertisch ist die Erde... Nachdenken über einen neuen Umgang mit Friedrich Nietzsche, 3/84. Lucien **Sève**: Die FKP nach dem Bruch des Linksbündnisses,

Ein Gespräch von Johannes M. Becker, 3/84. Konstantin **Simonow**: Das Vernichtungslager, Nachdruck, 1/85. Michael **Springer**: Inseln am Ende der Welt, 1/84; Thesen über Macintosh, 2/84; Transitorisch (Krupp, ferngesehen), 3/85. Armin **Stell**: Selbstverwandlung und Ich-Opfer – Zur Ethik des Klassenverrats, 10/85. Dieter **Süverkrüp**: Gebet eines Dissidenten, 1/84. Ralf **Thenior**: Motz, 2/84. Uwe **Timm**: Viele Wege führen nach Rom, 4/84; Karl Hermann **Tjaden**: Bemerkungen zum Technikfetischismus von WRL, 8–9/85; Die Bedeutung der 'Wissenschaft von der Politik' Wolfgang Abendroths, 12/85. Frank **Unger**: Brief eines amerikanischen Neokonservativen an einen jüngeren linken Freund in der BRD, 10/85; Rationalität von Genf, 12/85. Rafael de la **Vega**: Die Lukács-Rezeption in der Bundesrepublik, 4/84; Über Helden und Gräber, 2/85; Die Rezeption von Karl Korsch in der BRD, 3/85; Fragen auf Wunsch von Herrn K., 4/85; Lenins Zwei-Kulturen-Theorie und Gramscis Kulturbegriff, 5/85; Das späte Ich – einige Bemerkungen zu Klaus Kreimeier, 11/85. Maria **Vonderbank**: Stuttgart, Friedrichstraße, 1/84; Erlebtes, 2/84. Manfred **Vosz**: Auf beiden Seiten der Front – Eine Reise durch El Salvador (I), 2/85; (II), 3/85. Johannes **Weyer**: Kontinuität oder Bruch – Die Nachkriegsplanungen des deutschen Kapitals 1943 ff., 6–7/85. Franziska **Wiethold**: Werden die Gräben wieder zugeschüttet? Der Kampf um die 35-Stunden-Woche, 2/84; Die Balance des Widerspruchs – Arbeiterbewußtsein und Krise, 2/85; Wenn einfache Wahrheiten schwierig werden – Anmerkungen zu WRL, 6–7/85; Stabilität und Wankelmüt – Mythen um den Kern der Arbeiterklasse und die Intelligenz, 11/85. **WRL**: Gegen eine technikkritische Wende im Marxismus, 5/85; Gegen einen zivilisationskritisch aufgeblasenen feministischen Idealismus, 8–9/85. Rainer **Zech**: Vielfalt statt Einfall – Aus der Diskussion der Friedensbewegung. HARAKIRI – neueste Selbstmordversuche unter Freunden, 1/84 bis 2/85, 4/85 bis 8–9/85, 11 und 12/85. Sie müssen verstehen, es ging alles wie von selbst – Ein Tonbandprotokoll, 1/85. Miscellen, Editorials...

## 1986:

Ich abonniere die **Düsseldorfer DEBATTE** und ermächtige Sie widerruflich, die fälligen Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. (Diese Vereinbarung kann innerhalb von zwei Wochen zurückgezogen werden. Danach gilt eine Kündigungsfrist von drei Monaten vor Ablauf des jeweils mit dem Bestellmonat beginnenden Abonnement-Jahres.)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Konto: \_\_\_\_\_ Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Erscheinungsweise: monatlich, außer Juli/August, Einzelheftpreis 15,- DM, im Abo 12,- DM, jeweils plus Versandkosten.

Abbuchungen:

vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐

Das Abonnement soll ein **Geschenk** sein. Empfänger:

Ich bestelle Einzelheft(e) gegen Rechnung (Monat): \_\_\_\_\_ (Jahrg.): \_\_\_\_\_

Alle fragen sich, wer uns finanziert – Wir uns auch!  
Konto 31046-209 Postgiroamt Hamburg, BLZ: 200 100 20  
GfR P. Maiwald, M. v. Bentivegni